INTERIM

auswärts
3 DM

Zeitung für Dichtung und Richtung 2⁵⁰DM

"Wann treffen wir drei wieder zusamm?!"
"Um die siebente Stund, am Brückendamm."
"Am Mittelpfeiler."
"Ich lösch die Flamm."
"Ich mit."
"Ich komm vom Norden her."
"Und ich vom Süden."
"Und ich vom Meer."
"Hei, das gibt ein Ringelreihn,
Und die Brücke muß in den Grund hinein."
"Und der Zug, der in die Brücke tritt
Um die siebente Stund?"
"Ei, der muß mit."
"Muß mit."
"Tand, Tand,
Ist das Gebilde von Menschenhand!"

...

Auf der Norderseite, das Brückenhaus -
Alle Fenster sehen nach Süden aus,
Und die Brücknersleut ohne Rast und Ruh
Und in Bangen sehen nach Süden zu;
Denn wütender wurde der Winde Spiel,
Und jetzt, als ob Feuer vom Himmel fiel`,
Erglüht es in niederschießender Pracht
Überm Wasser unten ... Und wieder ist Nacht.

"Wann treffen wir drei wieder zusamm?!"
"Um Mitternacht,am Bergeskamm."
"Auf dem hohen Moor, am Erlenstamm."
"Ich, komme."
"Ich mit."
"Ich nenn euch die Zahl."
"Und ich die Namen."
"Und ich die Qual."
"Hei!
Wie Splitter brach das Gebälk entzwei."

"Tand, Tand,
Ist das Gebilde von Menschenhand!"

Theodor Fontane, Brück am Tay, 1880

Nr. 306 3. November 1994

Freie Bahn für den Autowahn?
Oder: Wieviel Stau braucht der Mensch pro Tag?

Bekanntlich braucht es für ein Automobil keinen Waffenschein. Obwohl die Schlacht auf den Straßen jährlich mehr als 10'000 Tote fordert. Und mit jedem Autobahnneubau, jeder Straßenerweiterung werden die strategischen Bedingungen in diesem unerklärten Krieg gegen unbewaffnete FußgängerInnen, RadfahrerInnen, AnwohnerInnen verbessert.
So auch mit der geplanten Wiedereröffnung der Oberbaumbrücke für den Autoverkehr.
Der Kampf gegen die Wiedereröffnung war und ist wichtig (s.Seiten 3,4 u.35). Der Ansatz für den Kampf gegen den Autowahn muß aber tiefer gehen. Weder ist es Grund zu resignieren, falls die Verkehrslawine ab dem 9. November tatsächlich über die Oberbaumbrücke hereinbricht, noch wäre es damit getan, wenn es gelänge, dies zu verhindern. Autowahn ist eine Krankheit, die nicht an symbolischen oder einzelnen strategisch bedeutsamen Punkten alleine zu bekämpfen ist
In diesem Sinne: Schafft zwei, drei, viele Stadtringlücken!

Im übrigen freuen wir uns, daß Fatma und Abidin wieder draußen sind und hoffen, daß die Andern schnellstmöglich nachkommen.

Und noch was in eigener Sache:
Es kommt immer wieder vor, daß uns aus anonymen Zusammenhängen Texte zum Abdruck erreichen, in denen namentlich Personen konkret beschuldigt werden. Wir möchten nochmal darauf hinweisen, daß mit öffentlichen Beschuldigungen verantwortlich umgegangen werden muß. Es werden künftig nur noch Texte aufgenommen, die mindestens mit einer c/o-Kontaktadresse versehen sind, wo auch nachgefragt werden könnte (diese Adresse braucht natürlich nicht veröffentlicht zu werden! Frauen-Zusammenhänge können mit entsprechendem Hinweis auf dem Umschlag verlangen, daß der Text ausschließlich von Frauen aus der Redaktion bearbeitet wird.)
Der Verantwortung für mögliche Fehl-Denunzierungen können wir bei völlig anonymen Schreiben nicht gerecht werden.

INHALT

Impressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s.o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Unvergessene Heldentat

Mit ihrem nächtlichen Trip durch Berliner S-Bahnen haben FDP-Abgeordnete den Vorhof der Hölle kennengelernt. Gestern zogen sie presseunwirksam Bilanz. So sind sie zu der wegweisenden Erkenntnis gekommen, daß es in den Zügen schmutzig und auf den Bahnhöfen dunkel ist. Um das herauszufinden, hätten die Vertreter der Besserverdiener-Partei allerdings nicht auf so dramatische Weise ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Doch können sie nun ihren Kindern und Enkeln erzählen, wie sie sich wagemutig mit einer richtigen S-Bahn durch die tiefschwarze (Ost)Berliner Nacht haben kutschieren lassen. Das nötigt den Kleinen Respekt ab vor Pappi oder Opi.

DRINGEND

Krach um Oberbaumbrücke

Angst vor Chaoten Nagel mußte sich einschließen

So war's im März dieses Jahr, als dieser Büttel Bausenator sich mal wieder auf der Oberbaumbrücke von der versammelten örtlichen Presse feiern lassen wollte. Mit 10 bis 15 Menschen konnte ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Allerdings konnte der Ausbau der Brücke zur Autorampe nicht verhindert werden. Hier soll jetzt nicht diskutiert werden, warum dies nicht gelang, keine Diskussion für und wider Kampagnenpolitik, sondern allein der 9. November als "feierlicher Akt" bestimmt die folgenden Zeilen.

Dieser historische Tag wird also von der politischen Klasse bemüht, um sich durch Selbstbefeierung und gegenseitiges Schulterklopfen Mut zu machen. Denn offensichtlich geht ihnen doch die Muffe. Die Bullen haben eine Sicherheitskonferenz für den 9.November durchgeführt, ein Plan wurde ausgeheckt, die Oberbaumbrücke für die Eröffnungsfeier weiträumig abzusperren. In aller Ruhe wollen sich Diepgen, Nagel, Strieder und Mendiburu -als Überwinder der deutschen Teilung- dem vereinten Deutschland präsentieren. Mit welcher Zerstörung von Lebensraum, auf wessen Kosten dies geschieht, soll dabei nicht zu sehen und zu hören sein. Die Hauptstadt will sich als leistungsstark und zukunftorientiert darstellen. Was diese Scheiße tatsächlich bedeutet, braucht hier nicht widergekäut zu werden. Jenseits aller moralischen Appelle forderen wir dazu auf, ihnen diese Suppe kräftig zu versalzen.

Unseres Wissens gibt es keine VV oder ähnliches zu diesem Tag. Es ist also jedeR -in bester Tradition- auf sich oder ihre/seine Gruppe gestellt, den Tag nach seinen oder ihren Wünschen zu gestalten. Die "feierliche Eröffnung" soll um 11 Uhr stattfinden, die oben genannten Herren werden Reden schwingen und eine Pferdebahn wird auf den Tramgleisen der Brücke sinnlos hin und herzockeln. Lediglich Potemkin hätte seine helle Freude daran gehabt.

Erfahrungsgemäß kommen die Herren von der Friedrichshainer Seite herangerauscht, also entweder über die Stralauer Allee oder die Warschauer Brücke. Irgendwie fühlen sie sich da sicherer. Hier gibt es also Möglichkeiten auf der Anfahrtsstrecke. Der Bereich um die Brücke wird wie gesagt abgeriegelt sein. Hier sollte für Möglichkeiten gesorgt werden, sich Gehör zu verschaffen. Für besonders Wagemutige empfiehlt sich der Wasserweg. Es sieht wohl so aus, daß die Feier mit Banddurchschneiden oder ähnlichen Klimbim abläuft. Ein Versuch, die Bevölkerung miteinzubeziehen, wird nicht unternommen. Erst wenn die Bonzen sich verpißt haben, soll das Volk auf der Brücke hin und herrasen dürfen. Die Berührungsängste scheinen ziemlich hoch zu sein. Wer die Stimmung in den angrenzenden Kiezen kennt, kann dies sicherlich nachvollziehen.

In diesem Sinne ein Zitat, fast schon ein Kalenderspruch, aus einem Artikel zur Einheizfeier am 3.10. in Bremen:

> ***"So `ne Randale ist natürlich was feines. Sie ist völlig korrekt, es gibt keinerlei moralische Bedenken, die dagegen angeführt werden können, macht Spaß, trifft die Richtigen und ist etwas sehr soziales und kommunikatives. Sozusagen was für `jederzeit´."***

Wir sind, was volkt!

DRINGEND

Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke..

.. bis zum 9.November, dann soll die Brücke für den Autoverkehr geöffnet werden. Trotz vielfältiger Versuche wie Brückenbesetzung, Fahrraddemos, Unterschriftensammlung, Straßenfesten, brennender Bagger und sinkender Schiffe, Straßenblockaden und Plakataktionen ist es offensichtlich nicht gelungen, den Ausbau der Brücke zur Autorampe zu verhindern. Bei all unseren Aktivitäten haben viele Menschen Unterstützung gezeigt; wir sind aber auch als Spinner angepöbelt worden; am allermeisten jedoch haben wir in den letzten drei Jahren hören müssen: "Kann man doch eh nix machen, die da oben machen doch was sie wollen".

Der alltägliche Wahnsinn auf den Straßen, die schon nicht mehr nur noch schleichende Veränderung der Stadt hin zum Regierungssitz und zur überteuerten Metropole ist schon allzusehr Normalzustand geworden. Tagtäglich müssen alle, die hier wohnen, Verschlechterungen der Lebensbedingungen hinnehmen. Wachsende Mieten und steigende Fahrpreise werden aber in den allermeisten Fällen klaglos geschluckt. Fast alle Menschen schauen nur noch, daß sie mit heiler Haut davonkommen. Der Kampf auf der Straße um jeden Meter ist nur *ein* Ausdruck davon.
Uns ist es nicht egal, daß dieses Verhalten "JedeR für sich" die Lebensbedingungen für uns alle immer weiter verschlechtert.

Verkehr

Dieses Projekt Oberbaumbrücke zur Schließung des Innenstadtrings wird von den PolitikerInnen immer wieder als Lösung der Verkehrsprobleme in der Stadt gefeiert. Allenfalls kann dies jedoch nur für die AutofahrerInnen gelten, denn der öffentliche Nahverkehr hinkt mächtig hinterher. Die U-Bahn wird frühestens Ende '95 kommen, die Straßenbahn ist weit ins nächste Jahrtausend verschoben, die Fuß und Radwege werden stark verengt. Noch nicht mal einen Busverkehr zwischen dem Schlesischen Tor und der Warschauer Straße wird zur Brückenfreigabe eingerichtet sein. Das nennt sich dann wichtiger Schritt im Zusammenwachsen dieser Stadt. Dazu wird ausgerechnet dieser halboffizielle nationale Feiertag 9.November bemüht. Es zeigt sich damit deutlich, was mit "Zusammenwachsen, was zusammen gehört" gemeint ist. Endlich können alle Deutschen, sofern sie genügend Kohle haben, in ihren Autos als Wohnzimmerersatz sitzen und durch die Gegend jagen. Freiheit nennt sich das dann, wenn sich die Autos gegenseitg im Weg stehen und so, nicht nur am Schlesischen Tor, den Superstau produzieren.

9. November

Aber noch aus einem anderen Grund wird dieser Tag zur Eröffnung benutzt. Den Herren ist der 9 November als Tag der Revolution von 1918 eher unheimlich ist; das ist verständlich. Das Gedenken an die Reichspogromnacht von 1938 wird mit einer Blechlawiene überrollt, das ist mehr als peinlich. Endlich kann der Tag historisch entsorgt werden. Die von antifaschistischen Gruppen traditionell am 9. November organisierte Demonstration in Moabit "gegen das Vergessen" tritt diesen Absichten entgegen.

Hauptstadt

Mit unserer Demonstration gegen die Verkehrspolitik zeigen wir, daß wir uns noch nicht damit abgefunden haben, wie die PolitikerInnen versuchen, uns ständig zu verarschen. Sie versprechen, wenn nur genügend Straßen, Tunnels und Brücken gebaut werden, sei die Verkehrssituation in Berlin in den Griff zu bekommen. Es geht ihnen doch nur um eine einigermaßen autofreie Innenstadt, in der sie dann ihre Regierungsgeschäfte und sonstigen Deals in aller Ruhe abwickeln können.
Menschen, die nichts damit zu tun haben, stören dabei nur. Wir, in den Wohnvierteln, sollen dann den ganzen Lärm und Gestank aushalten; und uns gegenseitig damit fertigmachen.
Wir sind weiter davon überzeugt, daß unser Kampf wichtig und richtig ist. Es gibt noch viele andere Initiativen in der Stadt die sich gegen die Betonpolitik des Senats wehren.
Konkret in Kreuzberg sind folgende Projekte geplant: Die Wiener Straße soll nach Treptow verlängert werden, die Schlesische Straße ist als übergeordnete Hauptverkehrsstraße ausgewiesen, der Ausbau wird immer weiter gehen. Das heißt, daß in 10 bis 15 Jahren und sicherlich bevor die Straßenbahn da ist, 100 000 Autos täglich das Schlesische Tor passieren werden. Zudem wird der Schwerlastverkehr eine rollende, stinkende und lärmende Mauer durch den Kiez ziehen.
Nicht nur das ist für uns Anlaß genug den 9. November auf unserer eigene Art zu begehen. JedeR die/der von der Veränderung der Verhältnisse träumt ist herzlich eingeladen.

Brückenini



WO GEHTS LANG ?

Die traditionelle Moabiter Demonstration der A.I.M. gedenkt der Opfer der nationalsozialistischen Judenpogrome von 1938, aber auch der aktuellen Opfer von Rassismus und Ausgrenzung.

Sie wird in diesem Jahr als zentrale Berliner Demonstration gestaltet, getragen von einem breiten, fortschrittlich politischen Spektrum.

Die Demonstration führt vorbei an historischen und aktuellen Stätten von Verfolgung und Rassismus, von Zivilcourage und Widerstand:

- Am Rathaus Tiergarten, das - nach der sog. „Machtergreifung" 1933 erbaut - in seinem Grundriß ein großes H darstellt, „zu Ehren des Führers". In der BVV Tiergarten sitzen z.Zt. fünf Republikaner, die dort öffentlich ihren rechtsextremistischen Schund verbreiten und nationalsozialistische Traditionen fortführen dürfen.
- An der Waldstraße 6. Dort hat die couragierte Moabiterin Helene von Schell in ihrer Ein-Zimmer-Wohnung zeitweise bis zu 9 jüdische Freundinnen und Freunde erfolgreich vor dem Nazi-Terror versteckt.
- An der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße.
- Am Hause des ägyptischen Arztes Dr. Mod Helmy in der Krefelder Straße 9. Er, selbst mit Berufsverbot belegt, hat zahlreiche versteckte jüdische BewohnerInnen ärztlich versorgt und viele sog. „Fremdarbeiter" und auch Deutsche durch Atteste vor schwerer Zwangsarbeit bewahrt.
- Am Krankenhaus Moabit, in dem bis 1933 klassische jüdische Heilkunde ausgeübt wurde. Dessen jüdische Ärzteschaft wurde verfolgt, verschleppt und z.T. ermordet.
- An der Untersuchungshaftanstalt und Justizvollzugsanstalt. Moabit ist über 100 Jahre ein klassischer Militärstandort gewesen. Diese Infrastruktur wurde von den jeweils herrschenden Repressionsorganen wie Polizei und Justiz übernommen. Im Moabiter Knast sitzen auch heute wieder Antifaschisten ein (s.Rückseite).
- Am Abschiebeknast in der Kruppstraße. Dort werden heute in überfüllten Zellen unter unmenschlichen Bedingungen ausländische MitbürgerInnen gefangengehalten. Ihr einziges „Vergehen" ist in der Regel: Sie besitzen keinen deutschen Paß und damit keine Genehmigung, sich hier aufzuhalten. Sie werden schlimmer behandelt als abgeurteilte Schwerstverbrecher.
- Am immer wieder geschändeten und beschädigten Mahnmal auf der Putlitzbrücke.
- Der Weg der Demonstration folgt z.T. den Straßenzügen, durch die die jüdischen BewohnerInnen von der sog. „Sammelstelle" in der Synagoge Levetzowstraße hin zum Deportationsbahnhof an der Putlizbrücke getrieben wurden.

5. ANTIFA-DEMO-MOABIT



MI 9.11.1994 17 UHR

U-BAHNHOF TURMSTRASSE (HERTIE)

UnterstützerInnen: AGIT-Arbeitsgruppe in Tiergarten, Alternative Linke; Antifa-Bündnis Prenzlauer Berg, Antifa-Café Wedding, Antifa Charlottenburg; Antifa-Jugendfront; Antifa-Marzahn; Antifaschistische Fußball-Fan-Initiative AFFI; Antirassistisches Kieztreff 61; BAOBAB-Infoladen 3.Welt; BUND-Jugend Berlin; Bündnis90/Die Grünen (AL) Tiergarten, Bund der Antifaschisten Berlin e.V., Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V.; Dost e.V Tiergarten; DUP (der Umzug platzt); HUmmel-Antifa; Infoladen Omega, Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz; JUSOS in der SPD Berlin; Nachbarschaftsladen Moabit e.V., Ökologische Linke, Ortsverein Nordwest/Spandau der IG Medien; PDS-Wedding/Reinickendorf, Schwule Antifa Berlin; SOPOLIT-Sozialpolitische Initiative Tiergarten e.V., Sozialhilfe-Treff Tiergarten; Zukünftige Personengruppe Arbeitslose der IG-Medien, u.w

AIM (Antifaschistische Initiative Moabit)



Glaubt den Lügen der Handlanger nicht!

Zur Aktion gegen die *taz* am 21.10.1994 und zur neuen Staatsschutz- und Pressekampagne gegen die Gefangenen

Am 21.10.1994 wurde kurzzeitig die Redaktionskonferenz der *taz* besetzt, um auf die Situation von Christine Kuby und der anderen Gefangenen aus der RAF aufmerksam zu machen. Ziel war es, gegen die *taz* drei zentrale Forderungen durchzusetzen:

* **Die Veröffentlichung einer mit den politischen Gefangenen in Lübeck gemeinsam erarbeiteten Erklärung zu Christines Situation**
* **Die Durchführung einer Pressekonferenz in den Räumen der *taz***
* **Eine öffentliche Erklärung der *taz* zur Zusammenarbeit mit dem Verräter und Kronzeugen Werner Lotze**

Zum Ablauf der Aktion

Zu Beginn der Aktion wurden die Eingänge der Kantine, in der die Redaktionskonferenz stattfand, blockiert und Flugblätter mit den Forderungen und der Erklärung zu Christines Situation verteilt und kurz erklärt, worum es bei der Aktion geht. Nachdem Chefredakteur Arno Widmann mitteilte, sich erst nach Ende der Redaktionskonferenz mit den Forderungen auseinandersetzen zu wollen, wurde der weitere Verlauf der Konferenz durch massiven Trillerpfeifeneinsatz unterbunden. Daraufhin entschied die Redaktion, die Konferenz in einem anderen Raum fortzuführen, und bahnte sich gewaltsam den Weg aus der Kantine. Ohne die Besonnenheit und klaren Absprachen unter den BesetzerInnen wäre es in dieser Situation zu einer heftigen Schlägerei gekommen. Widmann wiederholte anschließend die Zusage, nach Beendigung der Konferenz mit einer Delegation zurückzukommen und über die Forderungen zu verhandeln.

Bei diesem Gespräch stellte Widmann sich auf den Standpunkt, die *taz* könne den Forderungen aus Gründen der journalistischen Unabhängigkeit nicht nachgeben, weil sie sich von nichts und niemandem vorschreiben lassen würden, was sie veröffentlichen. Im übrigen sei der zuständige Redakteur - Wolfgang Gast - nicht im Haus, so daß sie eh nichts entscheiden könnten. Nach längerem Hin und Her sagte er zu, Gast anzurufen und zu organisieren, daß der Sachverhalt recherchiert wird. Im Er-

Erklärung, die zu der Aktion gegen die taz verteilt wurde:

Christine Kuby ist seit fast 17 Jahren gefangen. In den letzten Jahren ist sie schwer erkrankt: Sie hatte mehrere Bandscheibenvorfälle, die von Mal zu Mal schlimmer werden. Aktuell ist ihre Situation so zugespitzt, daß sie sofort raus muß: Es sind bereits erste irreperable Nervenschädigungen eingetreten. Auch die zuständigen MedizinerInnen sagen, daß Christine sofort raus muß. Die zuständigen Behörden verweigern aber ihre Freilassung, weil sie ihrer politischen Überzeugung nicht abschwört.

Es ist dringend notwendig, in den nächsten Tagen und Wochen massive Anstrengungen zu unternehmen, um die Situation von Christine Kuby - und damit den Gesamtkontext der fortgesetzten Folter an den politischen Gefangenen - verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und mit allen Mitteln Druck für ihre Freilassung zu entwickeln. Die Logik der Herrschenden, die Gefangenen erst so lang der Folter auszusetzen, daß sie krank werden, um sie dann mit dem Fakt irreversibler Schäden weiterzufoltern, muß gebrochen werden.

Mit unserer heutigen Aktion verlangen wir von der taz:
**** den Abdruck einer von Christine Kuby autorisierten Erklärung zu ihrer Situation auf einer der ersten drei Seiten der taz vom 22.10.1994***
**** die Durchführung einer Pressekonferenz der Aktionsgruppe zu Christine Kubys Situation in den Räumen der taz***
Darüberhinaus verlangen wir eine öffentliche Stellungnahme des taz-Vorstands zu der (inzwischen beendeten) Zusammenarbeit der taz mit dem ehemaligen RAF-Mitglied und Verräter Werner Lotze, der als Kronzeuge aktiv an der erneuten lebenslänglichen Verurteilung von Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz mitgewirkt hat.
Die taz hat sich in den letzten Jahren mit ihren Mitteln offensiv daran beteiligt, die Auseinandersetzung um die Gefangenen zu entpolitisieren und die Geschichte der Gefangenen (und des bewaffneten Kampfes) abzuwickeln. Wir unterstellen jedoch, daß ein relevanter Teil ihrer LeserInnen noch immer Interesse an authentischen Informationen über die Situation der Gefangenen hat. Da Christine Kubys Situation unerträglich und ausgesprochen gefährlich ist und dringend öffentlich werden muß, um politischen Druck für ihre sofortige Freilassung entwickeln zu können, wollen wir mit unserer Aktion gegen die taz durchsetzen, daß sie Christine Kuby und den anderen politischen Gefangenen mit ihrer Berichterstattung nicht in gewohnter Weise in den Rücken fällt, ohne zuvor zumindest die von Christine Kuby autorisierte Erklärung abgedruckt zu haben.

gebnis sagte er dann zu, zwei Leute seien damit beauftragt, sich um das Thema zu kümmern, und es werde bis spätestens Dienstag (25.10.94) darüber berichtet.
Worin das öffentliche Interesse an der Zusammenarbeit zwischen der *taz* und Werner Lotze bestehen könnte, war den Leuten von der *taz* überhaupt nicht klar zu machen. Im Laufe der Diskussion stellte sich heraus, daß Lotze nur vorzeitig vor die Tür gesetzt worden war, weil es wegen seiner Mitarbeit zu "Reibungen" gekommen war, so daß es um des lieben Friedens willen einfacher erschien, ihn kurz vor Ende seines Praktikums seinen Resturlaub nehmen zu lassen. Es hat also zu keinem Zeitpunkt eine politische Entscheidung gegeben, ihn vor die Tür zu setzen, weil die Zusammenarbeit mit einem Verräter grundsätzlich für falsch gehalten würde.
Lotze hat durch seine Kronzeugenaussagen die erneute lebenslängliche Verurteilung von Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz ermöglicht. Im Prozeß gegen Heidi Schulz hat er im übrigen ausgesagt, während er bei der *taz* arbeitete.
Aufschlußreich war im übrigen, daß alle von der *taz*, die an den Verhandlungen teilnahmen, der Aktion gegenüber eine durchgängig einheitliche Position vertraten, und gerade diejenigen (wenigen), die selbst eine längere Geschichte mit den Gefangenen haben, sich besonders hartnäckig gegen die Aktion abgrenzten und der Gruppe gegenüber massiv ablehnend auftraten.

Zur Einschätzung der Aktion

Die Forderungen gegenüber der *taz* konnten nicht durchgesetzt werden, womit allerdings auch nicht zu rechnen war. Dennoch hat die Aktion ihr Ziel insofern erreicht, als die zur Aktion verbreitete Presseerklärung offenkundig zu relativ hektischen Aktivitäten bei verschiedenen Presseleuten führte. Dadurch sah sich das - für Christine zuständige - Oberlandesgericht Hamburg genötigt, eine Presseerklärung zu Christines Situation herauszugeben, in der es einerseits Christines Situation bewußt falsch darstellt und betont, in dem (seit November 1992 laufenden!) Entlassungsverfahren gehe alles seinen "normalen" Gang - und andererseits: die öffentliche Erklärung des Gerichts stehe in keinerlei Zusammenhang zu der Aktion gegen die *taz*. Während mehrere norddeutsche Zeitungen (und die *taz* selbst!) diese Erklärung des Gerichts einschließlich des Hinweises auf die Aktion veröffenlichten, brachten die großen überregionalen Zeitungen nur noch die Darstellung des Gerichts, ohne die Aktion zu erwähnen, was ein Indiz dafür ist, daß die zentral politisch Verantwortlich verhindern wollen, daß Christines Situation öffentlich wird. Dieses Kalkül gilt es weiterhin zu durchbrechen. In diesem Sinne scheint die Aktion gegen die *taz* demnach am richtigen Ort zum richtigen Zeitpunkt einen wichtigen Anstoß gegeben zu haben, nicht zuletzt angesichts der zwischenzeitlich angelaufenen neuerlichen Staatsschutzkampagne:

Zur Gesamteinschätzung

Was bei der Planung der Aktion noch nicht konkret einberechnet werden konnte, war die Tatsache, daß offenbar eine erneute massive Staatsschutzkampagne gegen die Gefangenen und alle, die sich für ihre Forderungen einsetzen, bevorsteht. Am 24.10.94 veröffentlichte der *Spiegel* einen ausführlichen Bericht zur angeblich bevorstehenden Entscheidung im Entlassungsverfahren gegen Irmgard Möller mit der zentralen Aussage: Irmgard könnte schon längst draußen sein, wenn ihre AnwältInnen, BesucherInnen und "UnterstützerInnen", sie nicht von draußen unter Druck setzen würden, eine harte Haltung einzunehmen und sich in dem Verfahren querzustellen. Mit einer derartigen Darstellung sollen die Gefangenen endgültig nur noch Objekt der Entwicklung sein, während diejenigen, die ihre Forderungen unterstützen, in der Konsequenz mit neuer Kriminalisierung bedroht werden. Das dahinter stehende Ziel der weiteren Entsolidarisierung mit den Gefangenen verfolgt auch die *taz* am 25.10.94 mit ihrer Lüge, es stehe schon fest, daß Irmgard rauskommt. Dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Die *taz* beruft sich dabei auf Insider-Informationen aus "Justizkreisen", von denen der zuständige Oberstaatsanwalt sagt: "Was sollen das denn für Justizkreise sein? (...) Also ich weiß nicht, wo das herkommt. Mir scheint das frei erfunden zu sein, denn vom Justizministerium ist so etwas nicht geäußert worden. Ich habe es bestimmt nicht gesagt, und meine Vorgesetzten erstrecht nicht..." (*Junge Welt*, 26.10.94) Gleichzeitig sagt er zu der Frage, ob er Beschwerde gegen eine positive Entscheidung des Gerichts für Irmgards Freilassung einlegen werde: "Wer weiß, ob es überhaupt Handlungsbedarf gibt? Ich muß mir ja erst etwas überlegen, wenn Frau Möller freigelassen werden soll. Wenn das Gericht entscheidet, sie bleibt drin, dann brauche ich gar nichts zu tun."
Das einzige, was an der Darstellung der *taz* stimmt (und erstmals so offen zugegeben wird), ist, daß sie über Informationen verfügt, über die andere - einschließlich der gesamten bürgerlichen Presse - nicht verfügen, noch nicht einmal die ansonsten aus Regierungskreisen hervorragend informierte *Welt*. Bei diesen "Erkenntnissen" der *taz* kann es sich nur um gesteuerte Geheimdienstinformationen handeln, die der *taz* zugeführt werden, damit die *taz* als Handlanger aktiv zur Desinformation und Entsolidarisierung beitragen und und daran mitwirken kann, diejenigen, die die Forderungen der Gefangenen unterstützen, weiter zu isolieren und der Kriminalisierung auszusetzen. Daß beispielsweise der Bus, der von Bremen aus zu der Demo für Irmgards Freilassung am 5.11.94 in Kiel fahren sollte, nach der *taz*-Schlagzeile von ihrer angeblich schon feststehenden Freilassung gleich wieder abgemeldet wurde, wird die *taz* sicherlich als Erfolg für sich verbuchen...

Umso nötiger ist es, auf diese Form der Staatsschutzkampagne nicht hereinzufallen und in dem Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen nicht loszulassen!

Sofortige und bedingungslose Freilassung von Christine Kuby! Freiheit für alle politischen Gefangenen!



ALLTAG AUF DEM SOZIALAMT

Die Sozialhilfe reicht vorne und hinten nicht - gerade gab es die großzügige Erhöhung um eine ganze Mark im Monat. Einmalige Leistungen werden gekürzt oder sollen noch weiter gekürzt werden. Und selbst diese kümmerliche Sozialhilfe bekommen wir nur unter Mühen: Selbstgefällige SachbearbeiterInnen vergessen das eine oder das andere, traktieren uns mit zwanzig oder noch mehr Nachweisen über Bewerbungen um Arbeit oder verrechnen sich "vor lauter Arbeitsüberlastung"- zu unseren Ungunsten natürlich.

Damit aber nicht genug: Wir werden immer häufiger zu Zwangsarbeit, sogenannter "gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit (gzA) " nach § 19.2 und 20 verdonnert. Nach dem Motto: "Wer dem Sozi auf der Tasche liegt, soll dafür bitteschön die letzte Drecksarbeit machen" - verbunden mit der lockenden Entlohnung von 2 - 3 Mark die Stunde. Oft brauchen sie aber gar nicht drohen: Einige von uns sind auf die mageren 120 - 180 Mark zusätzlich angewiesen, viele sind so vereinzelt oder haben das Prinzip dieser Gesellschaft "Wer nicht arbeitet, ist auch nichts wert" schon so verinnerlicht, daß sie auch für diesen Jammerlohn arbeiten gehen (müssen)... Außerdem machen uns die SachbearbeiterInnen oft Versprechungen auf einen befristeten Arbeitsvertrag, wenn wir uns in der GzA "bewähren". Zwar nicht für sofort, aber vielleicht in 1, 2 oder 5 Jahren oder auch nie, denn auf dreissigtausend ZwangsarbeiterInnen kommen in Berlin nur 3000 solcher Verträge...

In Berlin wurde die Anwendung der Zwangsarbeit immer schon scharf gehandhabt. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen vom 1.1.94 sollen noch mehr SozialhilfebezieherInnen zur Zwangsarbeit gedrängt werden. Es geht nicht darum daß wir irgendwelche "nützlichen" Dinge tun, sondern die GzA wird zum reinen Schikaneinstrument, um uns "Sozialbetrügern" und "Drückebergern" den Bezug von Sozialhilfe immer weiter zu vermiesen. Damit wir uns eine schlecht bezahlte Arbeit zu wie auch immer gearteten Bedingungen suchen, um so dem Streß mit Sozialamt und GzA aus dem Weg zu gehen. Die Regierung hat schon angekündigt, daß es fortan nur noch Geld für die geben soll, die auch "arbeitswillig" sind, weil "Arbeit muß sich wieder lohnen" oder, wie uns die SPD im Wahlkampf nervte: "Arbeit, Arbeit, Arbeit!". Selbst bei den Gewerkschaften ruft die Zwangsarbeit keine nennenswerte Proteste hervor, obwohl ZwangsarbeiterInnen noch nicht einmal die minimalstem Rechte, geschweige denn einen Arbeitsvertrag haben. Wenn wir für Laubfegen, Malerarbeiten, oder Alten- und Kinderbetreuung viel weniger Lohn kriegen als unsere festangestellten KollegInnen, dann ist das allerdings nicht nur schlecht für uns, sondern drückt auch die Löhne der Festen weiter nach unten.

Die Umgehensweise mit der Zwangsarbeit in den Sozialämtern ist von Bezirk zu Bezirk verschieden: In Schöneberg, Wedding oder Wilmersdorf wird sofort die Sozialhilfe gekürzt, wenn mensch die Zwangsarbeit nicht antritt. In Kreuzberg, Spandau, Pankow und Prenzlberg ist laut Angabe der SozialstadträtInnen die GzA "freiwillig". In Mitte wird angeblich auf "sanften Druck" gesetzt: VerweigerInnen werden Ermahnungen geschickt... Letztendlich hängt es aber immer vom Ermessen der SachbearbeiterInnen ab, welchen Druck sie auf uns ausüben und ob sie die Sozialhilfe kürzen!

Wir -die Autonome Erwerbslosengruppe- sind Leute, die zwischen Arbeitsamt, Sozialhilfe und verschiedenen Jobs pendeln. Wir haben uns zusammengeschlossen, um uns gegen die dauernden Kürzungen und alltäglichen Schikanen auf den Ämtern und die Ausbeutung bei der Arbeit zu wehren. Bisher haben wir Kundgebungen, Umzüge und andere Aktionen organisiert, auf Flugblättern veröffentlichen wir Sauereien und geben Tips, wie mensch sich dagegen wehren kann. Wir sind gegen jede Form von Arbeitszwang und für ein ausreichendes Einkommen für alle!

Auf der Rückseite haben wir ein paar Tips zusammengestellt, wie mensch sich gegen die Zwangsarbeit wehren kann.



WAS TUN GEGEN ZWANGSARBEIT ???

💣 Wir können die Rechtsabteilungen der Sozialämter nerven, indem wir sie mit Widersprüchen überschütten. Immer noch muß Zwangsarbeit offiziell "gemeinnützig" und "zusätzlich" sein. Deshalb sollte der Widerspruch ungefähr folgende Formulierung haben: " Ich lege Widerspruch gegen den Einsatz zur gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit vom........ bei........... ein, da die von mir zu verrichtende Arbeit weder gemeinnützig noch zusätzlich ist."Allerdings sollten wir uns von solchen Beschwerden nicht zuviel versprechen: Sie haben keine aufschiebende Wirkung, Sozkürzungen können trotzdem verhängt werden.. Erfolgreich können sie vor allem dann sein, wenn wir auch auf anderen Ebenen aktiv werden...

Langfristig hilft es nur, Druck auf die Verantwortlichen und Profiteure der Zwangsarbeit auszuüben. Dazu müssen wir uns zusammentun, allein haben wir wenig Chancen. Wir machen z.B. Aktionen gegen Projekte, die ZwangsarbeiterInnen ausbeuten und SachbearbeiterInnen, die sich beim Schikanieren von SozialhilfeempfängerInnen besonders hervortun. Es gibt ein paar Möglichkeiten zu handeln, wenn wir konkret von Zwangsarbeit betroffen sind:

💣💣 Wer Lust hat, vor Ort zu zeigen, daß Zwangsarbeit nutzlos und uneffizient ist und dabei noch die "Aufwandsentschädigung mitnehmen will, sollte die Stelle erstmal antreten. Unqualifiziert, wie wir nun mal sind, kann natürlich einiges schief gehen: Die Werkzeuge gehen kaputt, Der Rasenmäher fährt durchs Rosenbeet, der von uns gereinigte Springbrunnen schlägt Schaum. Daß wir wichtige Sachen schon mal vergessen und öfter verschlafen versteht sich von selbst. Das alles macht zusammen mit KollegInnen noch viel mehr Spaß. Wir können dann auch Wetten abschließen, wann die Einsatzstelle das Soz bittet, keine ZwangsarbeiterInnen mehr zu schicken. Wichtig ist, daß uns keine böse Absicht nachzuweisen ist und wir unsere grundsätzliche Arbeitsbereitschaft bekunden, um keinen Streß mit dem Soz zu bekommen.

💣💣 Wollen wir gar nicht erst antreten, müssen wir bereits unserem/r SachbearbeiterIn klarmachen, daß Zwangsarbeit nichts für uns ist. Dabei sollten wir immer mindestens eine/n FreundIn mitnehmen. In Bezirken, in denen es Ausführungsbestimmungen gibt, nach denen Zwangsarbeit grundsätzlich **freiwillig** ist (s.o.), sollten wir dem/ der SachbearbeiterIn mit Hinweis darauf erstmal erklären, daß wir **freiwillig** überhaupt nichts machen. Nützt das nichts und wird uns mit Soz- Kürzung gedroht, sollten wir - mit noch mehr FreundInnen- einfach die/den Sozialstadtrat/-rätin besuchen und an seine/ihre eigenen Durchführungsbestimmungen erinnern.

💣💣 Wenn wir mit diesen Mitteln keinen Erfolg haben, können wir noch mit ärztlichen Attesten unsere Arbeitsunfähigkeit unter Beweis stellen. Meist können wir damit nur Zeit schinden, weil die SachbearbeiterInnen uns ständig mit neuen Jobs nerven werden, für die wir uns dann auch neue Wehwehchen ausdenken müssen. Aber ein paar Monate kriegen wir damit schon rum und die übelsten Arbeiten lassen sich so auch abbiegen.

Alle, die sich nicht alleine wehren wollen und gemeinsam mit anderen überlegen möchten, was sie der Zwangsarbeit und der ganzen Scheiße auf den Ämtern entgegensetzten können, laden wir von der Autonomen Erwerbslosengruppe zu einem regelmäßigen Treffen ein:

Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 16.30 - 19.00 Uhr
in der Kollektiven Hand, Sanderstr. 8, Neukölln, U-Bhf. Schönleinstr.

OFFENES ERWERBSLOSEN - TREFFEN

Gegen Zwangsarbeit, Ämterschikane und Sozialkürzungen...

... Information - Diskussion - Aktion !

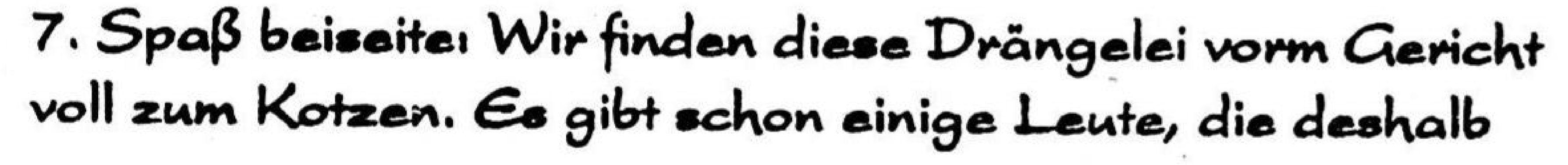
YO, BODYCHECKERS IN THE HOUSE!!

SEID IHR ALLE DA ????

Tips zum Vordrängeln:
Uns ist aufgefallen, daß einige Leute leider noch nicht über ausreichende Kenntnisse verfügen, wie eses sich am Besten in den Gerichtssaal hineindrängeln läßt. Da wir der Meinung sind, daß in unserer alternativen Ellbogengesellschaft das Gleichheitsprinzip gelten sollte, haben wir uns entschlossen, eine kleine DRÄNGELANLEITUNG zu veröffentlichen:

1. Wenn bei deiner Ankunft schon eine größere Menge BesucherInnen vor der Eingangstür wartet, stelle dich unauffällig möglichst weit vorne an der Seite an.
2. Beginne sofgort ein Gespräch mit dir bekannten Personen, damit der Eindrúck entsteht, du stündest schon eine Ewigkeit da vorne.
3. Schiebe dich im Verlaufe dieses Gespräches vor deinen FreundInnen in die wartende Menge.
4. Benutze dabei die Taktik des sanften Ellbogenchecks, wie du dies z.B. bei Konzerten im SO oder EX gut beobachten kannst.
5. Solltest du doch aufgefallen sein und sich jemand beschweren, höre einfach weg und ignoriere dies.
6. Verlasse niemals deinen hart erkämpften Platz, auch nicht, wenn du dringend auf Klo mußt. Denn auch hier gilt wie im wahren Leben:

Weggegangen - Platz vergangen.


7. Spaß beiseite: Wir finden diese Drängelei vorm Gericht voll zum Kotzen. Es gibt schon einige Leute, die deshalb erst garnicht mehr kommen. Wir haben keinen Bock auf dieses gegenseitige Angeätze und miese Stimmung wie bei Konzerteinlaßen.
Eine Idee, um zu verhindern, daß sich die Bodycheck-Mentalität weiterhin durchsetzt, wäre sich in 2er bzw. 4er - Reihen hintereinander anzustellen.
Es ist schon frustrierend, solche Vorschläge machen zu müssen, aber es scheint ja nicht von selbst zu funktionieren.

Die, die regelmäßig den Prozeß besuchen, sollten welche vorlassen, die z.B. wegen ihrer Arbeit oder Kinder selten oder noch nie dagewesen sind. Klar sollte sein, daß den Angehörigen und engsten FreundInnen der Angeklagten sowie UnterstützerInnen aus anderen Städten der Prozeßbesuch ermöglicht wird (auch, wenn sie mal zu spät kommen).
Übrigens ist es des öfteren nach der Pause (so ca. zwischen 13.00 und 13.30 Uhr) im Saal nicht voll.
Also überlegt euch auch mal, vielleicht gleich nachmittags zu kommen.

Brigade Freiwillige Ordnung Selbstbestimmt

p.s. die Ampel soll nur eine kleine Gedächnisstütze sein, damit ihr nicht vergeßt, wann ihr gekommem seid.

Berlin, der 22.Oktober 1994

VORMERKEN

Autonomie-Kongress
der undogmatischen linksradikalen Bewegungen
Einladung

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

Hiermit laden wir euch zum 3.bundesweiten Kongress-Vorbereitungstreffen am 26/27.11 nach Erfurt ein. Der Kongress findet Ostern 95 in Berlin statt,und soll sich im groben auf die Suche nach neuen Wegen und Trampelpfaden undogmatischer linksradikaler Politik und Kultur machen.
Wir hoffen euch, mit euren Ideen und Energien den Kongress mit vorzubereiten, in Erfurt zu sehen!!!

Da aus technischen Gründen noch keine schriftliche Einladung aus Erfurt vorliegt(Wegbeschreibung, Programm der zwei Tage usw...)sollen sich alle Interessierten erstmal schriftlich oder telefonisch (Freitags zwischen 17Uhr30 und 20Uhr)in Berlin anmelden.Bitte teilt uns mit,mit wieviel Leuten und aus welchen Regionen/Städten ihr nach Erfurt kommen wollt.
Um das Wochenende in Erfurt voll nutzen zu können raten wir euch schon am Freitag den 25.11 anzureisen!

Bis denne....eure Kongress-Ini Berlin

Kongress-Ini Berlin
c/o Mehringhof
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Tel.030/786 59 17(Fr.17Uhr30-20Uhr)
Fax.030/786 99 84

Infoladen Erfurt
c/o Korax e.v
P.Cornelius Str.45a
99096 Erfurt

☞ Weitere Infos(Anreise usw...)zu Erfurt werden bald veröffentlicht und rumgeschickt!

Tausende demonstrierten in Potsdam gegen *Junge Freiheit*

Jugend gegen Neue Rechte



Nicht alle Tage: massenhafte Präsenz von Antifas in Potsdams Straßen Foto: Christian Bach

Die Verlegung ihrer Redaktionsräume von Freiburg nach Potsdam hat der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* zwar größere Hauptstadtnähe, aber nicht unbedingt mehr Ruhe gebracht. Nachdem Potsdamer und Berliner AntifaschistInnen bereits im Januar 1991 die Umzugspressekonferenz der *Jungen Freiheit* platzen ließen, demonstrierten am Samstag ca. 1000 Menschen in Potsdam gegen die *Junge Freiheit*. Zwar hatte dazu ein breites Bündnis von den VeranstalterInnen »Jugend gegen Rassismus in Europa« (JRE) über JungsozialistInnen bis hin zu Gregor Gysi höchstpersönlich aufgerufen, doch die meisten DemonstrantInnen waren junge AntifaschistInnen aus Potsdam und kleineren Städten im Land Brandenburg. Dementsprechend fand das Konzept der Sicherheitspartnerschaft zwischen JRE und Potsdamer Polizei wenig Anklang. Schon im Vorfeld war die geplante Abschlußkundgebung vor dem Redaktionssitz der *Jungen Freiheit* in der Amtsstraße 5a in Potsdam-Bornstedt seitens der Polizei aus »Sicherheitsgründen« verboten worden. Die JRE beendete die Demonstration daher an einer Polizeiabsperrung etwa 200 m vor dem Redaktionsgebäude. Den Versuch einer Gruppe von DemonstrantInnen, doch noch zur *Jungen Freiheit* zu gelangen, nahmen die anwesenden 200 Bereitschaftspolizisten zum Anlaß, wahllos Knüppel und Tränengas einzusetzen. Die Bilanz der anschließenden Auseinandersetzungen: zwei Polizeiwagen mit Schrottwert, Baumstammbarrikaden auf der B 273, mehrere verletzte DemonstrantInnen und 24 vorläufige Festnahmen.

Für die Zukunft plant die JRE, zusätzlich zur erfolgreichen Kampagne der »EdelweißpiratInnen« und anderer antifaschistischer Gruppen Aktionen gegen die Vertriebsgesellschaft der *Jungen Freiheit*, die SPS-Verlagsservice GmbH, mit Sitz in Koblenz.

Kerstin Walden

Veranstaltungsreihe zur Broschüre *"Triple Oppression und bewaffneter Kampf'*

"What will the revolution change?"

Keine zehn Jahre ist es her: Mitte/Ende der 80er Jahre schien "revolutionär" nicht eine spezifische politische Praxis zu bezeichnen, sondern war ein Ehrentitel; 'Revolutionär *zu sein*' war Mode. K-Gruppen versuchten, mittels "revolutionärer Blockbildung" ihr Überleben zu sichern. Die autonomen "revolutionären 1. Mai"-Demos entstanden; auch in der Anti-IWF-Mobilisierung 1988 gab es eine eigenständige "revolutionäre" Demo. Zumindest in der autonomen und antiimperialistischen Szene war die Abgrenzung von '*den* Reformisten' populär. VertreterInnen einer flexibleren Bündnispolitik wurden abschätzig als "Reform-Autonome" tituliert.
Was machte eigentlich die Substanz dieses 'Revolutionär-seins' aus? Die politische Praxis der K-Gruppen unterschied sich kaum von der der als 'reformistisch', 'opportunistisch', 'revisionistisch' denunzierten Gruppen. Der autonome Revolutionarismus speiste sich demgegenüber immerhin aus einer militanten Demo-Praxis und der Proklamation der "Marginalisierten" als neues revolutionäres Subjekt. Dieses Hoffen auf die 'Gleichzeitigkeit von Roits in Sao Paulo und SO 36' als Strategieersatz mußte aber früher oder später zu Enttäuschungen führen.
Und heute, keine zehn Jahre später? Das Erbe dieses Mythos haben heute die Schmalspur-MaoistInnen von der RIM mit ihrer "Städtepartnerschaft Ayacouchou - Kreuzberg" angetreten. Ansonsten will heute kaum noch jemandE 'revolutionär sein' - 'revolutionär sein' ist out: Aus der 'Gleichzeitigkeit der Kämpfe weltweit' ist die Gleichzeitigkeit der Verhandlungsrunden für "politische Lösungen" weltweit geworden. Die schon früher als 'Reformisten' beschimpften GRÜNEN und Linksintellektuellen haben sich heute tatsächlich weitgehend in die "Neue Weltordnung" integriert und propagieren deren Schutz durch Bundeswehreinsätze weltweit. Der Kommunistische Bund (KB) hat sich gespalten; seine Zeitung AK von "Arbeiterkampf" in "Analyse und Kritik" umbenannt. Die SEW hat sich aufgelöst; die DKP ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die PDS konnte ihre relativ starke Stellung in der ehemaligen DDR nur wahren, weil sie ihre zuvor verbal-revolutionären Vorstellungen durch linkssozialdemokratische "Transformations-Konzepte" ersetzte. Große militante Demos gibt es schon lange nicht mehr; 1994 gab es erstmals seit Jahren auch keine autonome 1. Mai-Demo mehr; bereits 1993 proklamierten Autonome ein "Auf zu neuen Ufern!": "Es gibt kein einheitliches Feindbild. (...). Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. (...). Der Weg ist das Ziel." (interim 237).
Auch die RAF ist seit 1992 auf der Suche nach 'dem Neuen'. Sie will "weg(...)kommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik" (Wir müssen das Neue suchen, Aug. 1992) und stattdessen für "konkrete Veränderungen" kämpfen, die nicht "bis auf die Zeit nach der Revolution verschoben werden können" (WWG-Erklärung, Juni 1992).
Was hier als Aufbruch zu "neuen Ufern" ausgegeben wird, ist aber tatsächlich nur eine Rückkehr zu den trüben Tümpeln des sozialdemokratischen Reformismus à la Bernstein ("Das Ziel ist nichts. Der Weg ist alles.").

Heute noch für die *Revolution* kämpfen?
Renate Künast (Bündnis'90/GRÜNE, MdA) (angefragt)
Harald Wolf (PDS, MdA)
Birgit Rommelspacher (angefragt)
Für eine linke Strömung - F.e.l.S.
Autonomer
Broschürengruppe
TU, AudiMax, Str. d. 17. Juni 135, 10623
Di., d. 08.11.1994, ab 17.30 Uhr

Welche Lehren ziehen wir aus der Geschichte der *RAF*?
Michael Wildenhain (Schriftsteller)
Angela Marquardt (PDS-Parteivorstand)
N.N. (Vorbereitungsgruppe der Arbeitskonferenz "über den Tag hinaus" vom Dez. 1993, angefragt)
N.N. (angefragt)
Broschürengruppe
Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Mi., d. 16.11.1994, ab 19.00 Uhr

***Kritische Theorie* und linksradikale Politik**
Hegel - Staat - Autonomie / Kritische Theorie oder revolutionärer Marxismus?
Johannes Agnoli (Politikwissenschaftler, Italien)
Maria Mies (Soziologin, Köln, angefragt)
Manon Tuckfeld (Mitautorin von *Der Staat in den Köpfen*, Frankfurt/M.)
Alex Demirovic (Soziologe, Frankfurt/M.)
Broschürengruppe
Humboldt-Universität
Unter den Linden 6, 10117 Berlin
S-/U-Bahn Friedrichstr. u. Alexanderplatz
Fr., d. 02.12.1994, ab 17.30 Uhr

Für den Kommunismus - mit oder ohne *triple oppression*-Theorie?
Gruppe Avanti (angefragt)
Jörg Stoll (ak-Redaktion/KB-Mehrheit)
Bolschewik Partizan (angefragt)
Kommunistische Plattform in der PDS Westberlin
Vereinigte Linke (angefragt)
Broschürengruppe
Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Di., d. 13.12.1994, ab 18.00 Uhr



"(...) das sozialistische Endziel (ist) das einzige entscheidende Moment (...), das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung (...) verwandelt (...)."
Rosa Luxemburg

"Wir bezeichnen uns als Kommunisten, was aber weder als Anspruch einer Identität noch als moralische Aussage zu verstehen ist, (...), sondern als Sinnbezug und vor allem als Bezugsrahmen auf ein präzises materielles Projekt: Eine Gesellschaft ohne Klassen und Staat, (...). Unser Ziel ist es, die Revolution zu machen und nicht, 'Kommunisten zu sein', (...)."
Frédéric Oriach

Die Broschüre "Triple Oppression und bewaffneter Kampf"

Wir beanspruchen mit unserer Broschüre "Triple Oppression und bewaffneter Kampf" zur Entwicklung einer "neuen revolutionären Praxis" beizutragen.
Die Bezugnahme auf die *triple oppression*-Theorie heißt für uns - anders als für viele in der Szene - nicht ins Lager der 'neuen Unübersichtlichkeit' überzulaufen ("Es gibt kein einheitliches Feindbild."). Sie bedeutet für uns die Erkenntnis, daß es nicht nur den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit gibt, sondern auch die Antagonismen zwischen Männern und Frauen sowie Weißen und *People of Colour*. Sie bedeutet für uns nicht die Notwendigkeit von weniger, sondern von *mehr* revolutionärem Kampf.
Der bewaffnete Kampf in der Metropole in seinen verschiedenen Formen (antiimperialistische und kommunistische Gruppen im Untergrund, Revolutionäre Zellen, Rote Zora) ist für uns kein "Erbstück für Kinder und Kindeskinder" (Marx), das nicht beschmutzt und nicht benutzt werden darf. Vielmehr ist der bewaffnete Kampf in der Metropole eine Erfahrung der Linken, die der kritischen und selbstkritischen Auswertung bedarf, um zu einer neuen revolutionären Praxis zu kommen. Denn das Beharrungsinteresse der HERRschenden in allen drei antagonistischen Unterdrückungsverhältnissen läßt sich nur im Kampf mit allen - und das heißt: in letzter Instanz gewaltsamen - Mitteln beseitigen.
Gemäß dieser Ausgangspunkte dokumentieren wir in unserer Broschüre Texte, die sich unter dem Gesichtspunkt des antirassistischen, des feministischen und des Klassenkampfes mit der Politik der RAF auseinandersetzten. Wir wissen, daß dies nur ein Aspekt ist und die genaue Auseinandersetzung mit der Politik anderer bewaffneter und/ oder revolutionärer Gruppen nicht ersetzen kann. Die Texte stammen von Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand in der BRD, von Gefangenen kommunistischer Guerillagruppen aus Belgien und Spanien sowie von legalen Zusammenhängen aus der BRD und der Schweiz. Wir selbst ziehen in der Einleitung der Broschüre und einem Text zum Einfluß von Georg Lukács und der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, Marcuse) auf die Theoriebildung der RAF Schlußfolgerungen aus den von uns dokumentierten Texten.
Wir wollen im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe einige dieser Schlußfolgerungen vorstellen und der kritischen Diskussion mit VertreterInnen unterschiedlicher Spektren der Linken unterwerfen; die DiskussionsleiterInnen haben die volle Freiheit dafür zu sorgen, daß *zusätzlich* zu den hier genannten Fragen die Kritik an unseren Positionen nicht zu kurz kommt. Die Veranstaltungen sollen gleichzeitig der in den letzten Jahren eingetretenen Separation von Szene sowie parlamentarischer und universitärer Linken entgegenwirken und zu neuen Bündnismöglichkeiten zwischen ReformistInnen und RevolutionärInnen beitragen - dies allerdings auf einer neuen Grundlage. D.h. nicht im alten Stil, daß RevolutionärInnen versuchen, ReformistInnen für ihre weitergehenden Ziele zu vereinnahmen/instrumentalisieren; und auch nicht, daß ReformistInnen versuchen, RevolutionärInnen und Linksradikale zu domestizieren. Sondern eine Bündnispolitik, die sich jederzeit über die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede bewußt ist, sie intern und gegenüber der Öffentlichkeit transparent macht.

Bestellungen der Broschüre (212 Seiten DIN A4) gegen 10 DM Vorkasse an:
Broschürengruppe c/o Kopierladen M99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin

Literaturhinweise

1. auf alte RAF-Texte
RAF, *Konzept Stadtguerilla; Stadtguerilla und Klassenkampf; Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front*, in: Redaktion (Hg.), Ausgewahlte Dokumente der Zeitgeschichte, *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*, GNN-Verlag: Koln 1988, 5-13, 15-27, 31-40, 116-122.
2. zur Debatte der letzten Zeit über die Abwendung ehemaliger Linksradikaler von ihrem früheren revolutionären Anspruch
a) Eine Revolutionare Zelle, *Das Ende unserer Politik* und Einige Ex-RZlerInnen, *Wenn die Nacht am tiefsten ... ist der Tag am nachsten*, in: ID-Archiv im IISG Amsterdam (Hg.), *Die Fruchte des Zorns*. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionaren Zellen und der Roten Zora, Band 1, Edition ID-Archiv: Berlin, 1993, 35-47 und 48-56.
b) Die Erklarungen der RAF vom April 1992, zum WWG (Juni 1992), zu Weiterstadt (April 1993), zu Bad Kleinen (Juli 1993) und zur Spaltung des Gefangenen-Kollektivs (Nov. 1993 und März 1994), alle veröffentlicht im Hamburger AK, seit Nr. 345: Zeitung fur linke Debatte und Praxis: Nr. 342, 6.5.92, 31; Nr. 345, 26.8.92, 37; Nr. 353, 7.4.93, 5-6, Nr. 357, 25.8.93, 11; Nr. 360, 16.11.93, 17, 19; AK 365, 13.4.94, 32-33.
RAF, *Wir mussen das Neue suchen*, konkret dokument, Gremliza Verlag: Hamburg, 1992.
c) Rosa Luxemburg, Offener Brief an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. *Eine Polemik*, in: AK 355, 09.06.1993, 33-35 und AK 356, 07.07.1993, 27-28.
3. auf das Referat, mit dem wir auf der Volks-Uni Pfingsten 1994 unsere Broschure vorgestellt haben
Broschurengruppe, *Staat, Gesellschaft, Totalitat*. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF, in: AK 368, 06.07.1994, 34-35.



Unser "zentraler politischer Vorwurf" an die Autonomen "lautet also (...), daß revolutionärer Kampf letztlich verstanden wird als quantitative Steigerung von Revolten. Mit diesem durch und durch gradualistischen Verständnis von Klassenkampf steht man methodisch (...) einem linksreformistischen Politikverständnis näher als man glaubt."

Gruppe Oktober - Revolutionäre Sozialisten, 1988

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente."

Rosa Luxemburg

Heute noch für die Revolution kämpfen?

Auf dieser Veranstaltung wollen wir mit VertreterInnen von Bündnis '90/DIE GRÜNEN, PDS sowie der feministischen und der autonomen Bewegung die vorstehend skizzierte Entwicklung, also den Zerfall der revolutionären Linken und die Anpassungsprozesse in der reformistischen Linken, diskutieren. Die Fragen sind:

++ Was ist das Ziel Eurer Politik? Haltet Ihr eine Revolution dafür für notwendig? Welche Rolle spielt dabei die 'Machtfrage'?

++ Was heißt das für heute: Charakterisiert Ihr Eure aktuelle Politik als revolutionär, reformistisch oder jenseits dieser Alternative und warum?

++ Was folgt für Euch organisatorisch bzw. strategisch aus Eurer Herangehensweise: Die Orientierung auf

- rot-grüne Regierungen?
- parlamentarische PDS-Oppositionspolitik?
- Modernisierung der autonomen Bewegung?
- Weiterentwicklung feministischer und antirassitischer Theorie?
- Rekonstruktion der revolutionären Linken?

++ Was sind die 'nächsten Kettenglieder' dieser unterschiedlichen Orientierungen? Wo seht Ihr konkreten, praktischen Interventionsbedarf? Was kann gemeinsam gemacht werden? Was muß getrennt laufen?

Wer/welche diskutiert:
Renate Künast (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) (angefragt)
Harald Wolf (PDS)
Birgit Rommelspacher (angefragt)
Autonomer
Broschürengruppe
Diskussionsleitung: Kathrin Gerlof (Junge Welt)

Wo wird diskutiert?
Technische Universität, Hauptgebäude, AudiMax, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin
(U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz; S-Bahn Tiergarten)

Wann wird diskutiert?
Dienstag, den 08.11.1994, ab 17.30 Uhr

Literaturhinweise:

Harald Wolf, PDS und Rot-Grün - Die Duldung als Chance. *Von wegen "Linksblock"!*, in: taz, 02.08.1994, 10; ders., *Realpolitiker ohne Realitätssinn*, in: taz, 29.09.1994, 26.

Birgit Rommelspacher, *Mitmenschlichkeit und Unterwerfung*, Campus: Frankfurt/M. / New York, 1992; dies., *Rechtsextreme als Opfer der Riskogesellschaft*, in: *1999*, 2/1991

Detlef Schulze/Carsten Wiegrefe, *"Der Staat sind wir alle"?! BRD-Linke zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung*, in : Thomas Klein / Vera Vordenbäumen / Carsten Wiegrefe / Udo Wolf (Hg.), *Keine Opposition. Nirgends?*. Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Links Verlag: Berlin, 1991, 54-68.

Autonomes 1. Mai-Plenum, *Auf zu neuen Ufern!*, in: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info, Nr. 237, 22.04.1993, 12.

F.e.I.S., *Fragen*, in: *Arranca!*, Nr. 4, Sommer 1994, 30-35.

o. Verf., *Moderner Kapitalismus - ArbeiterInnenklasse - politisches Subjekt*. Einige Anmerkungen zu den Thesen der Grundsatzkommission der PDS, in: *PROWO/* Projekt Wochenzeitung, Nr. 11, 01.02.1991, 9.

Frigga Haug, *Lehren aus der Frauenbewegung in Westeuropa* , in: Autonome Frauenredaktion (Hg.), *Frauenbewegungen in der Welt*. Band 1 (Argument-Sonderband AS 150), Argument-Verlag: Westberlin, 1988, 6-13 .

Veranstalter: ASTA-TU



Ein Knall weckte Behnkes

Bad Freienwalde: Sprengstoffanschlag auf Bundeswehrgebäude

Bad Freienwalde. Ein Sprengstoffanschlag mit offenbar terroristischem Hintergrund hat in der Nacht zu Donnerstag ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 in Bad Freienwalde teilweise zerstört.

Es ist gerade halb vier Uhr an diesem Donnerstag morgen, als ein lauter Knall die Gesundbrunnenstraße in Bad Freienwalde erschüttert. Von dem Krach geweckt, begeben sich die Eheleute Behnke zum Fenster ihrer Küche. Behnkes wohnen in der Gesundbrunnenstraße 48, eine Hausnummer weiter liegt das Bundeswehr-Gebäude.

"Nicht die Türkei ziehe ich zur Rechenschaft, sie kennen wir alle gut und auch die Welt kennt sie, denn ein kurdisches Sprichwort heißt: "Erwarte von deinem Feind nur das Schlimme, damit du dich nicht täuschst." Aber die deutschen Verantwortlichen, die sich das Image der Verteidiger und Retter der Menschenrechte geben möchten, ziehe ich zur Rechenschaft. Sie sind am Mord an Mesut genauso schuldig wie die türkischen Soldaten. Was haben wir ihnen getan, warum tun sie uns all das an? Auch die Deutschen sind die Mörder meines Sohnes. Sie sind mir Rechenschaft schuldig. Ich verlange von der Öffentlichkeit, daß die Mörder meines Sohnes bestraft werden. Sagt bitte den Menschen dort sie sollen die Waffenlieferungen verhindern, denn wir werden mit diesen Waffen erdrosselt und getötet."
(Aufruf der Mutter des am 23.09.1992 von einem NVA-Panzer zu Tode geschleiften behinderten Mesut Dünder an die bundesdeutsche Bevölkerung)

Am 27.10.94 haben wir ein Gebäude des Verteidigungskreiskommando 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört.

DEUTSCHLAND IST KRIEGSPARTEI IM VÖLKERMORD IN KURDISTAN - MILITÄRISCH, ÖKONOMISCH, POLITISCH !

"Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in dem Ländern des Nahen und Mittleren Osten weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen.(...) Diese Rüstungshilfe ... erfolgte in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und vor allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz." (Helmut Kohl während der Bundestagsdebatte vom 02.04.94, bei der das kurzfristige Rüstungsembargo gegen die Türkei im Mittelpunkt stand)
Diese Aussage belegt deutlich das Interesse der BRD an eine stabile Türkei und begründet das deutsche Engagement im Krieg in Kurdistan. Der Türkei wurde die Rolle der regionalen Ordnungsmacht zuerteilt, nachdem es ihr gelungen ist, sich auf internationaler Ebene als der einzig verläßliche Partner in der Region zu profilieren. So hob Außenminister Kinkel bei einen im Januar 1994, im Anschluß am NATO-Gipfel in Brüssel stattgefundenen trilateralen Außenministertreffen zwischen BRD-GB-TR in Ankara, die "strategische Bedeutung" der Türkei in Europas neuer Sicherheitsstruktur an der Nahtstelle zu Asien hervor (taz,21.01.94). Konkret darauf gemünzt einerseits als Bollwerk gegen den Vormarsch islamisch fundamentalistischer Gruppen aus Nahost zu dienen, andererseits eine erneute Machtausweitung Rußlands auf die neuen Republiken im Kaukasus und Asien zu verhindern. Letztere Funktion kommt der Türkei auch von sich aus sehr gelegen: Die sog. Turk-Staaten (Asarbeidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenien) werden von der Türkei als "natürliche" Einflußzonen und "Bruder-Staaten mit einen gemeinsamen historischen Erbe und kulturellen Verbindungen" gesehen. Ein erster Schritt diesen hegemonialen Anspruch in der Region zu verwirklichen, stellt der am 19.10.94 in Istambul mit den Turk-Republiken unterzeichnete Vertrag für die "künftige Intensivierung der politischen und kulturellen Beziehungen", dar.

Es ist die geopolitische Lage der Türkei, die jeden Tag zahlreichen KurdInnen das Leben kostet. Diese Funktion, die die Türkei in der Region ausübt, ist der Grund dafür, warum der Genozid an dem kurdischen Volk mit Billigung und Unterstützung der westlichen Staaten vollzogen werden kann, ohne daß dies ernsthafte Konsequenzen nach sich zieht. Es sind diese übergeordneten Interessen, die vor allem Vorrang haben.

Deutschland ist die bedeutenste Säule, auf die sich das Regime in Ankara stützen kann: Die 3000 Mann umfassende Anti-Terror-Einheit "Schwarze Käfer", die für ihre Killermentalität berüchtigt ist, wurde von der GSG 9 ausgebildet. Jedes Jahr gibt es türkische "Schüler" an der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedener Polizeihochschulen.
Die Türkei ist seit Jahren der größte Abnehmer des inzwischen zweigrößten Rüstungsexporteurs der Welt, der BRD. Die Rüstungsexporthilfen der BRD an die Türkei von 1964-94 beliefen sich auf 6,3 Milliarden DM. Der besondere Wert der offiziell als "NATO-Verteidigungshilfe" deklarierten Lieferung, im Umfang einer kompletten Armee, liegt in ihrer Abgabe zum Nulltarif. In dieser Summe sind noch nicht die Kosten für verbilligte Kredite bei Waffeneinkäufen (Hermes-Bürgschaften) und von "regulären" türkischen Rüstungskäufen enthalten. Die "NATO-Verteidigungshilfe", die der Türkei aufgrund eines NATO-Beschlusses seit 1964 kontinuierlich eingeräumt wird, läuft nun allerdings Ende 1994 endgültig aus. Über das Hilfsabkommen für die Jahre 1992 bis 1994 im Umfang von je 68 Millionen DM aus dem Etat des Auswärtigen Amtes hatte Bonn der Türkei auch noch eine zusätzliche Materialhilfe im Umfang von 1,5 Milliarden DM gewährt. Dabei handelte es sich um die kostenlose Abgabe von Waffen der ehemaligen NVA der DDR. Konkrete Waffengeschenke an die Türkei seit 1989 machen die Dimension der Transaktion deutlich. Nur einige Beispiele: 30 Kampfflugzeuge Phantom, 170 Kampfpanzer Leopard I, 300 Schützenpanzer BTR-60PB (Ex-NVA), 537 Schützenpanzer M-113, 1000 Luft-Luft-Raketen, 5000 Panzerfäuste RPG-7 (Ex-NVA) mit 200000 Granaten, über 300000 Maschinenpistolen Kalaschnikow (Ex-NVA), 175000 Gasmasken,...
Neben der Waffenhilfe an die Türkei im Rahmen der NATO, will die Bundesregierung auch ein umfangreiches privates Geschäft absichern: In einer Mitteilung an dem Bundestag berichtet das Bundesfinanzministerium über Verhandlungen des türkischen Verteidigungsministeriums mit deutschen Firmen. Dabei gehe es um die "Lieferung von 115 Sattelzugmaschinen für Panzertransporte", sowie um 10 Mehrzweckhubschrauber. Bonn wolle das Geschäft mit 120,7 Millionen DM verbürgen. In Verhandlungsstadium mit der Türkei befänden sich derzeit Lieferungen mit einem Gesamtauftragswert von 1,8 Milliarden DM (Neues Deutschland,21.09.94).
Das das NATO-Programm 1995 ausläuft bedeutet keineswegs ein Ende der Waffenlieferungen. Im Gegenteil, "private" Geschäfte von deutschen Rüstungsmultis, die auch leichter der Öffentlichkeit

vorenthalten werden können, allen voran Siemens, die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Firmen AEG, Dornier, MBB, MTU und andere, gehen weiter.
Dornier lieferte Stinger-Luftabwehrsysteme, die DASA setzte die gelieferten Phantom Kampfflugzeuge instand. Die LeopardI Panzer wurden von Kraus-Maffai speziell für die Türkei umgerüstet.
Deutsche Granaten aus deutschen LeopardI Panzern wurden nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirnak mitte August 1992 eben dort gefunden. An einem BTR-60 Schützenpanzer (Ex-NVA) wurde der Kurde Mesut Dünder in Lice zu Tode geschleift. Die ca. 40000 "Dorfschützer", Lakeien im Dienste der türkischen "Sicherheitskräfte", sind größtenteils mit G3 Gewehren der Firma Heckler & Koch ausgerüstet. Die über 300000 Kalaschnikow Maschinenpistolen fanden ihre Abnehmer vor allem bei der Geheimpolizei und den teilweise under cover in Kurdentracht operierenden Spezialeinheit "Özel-Teams", die mit Kopfprämien bezahlt werden.

Lange Zeit wurde der Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Guerilla und die Zivilbevölkerung vom Auswärtigen Amt geleugnet, später, als das nach vorgelegten Beweisen nicht mehr möglich war, als nicht vertragsgemäß gerügt. Die Beweise für diese Einsätze führten im Frühjahr zu einem kurzzeitigen Waffenembargo. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit nur um ein Scheingefecht: Nach § 13 des 1991 in Rom beschlossenen NATO-Konzeptes, kann die Sicherheit eines Landes auch durch Terror und Sabotageakte gefährdet werden, was den Einsatz der Waffen auch in innerstaatlichen Konflikten zuläßt. Aus dem NATO-Konzept: "Die Sicherung des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinterssen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden (...), der Unterbrechung lebenswichtiger Ressorucen sowie von Terror- und Sabotageakten".
Damit begründet die türkische Regierung ihre Militäreinsatze in Türkei-Kurdistan. Der Einsatz deutscher Waffen würde "nur im Kampf gegen Terroristen" erfolgen, was mit NATO-Richtlinien vereinbar sei. Für diese Argumentation hat auch die Bundesregierung "vollstes Verständnis" (Außenamtssprecher Hans Schumacher).
Während seines Türkei-Besuches im Juli 1993 erklärte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, nach Gesprächen mit dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres und Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, der Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan sei "angesichts der Umstände als völlig legitim" anzusehen.

Erst die deutsche Waffenhilfe in Größenordnung einer Armeeausrüstung befähigt die türkische Armee dazu das kurdische Volk zu massakrieren:
1500 Dörfer wurden in der vergangenen 2 Jahren entvölkert und zerstört, 4 Millionen KurdInnen sind auf der Flucht. Im August 1994 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslager gefercht, gefoltert und auch ermordet werden.

Ohne die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der BRD wäre die Türkei nicht in der Lage den Völkermord an den KurdInnen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika.

Im September begann die neueste und gegenwärtig noch am laufen befindliche Zerstörungsaktion der türkischen Armee. Allein in den letzten 4 Wochen wurden 30 Dörfer in der Provinz Dersim entvölkert und zerstört. Die Wälder der Region um Dersim werden seit August bis heute kontinuierlich durch Luftangriffe in Brand gesetzt.
Wie die Zeitung "Özgür Ülke" von einem höheren türkischen Militär erfuhr, lautet der militärische Befehlscode für das Verbrennen von Dörfern innerhalb der türkischen Streitkräfte "Aktion Rom" - unter Bezug auf die Zerstörung Roms durch Kaiser Nero. Wie beteiligte Soldaten wiederum der Zeitung berichteten, sind die bisherigen Zerstörungen nur der Auftakt für die Vernichtung von weiteren 150 Dörfern und Siedlungen der Region.

DIE BRD ALS VERLÄNGERTER ARM DER AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN WESTEUROPA! oder "Man läßt Freunde gerade auch in schwierigen Situationen nicht im Stich!" (Klaus Kinkel)

Die Hetze gegen die in der BRD lebenden Kurdinnen und Kurden hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit der seit Jahren betriebenen Kriminalisierung von KurdInnen, ihrer Verfolgung, Verhaftung und Abschiebung, mit Prozeßen gegen angebliche PKK-Mitglieder nach §129a im Düsseldorfer PKK-Prozeß 1986 und schließlich im Herbst 1993 durch das PKK-Verbot und dem Verbot von 42 kurdischen Vereinen, hat die BRD in Europa die zweite Front im Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf eröffnet. Die BRD hat in der EU die Führung und auch die Vorreiterrolle in der Zerschlagung der kurdischen Organisationen übernommen (nach Deutschland wurde auch in anderen EU-Staaten, z.B. in Frankreich, Vereinsverbote erlassen). Damit hat sich die BRD auch auf ihrem Territorium zum verläßlichsten Partner der türkischen Militärs und dem von ihr abhängigen politischen System erwiesen.
Im September 1993, während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller in Bonn, wurde bereits definitiv das Verbot der PKK zugesagt. So waren die bewaffneten Aktionen der PKK in der BRD nur wenige Wochen später zwar der Anlaß, nicht aber der eigentliche Grund des Verbotes.
Damit hat die Bundesregierung die türkische Formulierung vom "Kampf gegen den Terrorismus" bis zur letzten Konsequenz übernommen. "Danke Helmut" hieß es dann in der türkischen Tagespresse nach dem PKK-Verbot.
Am 19.07.1994 ist der türkische Generalstabschef Dogan Güres, hauptverantwortlicher Koordinator für den Krieg gegen die KurdInnen zu einem viertägigen Aufenthalt von Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann mit militärischen Ehren im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe empfangen worden. Nach Angaben des Ministeriums sollen Gespräche mit ranghohen

200 000 Mark Schaden

Der Anbau mit den Schulungsräumen steht in hellen Flammen. Behnkes rufen die Feuerwehr, fünf Minuten später sind zwölf Kameraden der

Freienwalder Feuerwehr an der Brandstelle. „Der Schreck ist uns ganz schön in die Glieder gefahren", erinnert sich Frau Behnke. „Bei uns stehen Ställe voller Holz, da hat man schon Angst, ob das Feuer nicht übergreift. Wir haben überlegt, ob wir die Kinder nicht lieber anziehen und ins Freie bringen sollen", meint die

Mutter zweier Kinder. „Früher hatte man hier durch die Armee nebenan immer Ruhe." Drei Stunden lang ist die Feuerwehr mit der Brandbekämpfung beschäftigt. Dann gibt Brandmeister Peter Pankow Entwarnung. Die zwei Tanklöschzüge rükken ab. 200 000 Mark Sachschaden hat das Feuer angerichtet.

„Im Inneren des einen Raumes waren ein paar Leitung, die nach draußen gelegt waren", so der Brandmeister. Für die Experten der Kriminalpolizei und des Staatsschutzes zur Gewißheit geworden: Ein elektronisch gezündeter Sprengkörper, befestigt an einem Fensterrahmen, hat die Explosion ausgelöst. Später wird auch ein Be-

Offizieren stattgefunden haben, sowie Besuche bei verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr.
Ende Juli 1994 verkündete Güres in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" denn auch, daß mit den Regierungen der europäischen Staaten die "erforderlichen Kontakte" geknüpft worden seien, damit der PKK Einhalt geboten werden könne. Zudem sei er nach Gesprächen mit Bundesverteidigungsminister Volker Rühe "zuversichtlich", daß die Straftäter aus Reihen der PKK an die Türkei ausgeliefert würden.

Seit dem Verbot der PKK und der mit ihr in Verbindung gebrachten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote, wie auch Proteste gegen das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan massiv kriminalisiert, trotzdem durchführte Aktionen werden brutal auseinandergeprügelt.
Staatlich gelenkte und von den Medien begierig aufgeriffene Hetze gegen die KurdInnen in der BRD führen zur gewollten Pogromstimmung. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetze war die Ermordung von Halim Dener durch Bullen beim Plakatieren in Hannover.
Für KurdInnen in der BRD sind Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlunnsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Notstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen Kräfte in der BRD, mit ihnen ebenso verfahren zu können.
Die in der letzten Zeit verhafteten KurdInnen, die an Protestaktionen teilgenommen haben und die sich z.Z. im Hungerstreik befinden, wird mit der Ausweisung bzw. mit der Ablehnung ihrer Asylanträge gedroht.
"Es kann nicht sein, daß ausländische Gewalttäter ihr Gastrecht mißbrauchen und Deutschland zum Schauplatz eines Bürgerkrieges machen", so der einhellige Tenor deutscher Politiker zu den Straßenblockaden.
Die Abschiebung von KurdInnen in die Türkei, kann für sie, gerade wenn sie mit den kurdischen Befreiungskampf in Zusammenhang gebracht werden, Folter und Tod bedeuten.

Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt.
Gerade im Hinblick auf mögliche Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder WEU ist der deutschen Armee mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Während des Golfkrieges waren Ende 1990 schon einmal deutsche Soldaten in Nordkurdistan stationiert. Es ist nicht auszuschließen, daß es zukünftig wieder zu Bundeswehr-Einsätzen im Zusammenhang mit NATO-Verpflichtungen auch in Kurdistan kommen wird. Die deutsche Außenpolitik hat sich das Instrumentarium zum direkten militärischen Eingreifen

kennerbrief gefunden. „Das Schreiben trug die Überschrift ‚Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan – militärisch, ökonomisch, politisch'", so die Frankfurter Staatsanwältin Petra Marx.

Karlsruhe ermittelt

In dem sechsseitigen Schreiben würden unter anderem die Waffenlieferungen 'der Bundesrepublik in die Türkei sowie die Verfolgung der Kurden in Deutschland selbst angeprangert. „Das Schreiben ist mit den Worten ‚Das K.O.M.I.T.E.E' und einem fünfzackigen Stern unterzeichnet", berichtet Staatsanwältin Marx. „Wir vermuten daß eine terroristische, mit der PKK befreundete Organisation den Anschlag begangen hat, schließen aber auch einen Zusammenhang zur RAF oder anderen derartigen Organisationen nicht aus." Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hat die Ermittlungen übernommen.

geschaffen und wird davon auch Gebrauch machen. Dieser Entwicklung gilt es sich entgegenzustellen.

Sofortige Beendigung der militärischen, ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit der Türkei!
Boykottiert den Tourismus in die Türkei!
Aufhebung der Verbote von Parteien und Vereinen!
Bleiberecht für alle Flüchtlinge
Solidarität mit den kurdischen politischen Gefangenen in den BRD-Knästen, die sich seit dem 10.08.94 im Hungerstreik befinden!

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

DAS K.O.M.I.T.E.E.

★



ERKLÄRUNG ZU DEM ANSCHLAG AUF OGEVA

Die Firma WEIGL in Nürnberg, die sich erfolgreich Verträge für sämtliche Flüchtlingsheime in Bayern sicherte, ist auch in anderen Bundesländern bekannt. Wenn auch nicht der einfachen Bürgerin, so doch Flüchtlingen in Thüringen und Sachsen, die nach der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993, sich der entwürdigenden Abspeisung durch sogenannte Essenpakete ausgesetzt sehen. Laut Monitor - Bericht verdient WEIGL, der mehrere Tochterunternehmen (MEIGO bei Gera und in Berlin, OGEVA in Leipzig) unterhält, an der Zwangsverpflegung von ca. 20000 Flüchtlingen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz, das im Zusammenhang mit der Grundgesetz- und Asylrechtsänderung (Artikel 16 GG) eingeführt wurde, sah und sieht die Kürzung von Sozialleistungen in einem Maße vor, das Flüchtlinge als soziale Gruppe aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ausschließt. Abgesehen davon, daß dies die erste soziale Gruppe in der BRD ist, der ein Leben unter dem üblichen Existenzminimum aufgezwungen wird, ist dieses Gesetz mit seiner damit verbundenen Sachleistungsregelung eine weitere Entmündigung, Demütigung und Ausgrenzung von Flüchtlingen. Neben der Einrichtung von Flüchtlingsheim eigenen Zwangsläden oder aber der Verteilung von sogenannten Wertgutscheinen wird bundesweit vor allem die Ausgabe von Essenpaketen an Flüchtlinge durchgeführt. Diese Pakete, die in der Regel wenig abwechslungsreich, wenig vitaminhaltig und mit Lebensmitteln bestückt sind, die oft überlagert oder oft einfach nur völlig fremd für die betroffenen Frauen, Kinder und Männer sind, bedeuten sie für Flüchtlinge eine zusätzliche Belastung. Es kann nicht mehr einfach selber eingekauft und selbst bestimmt werden, was auf den Tisch kommt. Flüchtlinge müssen sich an Kartoffelbreipulver, Büchsenapfelmus und an Tomaten in der Büchse gewöhnen. Weit verbreitet ist abgepacktes Toastbrot, das für viele Flüchtlingsfamilien aus Südosteuropa und Nahost eine derartige Zumutung darstellt, daß sie ihr tägliches Brot lieber selber backen.
Auf Bedürfnisse von Flüchtlingen wird meist in keiner Weise eingegangen. Die Versorgungsfirmen legen fest, wann Flüchtlinge einen Apfel oder einen Rettich essen. Verantwortliche Stellen in Asylunterkünften, Ämtern und Ministerien brüsten sich noch mit ihrer Großzügigkeit, wenn sie es tatsächlich veranlaßt haben, bei der Paketzusammenstellung auf einige kulturelle und religiöse Besonderheiten zu achten, d. h. ein Muslim muß nicht unbedingt Schweinefleisch essen. Soviel Toleranz bringen die abendländischen Behörden noch auf!
Lebensmittelpakete treffen besonders Familienmütter. Zum einen fällt für sie die oft einzige Gelegenheit, aus dem Haus zu gehen, nämlich um einzukaufen, weg. Zum anderen lastet auf ihnen besonders der durch die Zwangsversorgung erzeugte innerfamiliäre Druck. Oft werden Frauen für die unzureichende Versorgung der Familie verantwortlich gemacht. In einer Situation, wo Flüchtlingsfrauen ohnehin unter dem Fehlen von frauenspezifischen Rückzugsmöglichkeiten und Verwandtschaftsbeziehungen leiden, ist dieser Druck um so unerträglicher. Die BRD, deren Herrschende sich oft genug propagandistisch darüber ereifern, wie sehr Frauen in z. B. "islamischen Ländern" unterdrückt werden, trägt hier durch ihren Gesetzgeber dazu bei, patriarchalische Familienstrukturen in der Flüchtlingsfamilien und Flüchtlingszusammenhängen zu festigen.
Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden auch weitere Möglichkeiten gefunden, die Gesundheitsfürsorge für Flüchtlinge zu verschlechtern. Ist bei der Ankunft von Flüchtlingen in der BRD ohnehin schon nur eine ED- Behandlung und ein AIDS- Test, nicht aber eine oft notwendige Untersuchung auf Folterspuren u. a. vorgesehen, so zahlt im Laufe des Asylverfahrens bis zur Anerkennung, zur Duldung oder zu seinem Abschluß das Sozialamt nur, wenn es sich um Notfälle handelt. Die Betreuung von Schwangeren, kleinen Kindern, Alten oder aber Folteropfern ist demnach äußerst unzureichend oder aber überhaupt nicht gegeben.
Die Versorgung von Flüchtlingen durch Sachleistungen erschweren auch, daß Flüchtlinge sich in das öffentliche Leben in der BRD integrieren. Das geringe Taschengeld (und schon dieser Begriff ist für erwachsene Menschen entmündigend genug) reicht kaum für Fahrgeld oder etwa für Sprachkurse. Von Flüchtlings- und AusländerInnen- Initiativen angebotene Treffs und kulturelle Veranstaltungen können ebenso wie Kinos u. a. immer weniger genutzt werden. Außerdem können sich Flüchtlinge kaum noch einen Anwalt leisten. Dies fällt angesichts eines menschenverachtenden Asylrechts, das nicht nach den Fluchtgründen sondern dem Fluchtweg fragt, besonders schwer ins Gewicht.

Der Gesetzgeber rechtfertigte sein neues Leistungsgesetz vor der Öffentlichkeit damit, daß die immer mehr werdenden Flüchtlinge eine ungeheure Belastung für den bundesdeutschen Haushalt wären. Tatsächlich hat der Staat diese Kosten jetzt auf Flüchtlinge abgewälzt. Erst kürzlich hat laut ND der Ausländerbeirat Dresden festgestellt, daß der in den Pakten gelieferte Warenwert bis zu 40 % den Sollwert von 8,50 pro Tag unterschreitet. Flüchtlinge also den Transport und die Verpackung mit. Ein Essenpaket in Leipzig- Markleeberg näher beschaut, ergibt, daß WEIGL über seine Konserven herstellende Tochterfirma OGEVA- Leipzig u. a. hohe Profite erzielen muß: Aber selbst von kleinen Plastik-Frühstückspäckchen mit Marmelade und Frischkäse sind Flüchtlinge nicht verschont. Und auch der geographische Standpunkt der Lieferfirmen läßt ahnen, was in den Paketen nicht eßbar ist, sondern Transportkosten sind.
Die Kostenabwälzung auf Flüchtlinge einerseits, ihre Entmündigung, Isolierung und Kontrolle andrerseits, lassen das sächsische Innenministerium hartnäckig darauf bestehen, daß unter Mißachtung des § 2 AsylBLG



Terroristen sollen hinter Brandanschlag stecken

Unbekannte haben zwei Lastwagen einer Firma in Brand gesetzt, die Asylbewerber mit Verpflegung beliefert

auch Flüchtlinge , die länger als ein Jahr in der BRD in Asylheimen leben müssen und sogar Flüchtlinge, die nach § 53 und § 54 AuslG einen Aufenthaltsstatus haben, nicht den ihnen zustehenden Sozialhilfesatz, sondern die oben beschriebenen Leistungen erhalten.

Beschwerden, rechtliche Klagen, Proteste, Hungerstreiks. Flüchtlinge wehren sich gegen entwürdigende Behandlung. Schon im Spätsommer 1991 hatten sich Flüchtlinge in der Leipzig-Grünauer Liliensteinstr. gegen die Kürzung des Tagesgeldes von 10 DM auf 8,50 DM gewehrt. Die Staatsmacht reagierte auf die Verhandlungswilligen , sich aber organisierenden Flüchtlinge mit einem Einsatz von polizeilichen Sonderkommandos, wobei auch Tränengas eingesetzt wurde.
Nach Einführung von Freßpaketen im Landkreis Leipzig, im Sommer 1993, verweigerten Flüchtlinge in Markleeberg die Pakete. Wer sich am konsequentesten wehrte, landete in Abschiebehaft.
Seit zwei Wochen protestieren vor allem Flüchtlingsfrauen in der Liliensteinstr. gegen den WEIGL'schen Essenplan. Die Stadt Leipzig, die sich zumindest bis Herbst 1993 gegen das Innenministerium behaupten, und Flüchtlingen Wertgutscheine austeilen konnte, mußte ebenfalls auf Pakete umsteigen. Auf Grund des Drucks von Flüchtlingshilfegruppen und der von den Behörden zur Kenntnis genommenen Tatsache, daß die Paketverpflegung vor allem für Säuglinge und kleine Kinder eine unbillige Härte bedeutet, wurden dann zeitweilig wieder Gutscheine vergeben.
Nachdem diese Maßnahme nach zwei Wochen aber schon wieder rückgängig gemacht wurde, entlud sich der Zorn von vielen Müttern. Seitdem werden von vielen BewohnerInnen der Liliensteinstr. Pakete verweigert, und gemeinsame Protestaktionen durchgeführt. Im Asylheim selbst spitzen sich Konflikte zwischen Flüchtlingen, die Pakete empfangen und denen die verweigern zu. Lebensmittelpolitik als Waffe, um Widersprüche und Konflikte innerhalb der sozial, kulturell, ethnisch, religiös und politisch sehr inhomogenen Gruppe "Flüchtlinge" noch mehr zu verschärfen.
Lebensmittel als Waffe - erklärtermaßen, um vor sozialen Problemen geflohene Menschen abzuschrecken. Diese Politik ist nur die logische Fortsetzung von bundesdeutschem Kapitaleinzug oder anderem Engagement in der sogenannten Dritten Welt. Bundesdeutsches Kapital trägt zum sozialen Kollaps im Trikont bei, beteiligt sich an der Überausbeutung von Mensch und Natur.
Lebensmittel als Waffe - nicht nur eingesetzt über sogenannte "humanitäre Interventionen" im Ausland und andere Nothilfeprogramme, die Menschen im Trikont sowohl am Fliehen als auch am selbstversorgten Leben hindern sollen. Wer vor dem Einsatz deutscher Rüstungsprodukte, Giftgas-know-how und Foltertechnik flieht, soll in der BRD ghettoisiert und als Mensch "2. Klasse" behandelt werden.

Wertgutscheine, Essenpakete... Rückfall in die bundesdeutsche Nachkriegszeit - für eine soziale Gruppe. Kranke, Behinderte, Obdachlose, Alte, StudentInnen... Welches wird die nächste Gruppe sein, die aus dem BSHG hinausgestoßen wird?

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!
OGEVA, MEIGO und WEIGL raus aus dem Geschäft mit Flüchtlingen!
Bargeld statt Sachleistungen!

Gegen rassistische Abschiebegesetze - Bleiberecht für alle!

RZ

Anschlag auf Firma, die Asylbewerber-Verpflegung liefert

Erstmals Terroristen in Leipzig aktiv

Leipzig (EB). Erstmalig haben in Leipzig vermutlich Terroristen der Revolutionären Zellen (RZ) zugeschlagen. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe sieht sie als mögliche Täter hinter einem Brandanschlag auf Lastwagen einer Firma, die mit den umstrittenen Verpflegungspaketen an Asylbewerber Geld verdient. Bei dem Anschlag Mittwoch früh waren in unmittelbarer Nähe Sprühparolen bemerkt worden: Unter anderem ein Stern mit den Buchstaben RZ in der Mitte. Die Generalbundesanwaltschaft schließt Parallelen zu den Brandstiftungen bei Gera und Nürnberg nicht aus.

Seite 13

offener Brief zur geplanten bundesweiten Demo in Göttingen am 19.11.1994

VOR IGNORANZ SCHÜTZT AUCH ANTIFA NICHT

wie kontraproduktiv ist die Antifa (M) ?

Vorspeise

Wie wir in der Nummer 304 der Interim lesen mußten, machen die *autonome (?) Antifa (M)* -im folgenden kurz *(M)* genannt- und die *AntifaJugendFront Göttingen* -kurz *AJF*- das Vorhaben der (M), am 19. November eine bundesweite Demo zu veranstalten, wahr. Nun ist es schon lange nichts mehr Neues, *(M)*-Papiere aus Göttingen zuallererst in der Interim oder anderen auswärtigen Blättern zu lesen, ebenso wie es ein alter Hut ist, daß die Szene in Göttingen in Sachen *(M)*-Politik gespalten ist: nichtsdestotrotz wollen wir uns hier mal zur Vorgeschichte der Demo äußern und darstellen, wie wir die Geschichte damit sehen.

Hauptmenu

Wir wollen die Demo in dieser Zielrichtung und Konzeption nicht !

Dies haben verschieden antifaschistische Göttinger Gruppen und Organisationen, die locker im *Forum 9.11. - 30.1.* zusammengeschlossen sind, schon sehr früh gesagt. Bei einer der ersten Sitzungen nämlich, als die Aktionen in diesem Zeitraum dieses Jahres geplant werden sollten, sagte ein *(M)*-Vertreter, daß sie auf jeden Fall eine bundesweite Demo am Samstag nach dem fünften Jahrestag der Ermordung von Conny Wessmann veranstalten würden. Bedingungen der *(M)* für diese Demo waren/sind:

ein schwarzer Block an der Spitze der Demo

das Motto: *nichts ist vergessen und niemand- gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes*

bundesweite Mobilisierung

Nachdem die *(M)* erst berei war über ihre Vorgaben zu reden, schwenkte sie kurze Zeit später wieder um und machte ihre Bedingungen zu Voraussetzungen, denen sich die anderen Gruppen zu beugen hätten. Es sei dahingestellt, ob dies kooperativer Redestil ist, fest steht, daß sich die Forumsgruppen über drei Treffen an dieser Diskussion abgearbeitet haben, die *(M)* diese Diskussionen negiert und so gzeigt hat, daß sie ihr unwichtig sind. Eine Konsequenz daraus war, diese Demo aus den sonstigen *Forum*saktivitäten herauszulösen, da sich alle Gruppen einig waren, daß die sonstigen Aktionen nur von der Demo und den Auseinandersetzungen darüber überschattet würden. Ein anderer Grund hierfür war das diesjährige *Forum*smotto 'Widerstand im Alltag'', welches ein Schritt weg von Mythen um MärtyrerInnen- Rollen sein soll. Außerdem -wie es die *VVN/BdA* ausdrückt- zeugt es von nicht nur nicht vorhandener politischer Kultur, sondern besitzt schon Spaltungscharakter, in eine Auseinandersetzung mit Bedingungen zu gehen, die erfüllt werden müßten. Dann aber von einer Fortsetzung 'seit Jahren praktizierte(r) antifaschistische(r) Bündnisarbeit'' zu sprechen, ist blanker Hohn: die Demo ist eine Veranstaltung von *(M)* und *AJF*, zu der bundesweit mobilisiert wird, um -wahrscheinlich- die fehlende Unterstützung durch die Göttinger Szene zu ersetzen. Die meisten der ihr zugehörigen, politisch arbeitenden Gruppen nämlich fühlen sich zu Recht in ihrer Geschichte zu oft von der *(M)* über den Tisch gezogen und instrumentalisiert.

Nachtisch

Eine unserer Erfahrungen mit der (M) in den letzten Jahren hat sich wiederholt: Kritik und Bedenken werden ebenso wie die Diskussionen in der Szene in den letzten Jahren arrogant ignoriert und auf übelste Weise abgeschmettert (ein *(M)*ler auf einer Forumssitzung sinngemäß : man wird den Eindruck nicht los, alle hätten Conny längst vergessen).

Wieder einmal versucht die *(M)* andere Gruppen und Menschen zu instrumentalisieren.

Die Razzien vom Juli richteten sich qualitativ vor allem gegen die *(M)* und potentielle Mitglieder- ebenso betroffen davon waren/sind *AStA, antirassistisches Notruftelefon, ASV,OLAfa, Buchladen Rote Straße, Aktiv-Druck , Antifa-Liste* und *Blackbit*. Ebenso richten sich die Ermittlungen nach §§ 129/a nicht nur gegen mutmaßliche Mitglieder der *(M)*, sondern gegen diverse andere Menschen aus anderen linken Zusammenhängen. Unsere Solidarität, die die *(M)* mit gutem Recht einfordert, gehört ungeteilt **allen**, die von den Ermittlungen und Razzien betroffen sind. Sollte diese Solidaritätsforderung aber die Form moralischen Drucks annehmen, der Gruppen suggeriert, wer nicht für uns ist, ist mindestens gegen uns oder arbeitet -im schlimmsten Fall- dem Staatsschutz in die Hände, so ist das nicht mehr akzeptabel. Unseres Erachten passiert momentan genau das: indem die *(M)* um viele solidarsche Menschen weiß, versucht sie diese vor ihren Karren der antiimperialistischen Politik zu spannen, um so ihre Vorhaben durchziehen zu können. Dies zeigt sich z.B. an der Forderung eines Vertreters der *AJF* während einer Forumssitzung, den Namen '' Forum 9.11.-30.1.,Bündnis der antifaschistischen Gruppen'' umzuändern, da nach der Stellungnahme der *VVN/BdA* ''Zur Spaltung der Göttinger antifaschitischer Gruppen und Zusammenhänge'' vom 30.09.1994 eine Spaltung eingetreten sei und nicht mehr von einem Bündnis der Antifa- Gruppen gesprochen werden könne. Für uns ist dieses Papier der *VVN/BdA* endlich ein Schritt, um aus der desolaten Sackgassenpolitik herauszufinden, nicht aber ein unsolidarischer Schlag unter der Gürtellinie.Dies jedoch scheint die *AJF* vorzuschieben, um sich aus der Verantwortung für eine kritische Auseinandersetzung zu stehlen.

Da die *(M)* die Göttinger Gruppe ist, die durch ihre Art, Politik zu machen, am meisten in letzter Zeit auf dem Serviertablett der Öffentlichkeit stand, ist es kein Wunder, daß sich die offensichtliche Repression am meisten gegen ihre mutmaßlichen Mitglieder richtet, um einen Spaltungskeil mehr in die linke Szene zu treiben Das hat Kalkül und Tradition. Dieses Spiel nicht mitzuspielen, heißt nicht, zwanghaft solidarisch auf der Demo hinter einem schwarzen Block herzutrotten. Sofern die *(M)* ein Interesse hat, gegen die Spaltung des antifaschistischen Widerstandes vorgehen zu wollen, sollte sie sich überlegen, wie sehr sie in den letzten Jahren durch ihre Machtpolitik und durch ihre rücksichtslose und ignorante Politik anderen Gruppen und Zusammenhängen gegenüber diese Spaltung produziert und vorangetrieben hat. Für uns heißt es jetzt, die Spaltung, die nicht erst in diesem Jahr eingetreten ist, zu überdenken und mit ihr umzugehen.Dies kann z.B. stattfinden, indem die *(M)* als eine der Gruppen betrachtet wird, bei der -wie bei anderen Organisationen auch- taktisch nach Ansatzpunkten zu gemeinsamen Aktivitäten geguckt wird; ansonsten jedoch fänden wir es ehrlicher, den Zusatz ''autonom'' in ihrem Namen wegzulassen und so einen ehrlicheren Umgang zu ermöglichen.

Wir sind auf der Suche nach einer antifaschistischen Praxis, die unseren Maßstäben entspricht- wir sind uns sicher nicht die einzigen zu sein.

Wir trauern um Conny, die vor 5 Jahren von den Bullen ermordet wurde.
Wir trauern um Alex, von Faschisten erstochen.
Wir trauern um die zu zahllosen Opfer faschistischen und rassistischen Terrors

Wir sind traurig und wütend !
...wir werden diese Demo nicht unterstützen, weder durch aktive Unterstützung, noch durch unsere passive Präsenz...

Menschen aus verschiedenen autonomen, politischen Gruppen Göttingens,
Ende Oktober 1994

(dieser Brief geht an die Interim und andere linke Info-Blätter)

ERICH KÄSTNER

BERLIN IN ZAHLEN

Laßt uns Berlin statistisch erfassen!
Berlin ist eine ausführliche Stadt,
die 190 Krankenkassen
und 916 ha. Friedhöfe hat.

53000 Berliner sterben im Jahr
und nur 43000 kommen zur Welt.
Die Differenz bringt der Stadt aber keine Gefahr,
weil sie 60000 Berliner durch Zuzug erhält.
Hurra!

Berlin besitzt ziemlich 900 Brücken
und verbraucht, an Fleisch, 303 000 000 Kilogramm.
Berlin hat pro Jahr rund 40 Morde, die glücken.
Und seine breiteste Straße heißt Kurfürstendamm.

Berlin hat jährlich 27600 Unfälle.
Und 57600 Bewohner verlassen Kirche und Glauben.
Berlin hat 606 Konkurse, reelle und unreelle,
und 700000 Hühner, Gänse und Tauben.
Halleluja!

Berlin hat 20 100 Schank- und Gaststätten,
6300 Ärzte und 8400 Damenschneider
und 117000 Familien, die gern eine Wohnung hätten.
Aber sie haben keine. Leider.

Ob sich das Lesen solcher Zahlen auch lohnt?
Oder ob sie nicht aufschlußreich sind und nur scheinen?
Berlin wird von 4500000 Menschen bewohnt
und nur, laut Statistik, von 32600 Schweinen.
Wie meinen?

(1931)

Das Auto

Das Auto ist ein Rundrenner
(Otto-Motor)
Da es vier Räder hat
bin ich das fünfte.

BEACHTEN

Kassel, Oktober 1994

Presseerklärung zum Prozeß gegen den Kasseler Antifaschisten Thomas

Am 2.11.94 beginnt vor dem Jugendschöffengericht Kassel der Prozeß gegen den Kasseler Antifaschisten Thomas. Die Anklage umfaßt Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Die Vorwürfe und Anklagepunkte gegen Thomas beruhen auf einer Konstruktion seitens der Polizei. Zwei Polizeibeamte in Zivil fanden die Kleidung und Schutzausrüstung von Thomas (Sturmhaube, Sonnenbrille und Signalgeber) beweiskräftig genug, um ein Verfahren gegen ihn einzuleiten. Wie auch in vielen anderen Fällen geht es aber in Wirklichkeit um nichts anderes, als einen weiteren Antifaschisten aufgrund seiner Gesinnung und seines Engagements zu kriminalisieren. Tatsache ist, daß er sich an einer Demonstration gegen eine "Anti-Antifa"-Veranstaltung im Dezember 1992 (27.12.) in Meschede beteiligte. Durch die antifaschistische Demonstration konnten die FaschistInnen daran gehindert werden, wie im Juli desselben Jahres durch die Innenstadt von Meschede zu ziehen. Damals war es ihnen gelungen, in Meschede die erste öffentliche "Anti-Antifa"-Veranstaltung überhaupt abzuhalten. Daß die FaschistInnen (darunter Neo-Nazi Führer wie Christian Worch, Friedhelm Busse und Michael Petri) diese Aktion damals als Erfolg werten konnten, verdanken sie auch der Polizei, die durch Nicht-Einschreiten glänzte.

Auch am 27.12. gab sich die Polizei große Mühe, den FaschistInnen ihren braunen Propagandazug zu ermöglichen. Von PolizeibeamtInnen, z.T. mit gezogener Dienstwaffe geschützt, schossen die FaschistInnen aus dem Eingangsbereich der Polizeiwache mit Leuchtspurmunition auf AntifaschistInnen. Im Anschluß an die Abschlußkundgebung der AntifaschistInnen wurde Thomas zusammen mit zwei weiteren Personen in der Mescheder Innenstadt festgenommen. Unter Androhung von Schlägen und Sprüchen wie "ein so junger Typ wie Du wird im Knast bestimmt vergewaltigt" wurde er später von zwei Zivilbeamten verhört. Die jetzt erhobene Anklage und die bevorstehende Verfahrenseröffnung am 02.11.94 sind ein weiterer Baustein in der versuchten Kriminalisierung und Spaltung des antifaschistischen Widerstandes. Es zeigt sich, daß der BRD-Staat seine ganze Stärke gegenüber Menschen und Gruppen demonstriert, die bereit sind, sich der weiteren Etablierung von Rassismus und Nationalismus entgegenzustellen. Die Anklage richtet sich nicht nur gegen Thomas, sondern gegen alle Menschen, die aktiv Widerstand leisten, anstatt dem faschistischen Terror nur fassungslos gegenüberzustehen.

Die Anklage gegen Thomas muß eingestellt werden!
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes!

Für Anwalts- und Prozeßkosten wird dringend Geld benötigt! Bei einer nicht unwahrscheinlichen Verurteilung werden die Kosten bei ca. 10.000 DM liegen.
Spendenkonto: H.J. Laube, Stadtsparkasse Kassel, BLZ 52050151, Kto. 3920691

UnterzeichnerInnen: Gruppe gegen Kriminalisierung (GgK); Autonomes Zentrum Bazille; antifaschistisches/antirassistisches Notruf- und Infotelefon; Anti-WWG-Gruppe, FANTIFA Kassel, Freie ArbeiterInnen Union Kassel (FAU-IAA); Aradia e.V.; Frauenhaus; autonomes FrauenLesben-Referat der Gesamthochschule Kassel (GhK); AStA der GhK; PDS/LL Basisgruppe 1; Jugend gegen Rassismus (JRE); MLPD Kassel; P.E.S.T. der Jakob-Grimm-Schule; Rote Hilfe Göttingen; Jugendzentrum Bad Hersfeld; Libertäre Gruppe Fulda.



Neues aus Anatopia

Die „Große Koalition" für Militarismus und Naturzerstörung etc. hebt die Hand zum Gruße für Mercedeath!

Unser Widerstand gegen die Daimler-Benz-Teststrecke dauert nun schon über drei Jahre an und noch immer haben wir nicht aufgegeben. Am 6.10.94 wollte der Papenburger Rat endlich dem größten deutschen Rüstungskonzern Daimler den Weg freimachen , eins der letzten intakten Großmoore zu zerstören. So fanden also auch wir, 50 Frauen und Männer aus dem Hüttendorf, SymphatisantInnen von Überallher und aus Papenburg, uns vor'm Rathaus ein, um diese bittere Komödie zu entlarven und den PapenburgerInnen noch mal die guten Gründe gegen die Teststrecke nahezubringen, bzw. sie zum gemeinsamen Widerstand zu ermutigen.

DENN DER WIDERSTAND GEHT WEITER!

Wir versammelten uns vor'm Rathaus, zogen an den Fahnenmasten Transparente auf und gebärdeten uns auch sonst ziemlich greenpeacig, um wenigstens einige Papenburger BürgerInnen erreichen zu können. Geplant war, die Abstimung möglichst zu verhindern, um so noch einen weiteren Aufschub zu erreichen. Aber schon morgens tauchten zwei HERRen vom Staatsschutz Lingen auf und erklärten uns, über's Radio sei bekannt, wir hätten eine Blockade der B 70 geplant. Sie wären also gut vorbereitet, rieten uns von der Blockade ab - an der Ratssitzung „ruhig" teilzunehmen, wäre natürlich kein Problem... Wir beschlossen, trotz zu erwartender Staatsmacht, uns auf eine offensive Störung vorzubereiten. Die meisten von uns hatten ein relativ gutes Gefühl von Stärke und eigener Sicherheit, nachdem sich im Plenum alle über ihre Ängste und Vorstellungen ausgetauscht hatten („Runden" sind dafür super).

Wir hielten unsere Redebeiträge, warteten und wurden die ganze Zeit gefilmt und beobachtet, von ca. 30-40 SEKlern aus OL plus 2 Hundeführerwagen plus etliche Zivis. Zwei Stunden später ging es los. Ungehindert kamen wir rein, einer der Grünen hielt seine letzte Gegenrede, als er zum Ende kam, ging unser Klatschen und Johlen in Dauerpfeifen und Geschrei über, in das die restlichen Ratsmenschen plötzlich ihre Hände erhoben - zwei Gegenstimmen. Wir zingelten den Rat ein, trieben allerlei Schabernack und wurden von den CDUSPD-Zombies und ihrem OB angegriffen und bedroht. Kurz darauf gab ein Zivi das Signal für die oben wartenden SEKler, die sofort anfingen, uns prügelnd rauszudrängen und dabei Leute abzugreifen. Wir versuchten, in Ketten und Pulks standzuhalten, wurden aber nach und nach rausgeprügelt, wobei es uns mehrmals gelang, schon Gegriffene wieder zu befreien. Wir zogen erst ab, als sie unsere Leute wieder freigaben (eine war schon auf der Wache), verzierten noch die Unschuldsfassade und versuchten die Verfolgung durch Schergen zu verhindern. Einem wurde dabei sein Wohnbus durchsucht (wg. „Gefahr im Verzuge") als er schon auf der Wache war.

Fazit: Eine Stunde gelungene Störung (ohne die Abstimmung zu verhindern) vor relativ viel Publikum, viermal Personalienfeststellung, einmal Sachbeschädigung, alle wieder draußen und einige leichte Verletzungen. Auf dem Abschlussplenum am nächsten Morgen würde aber auch viel wichtige Kritik geäußert: Nächstes Mal mehr Absprachen, besseres Einbinden der Leute, die nicht auf dem Vorbereitungstreffen waren (Infofluß!), Rückzug absprechen etc. Dennoch hatte ich das Gefühl, daß es gut war, ziemlich stark aufzutreten und uns nicht einfach wegschubsen zu lassen. Denn in Zukunft wird es wohl, außer auf dem schon beschrittenen Klageweg, nur noch unseren Widerstand geben. Und der muß vielfältig sein!

Deshalb unterstützt Anatopia, kommt auch mal für länger ins Moor - gerade im Winter gibt Solidarität Wärme und Kraft!

Desweiteren halten wir es für völlig sinnlos, wenn regional und dezentral versucht würde, den Daimler-Bonzen und ihren Bütteln laut, feurig klirrklar zu machen, was von ihrer mitweltzerstörenden und menschenfeindlichen Politik zu halten ist.

Möge der Stern euch leiten!

Ein A von vielen

Vom 18. - 20.11. ist Perspektiventreffen, kommt alle!
Anatopia, c/o Spillmannsweg 5, 26871 Papenburg
Wir brauchen Spenden: Kto.-Nr. 105014070, BLZ 28551560, Ksk Papenburg

Für alle diejenigen,die noch nix von ANATOPIA gehört haben eine kurze Projektbeschreibung :

ANATOPIA ist ein Hüttendorf im Moor in der Nähe der Stadt Papenburg (Emsland).Auf dem Gelände,auf dem das Dorf steht, will der Rüstungskonzern Mercedeath Bonz eine Teststrecke bauen.Ein Teil dieses Gebietes wurde vor drei Jahren besetzt, um dem Rüstungsriesen seine Pläne zu vermiesen.Unter anderem ist nämlich das Moor bei Papenburg eines der letzten bestehenden Hochmoorgebiete Deutschlands und der Bau der Teststrecke würde für viele vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten wahrscheinlich endgültig das Todesurteil bedeuten.Zudem könnte die Teststrecke im "militärischen Ernstfall" (will sagen Krieg) als größter Militärflughafen Europas genutzt werden.

Aber nicht nur der Widerstand gegen diesen Mistkonzern und seine Pläne macht ANATOPIA aus.Es ist ein Wohn- und Lebensprojekt und für viele BesucherInnen sicher auch ein Denkanstoß was das eigene konsumorientierte Denken und Handeln betrifft.

Nun zum eigentlichen Anliegen:

Am 6.Oktober fand im Papenburger Rathaus eine Ratsversammlung statt,auf der es u.a. um eine Abstimmung ging,die es Mercedeath ermöglicht,unverzüglich mit dem Bau zu beginnen. Zu diesem Tag wurde per Flugi nach Papenburg mobilisiert,um, falls möglich,die Versammlung bzw. die Abstimmung zu verhindern.Am Vormittag dieses Tages erschien ein leitender Beamter des Staatsschutzes Lingen im Dorf und informierte die dort Anwesenden darüber,daß sie weder eine Straßenblockade noch eine spontane Demo machen, sich aber "gerne" ruhig in den Ratssaal setzen und zuhören dürften.Außerdem fuhr ein Ziviauto mehrmals am Dorf vorbei,hielt dann in einiger Entfernung,und filmte bzw. machte Photos.

Auf wunderliche Weise kamen ca. 50 Menschen vor dem Rathaus in P. zusammen.Flugis wurden verteilt während drinnen die Ratssitzung begann.Es gab kurze Redebeiträge per Mega und ein lautes PfeifRufKreischkonzert vor den offenen Fenstern des Sitzungssaales,die daraufhin leider geschlossen wurden.Kurz vor der Abstimmung gingen die DemonstrantInnen in den Ratssaal,ohne von den etwa 50 SEKBeamten,die extra aus Oldenburg angekarrt worden waren,und dort für ihre Brutalität bekannt sind,daran gehindert zu werden.Im Sitzungssaal befanden sich mehrere Zivis und provokante Pressefotografen.

Nachdem der Fraktionsvorsitzende der Papenburger Grünen sein Plädoyer gegen die Teststrecke beendet hatte,wollte Bürgermeister Hövelmann(CDU) zur Abstimmung "schreiten". Was er genau sagte ging in dem einsetzenden Lärm unter. Einige Leute stiegen auf Tische oder tanzten im Ratssaal herum.Dem Bürgermeister wurde seine Ordnungsglocke weggenommen.Trotzdem konnten die Ratsherren abstimmen.

Es gab einige Rangeleien mit hyperagressiven Zivis,woraufhin das SEK an-bzw. eingriff.Sie versuchten Leute abzugreifen

Es wurden sofort Ketten gebildet,aus denen heraus relativ erfolgreich versucht wurde,Leute,die von Bullen fest gehalten wurden,in die Ketten zurück zu holen.

Das Ergebnis war,daß die Staatsschützer von 5 Leuten die Personalien aufnehmen konnten.Während des Wartens in der Rathaushalle(vereinbart war nur gemeinsam abzuhauen) kam es wieder zu Rangeleien. Ein Farbei flog und zerplatzte auf der Treppe.



Papenburg: Randalierer störten Ratssitzung

Von massiven Störungen begleitet, fiel gestern in Papenburg die endgültige Entscheidung zum Bau einer Mercedes-Teststrecke im nördlichen Emsland. Während Bürgermeister Heinrich Hövelmann (Mitte) die Ratsmitglieder zur Abstimmung aufrief, randalierten etwa 50 zum Teil vermummte Jugendliche im Sitzungssaal. Als die Polizei versuchte, die johlenden Demonstranten, von denen einige in einem Bus angereist waren, aus dem Saal zu drängen, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Mehrere Randalierer wurden vorläufig festgenommen. Gegen einen jungen Holländer, der Farbbeutel geworfen hatte, wurde Strafanzeige erstattet.

Foto: Mammes

Kurze Zeit später wurde ein Mensch von Zivibullen abgefangen Außerdem hatten die "Helden in Grün" es vorher im Ratssaal "geschafft" eine Zwölfjährige zu viert zu Boden zu drücken und sie dann in Handschellen auf die Bullenwache zu bringen. Vor der Wache wurde dann gewartet,bis die zwei Leute wieder rausgelassen wurden.

Letztendlich ist die Aktion trotz der kurzen Vorbereitungszeit und des SEKAufgebots gut gelaufen,auch wenn die Abstimmung nicht verhindert werden konnte.

Zur jetzigen Situation:

Das Dorf ist akut räumungsbedroht!!! In der Presse wird immer
Fast jeden Tag fahren Zivis vorbei.In der November mit dem Bau be
wieder gesagt,daß Mercedeath noch im Interesse der Presse am Dorf
ginnen will.Außerdem ist das Interesse der Presse am Dorf
stark gestiegen.Es wirkt wie eine Art Leichenfledderei.
Sie wollen nochmal ein bißchen ihre Sensationslüsternheit befriedigen,bevor ein Stück des bestehenden Widerstandes gemäß dem herrschenden Zeitgeist im wahrsten Sinne des Wortes platt gemacht wird.

Solidarität ist eine Waffe!

Solidarität ist eine Überlebensstrategie in dieser Zeit in der die Repression von Seiten des Staates immer stärker und härter wird.

DESHALB: Kommt ins Hüttendorf!Informiert Euch über den aktuellen Stand der Dinge.Überlegt Euch Aktionen in Euren Städten im Falle einer Räumung!

Es gibt 'ne Postadresse: ANATOPIA
c/o Walker
Spillmannsweg 5
26871 Papenburg

und ein Solikonto:
Kennwort:
"Frieden im Moor"
Kto. 105014070
Kreissparkasse Papenburg
BLZ 28551560

BEACHTEN

-Geschichte
c/o Infoladen
Kornstraße 28-30
30167 Hannover

Hallo!
Der Prozeß von Birgit Hogefeld fängt aller Voraussicht nach am 15.11.1994 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt an.
Die Prozeßtage werden Dienstag und Donnerstag sein.
Diese Angaben sind ohne Gewähr; es ist möglich, daß sich die Termine noch ändern.

Dienstag, 15.11.1994, 9.30h
Donnerstag, 17.11.1994, 9.30h
Dienstag, 22.11.1994, 9.30h
Donnerstag, 24.11.1994, 9.30h
Dienstag, 29.11.1994, 9.30h
Donnerstag, 01.12.1994, 9.30h
Dienstag, 06.12.1994, 9.30h
Donnerstag, 08.12.1994, 9.30h
Dienstag, 13.12.1994, 9.30h
Donnerstag, 15.12.1994, 9.30h
Dienstag, 20.12.1994, 9.30h
Freitag, 23.12.1994, 9.30h
Dienstag, 03.01.1995, 9.30h
Donnerstag, 05.01.1994, 9.30h
Dienstag, 10.01.1994, 9.30h
Donnerstag, 12.01.1995, 9.30h
Dienstag, 17.01.1995, 9.30h
Montag, 30.01.1995, 9.30h

vor dem Oberlandesgericht Frankfurt
Hammelsgasse 1

im Gerichtsgebäude E, Saal II

Infoladen 'Umschlagplatz' St.Paulistr. 10/11 28203 Bremen Tel. 0421/75682

Stellungnahme

Am 27.9.94 wurde der Infoladen 'Umschlagplatz' in Bremen zum wiederholten Male durchsucht. 4 Tage später durchwühlten die Bullen, abermals unter der Leitung von Frank Herrmann (Chef vom 7K - politische Bullen) die St. Pauli Str. 10/11 (Umschlagplatz, BBA-Infoladen, Info-Büro zum 3.10)

Zur ersten Durchsuchung

Hierfür konstruierten sie einen vermeintlichen Betreiber des Infoladens. Schon bei der letzten Dursuchungsaktion wurde gegen diese Person (und andere) ermittelt, weil sie/er angeblich beleidigende oder verunglimpfende Schleckies verschickt und verkauft haben sollte/n. (z.B. POLIZEI=SA/SS). Als Indiz dient eine Kontonummer, die bei der letzten Hausdurchsuchung gefunden wurde. Nachdem diese Ermittlung seit 1 1/2 Jahre nicht mehr erwähnt wurde, beschreiben die Schergen jetzt diese Person als *'verantwortlichen Betreiber und Geldhalter des von ihm betriebenen Versandhandels'* (Durchsuchungsbeschluß) des IL. Das dieser Versandhandel seit nunmehr 1 1/2 Jahre nicht mehr weitergeführt wurde, dürfte auch den Schergen nicht entgangen sein. Und es ist ja auch völlig abwegig, daß der Infoladen von einer Person geführt wird. Infoläden begreifen sich im allgemeinen als ein Zusammenhang von Leuten, die unterdrückte Nachrichten der Öffentlichkeit zugänglich machen.
Als weiterer zentraler Punkt im Durchuchungsbeschluß wird der Text in der Interim #299 genannt: ***'OB SYLVESTER, FRÜHJAHR ODER SOMMER, KRACH, KAWUMM, BLITZ UND DONNER!'*** Inhaltlich geht es in dem Papier um die Einschätzung und Situation der letzten Mini-riots in Bremen. An folgendem Zitat haben sich die Bullen besonders gestoßen: *'So ne Randale ist natürlich was feines. Sie ist völlig korrekt, es gibt keinerlei Bedenken, es gibt keine moralischen Bedenken, die dagegen angeführt werden können, macht Spaß, trifft die richtigen und ist etwas sehr soziales und kommunikatives. Sozusagen was für "jederzeit"'* Dies lassen wir mal so stehen!☺ (Wenn ihr den ganzen Text lesen wollt - in der Interim #299 ist er nachzulesen)

Ablauf der Durchsuchungen

Im Rahmen der Durchsuchungswelle durchwühlten die Büttel am 27.9 auch 2 Privatwohnungen, eine davon ohne jegliche rechtliche Befugnis. In ihrem Aktionismus zerrten sie 2 Leute aus der Wohnung und mißhandelten sie ed
Im Infoladen traf die Polizei keine Menschen an, und brach daher sämtliche Schlösser auf. Diesmal verschonten sie den BBA - Laden und auch das für die Koordination gegen die nationalistischen Einheitsfeiern am 3.10 eingerichtete Info- Büro. Es wurde beschlagnahmt: alle Infos zum 3.10, 2 Flugi Ordner zu Antifa und linksradikaler Mobilisierung, 3 Broschüren von der Roten Zora, Aufkleber zur Solidarität mit der ERNK, zwei Zecks, Info aus Hamburg und massig Plakate.

Zur zweiten Durchsuchung

Begründet wurde die neuerliche Durchsuchung mit der Information: Sie wollen von einem Spitzel mitbekommen haben, daß in den Räumlichkeiten Mollis lagern. Diese Aktion diente dazu die Infrastruktur der GegnerInnen der Einheitsfeiern zu zerschlagen. Deutlich wird das an den beschlagnahmten Gegenständen, wie Fax-Gerät, Telefone, zahlreiche Plakate zum 3.10, Cs Gas sowie Sturmhauben. Natürlich wurde nicht ein einziger Molli gefunden. Tefefon, Gas und Hauben bekamen wir wieder, aber auch das oben genannte Material wollen wir gefälligst erhalten!
Nachdem diese Drecksarbeit beendet war, schlugen die Schergen am 2.10. noch mal zu: Sie durchsuchten das Sielwallhaus und verhinderten ein DeligiertInnentreffen für die Demo am 3.10 im Lagerhaus. Insgesamt 70 Leute wurden dabei fest genommen, und 4 erst nach einer eidesstattlichen Erklärung am Montagnachmittag rausgelassen. Im Sielwallhaus richteten sie einen Schaden von 15.000 DM an und stahlen ca. 1000 Mark Bargeld.

Einschätzung

Diese Durchsuchungen reihen sich in eine Welle von Repression ein, die es im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 3.10 gab. Wochenlang ist und war das offizielle Bremen damit beschäftigt in der Bevölkerung ein Klima zu schaffen, gegen alle, die die nationalistischen Jubelfeiern ablehnen. Nachdem ein Anschlag gegen das Bremer FDP-Büro und gegen den Golfclub in der Vahr stattfanden, meinten die Schergen wohl, daß jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen wäre zuzuschlagen.
Die Räumung des Frauenprojekts 'Buntentor', die Durchsuchung bei KurdInnen, die für das kurdische Kulturfest in Maastricht plakatierten und die Beschlagnahme von Plakaten und der Feststellung der Personalien bei Leuten im Stadtteil Walle, mit der Begründung, daß dort Sicherheitszone sei, die oben beschriebenen Durchsuchungen und schließlich am "Tag der deutschen Einheit" das Demonstrationsverbot, das massive Bullenaufgebot und die vielen Festnahmen sollten jeglichen Protest und Widerstand schon im Keim ersticken, damit die Bonzen- und Politiker ungestört feiern konnten.
Jetzt, nach den Jubelfeiern ist noch nicht ganz abzusehen, inwieweit linke, fortschrittliche Einzelpersonen und Einrichtungen kriminalisiert werden sollen. Klar scheint, daß es verschiedene Verfahren geben wird und Überlegungen laut werden, Initiativen die zur Demo aufgerufen haben das Geld zu streichen, so z. B. dem Sielwallhaus, und verschiedenen Frauenprojekten.

Wir fordern die Einstellung aller Verfahren und die Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände !!!
Lassen wir nichts Anbrennen! - Den nationalen Konsens kippen!!!!!



Ich lag in einer Pfütze,
Da kam ein Auto.
Im letzten Augenblick
dirigierte ich das Wasser um.



Mein Wagen geriet ins Schleudern.
Ein Mann zog nachher meinen Hut
aus den Trümmern.
Mir fehlten die Worte.

Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD

"Contraste" 10/94

Im Januar dieses Jahres war das Schwerpunktthema von CONTRASTE, für manche vielleicht etwas überraschend, »Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD«. Dabei ging es neben der Darstellung der Situation der Gefangenen aus der RAF und Widerstand um die Frage des solidarischen Verhaltens zu Ihnen.

Verbunden wurde dies mit der Einrichtung eines Spendenkontos, wo aufgefordert wurde (und wird!) »das Betriebe und Projekte sich bereit erklären, monatlich einen Beitrag (mindestens 20 DM) zur medizinischen und anderweitigen sozialen Unterstützung der politischen Gefangenen in einen Fonds einzuzahlen. Es sollen damit Kosten der medizinischen Versorgung, unabhängige Gutachten und die notwendige soziale Unterstützung nach der Haftentlassung (z.B. Mietkautionen) finanziert werden.« (aus: Aufruf zur Unterstützung, Januar 1994). Zusätzlich haben wir im Kooperation mit dem ID-Archiv im IISG, Amsterdam noch einen Mappe mit vierzehn Plakaten zum Thema zusammengestellt, deren finanzielle Überschuß ebenfalls für die politischen Gefangenen und der Solidaritätsarbeit verwandt werden soll.

Heute, zehn Monate nach Beginn dieser Aktion, einen Sonderdruck mit einer fünftausender Auflage, cirka zweitausend Briefen an Projekte und Kollektive, etwa einhundert Anzeigen und Hinweisen in der Alternativpresse,ist es Zeit Zwischenbilanz zu ziehen.

Intention der ganzen Aktivitäten, war neben der Vorstellung sich konkret zu den »Lebens-bedingungen der politischen Gefangenen zu verhalten, auch die Einschätzung das seit der sog. »April-Erklärung« 1992 der RAF, wobei die Option »bewaffneten Angriffe« in Frage gestellt wurde, ein neuer politischer Raum geschaffen wird, davon ausgegangen wird das es keine absoluten Wahrheiten gibt, sondern eine Bereitschaft – trotz der unterschiedlichsten politischen Biographien – etwas herauszufinden. Erinnert sei nur an den Gegenkongreß zu dem Weltwirtschaftsgipfel München in Juni 1992, wo neben der RAF sich politischen Gefangene und ehemalige Gefangene sei es schriftlich oder mündlich beteiligten. Doch die Einschätzung, daß dies Auftakt für eine neue Diskussion zwischen den verschiedenen Teilen der Linken ist, hielt sich nicht lange. Spästens seit den Geschehnissen in Bad Kleinen, wo Wolfgang Grams und ein Polizist tod zurückblieben und Birgit Hogefeld verhaftet wurde, brachen öffentlich die gegensetzlichen Positionen innerhalb der Gefangenengruppe wieder auf.

Gekoppelt mit einer Unbeweglichkeit von Justiz und Regierung, neuen Prozessen, oft auf Grundlagen von »Kronzeugenaussagen« und zuletzt ein Hungerstreik von Teilen der politischen Gefangenen für die Freilassung von Irmgard Möller ohne große Öffentlichkeit sind das Ergebnis eines politischen »Scherbenhaufens« sichtbar, wobei es zu einfach wäre, dies den politischen Gefangenen oder den Illegalen der RAF anzulasten!

Neben der konkreten Unterstützerfunktion der CONTRASTE-Aktion für die politischen Gefangenen, war die Frage ob selbstverwaltete Betriebe, Initiativen und Kollektive bereit wären sich in dieser Sache, und sei es auch nur indem sie jeden Monat zwanzig Mark rüberschieben, zu engagieren. Ohne jetzt zu fordern, nur weil man sich selbst bewegt, daß dies auch gleich alle anderen machen müßen, ist jedoch meine Einschätzung nach die Bereitschaft über den betrieblichen Tellerrand zu sehen, wohl relativ gering.

Irgendwo zwischen Moderationstechnik und Buchhaltungskursen muß der politische Gehalt der Selbstverwaltungsszene, die Vorstellung der Funktion als Focus einer zukünftig befreiten Gesellschaft, abhanden gekommen sein. Von daher stehen solche Initiativen wie für die politischen Gefangenen in der Selbstverwaltungsszene etwas alleine da, weil wohl ein politisches Verständnis und ein sozialer Humos fehlt, um so etwas breit aufzunehmen.

Die Initiative für die politischen Gefangenen wird weiter geführt. In der nächsten Zeit werden auch andere Projekte daraus sichtbar werden. Und an diejenigen gerichtet, die schon immer wußten im welchen verwerflichen politischen Zustand die Szene, insbesondere die Alternativbewegung, sich befindet: Nun, es gibt halt keine bessere! Entweder man bemüht sich in diesen Prozeß einzugreifen, oder man betrachtet dies abseits stehend: typisch deutsch – alles oder nichts. Von daher wird ein langer Atem notwendig sein, nochmal alles von vorne und hier die Aufforderung an jene, sich in dieser Arbeit einzuklinken. Schon die Bereitschaft monatlich auf unter genannten Konto einen Beitrag zu leisten, wäre ein wichtiger und notwendiger Schritt! Die hier vorgestellte Initiative ist kein besonders »revolutionärer« Projekt, sondern ein einfach ein Ausdruck von Solidarität mit Menschen, die zu uns gehören!

Lutz Taufer, politischer Gefangener aus der RAF, in einen Text vom Anfang dieses Jahres: »Ja gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Vereinzelten, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein.« ●

Waldemar Schindowski

Konto: Rechtsanwältin U. Seifert, Frankfurt/Main, Konto-Nr. 50010-606, Postbank Frankfurt/Main (BLZ 500 100 60)

Die Mappe mit 14 verschiedenen Plakaten kann für 30 DM plus 10 DM Porto und Verpackung bei CONTRASTE (Vorkasse) bezogen werden.

STELLUNGNAHME:

Mehrere Gründe haben uns dazu bewogen, eine Stellungnahme im Zusammenhang mit dem Konflikt um „Heiter bis Wolkig" (HbW) abzugeben.

–Als eine Hamburger Männergruppe finden wir es notwendig uns zu äußern. Dieser Umstand an sich ist noch nichts besonderes; doch auch wenn der bisherige Schlagabtausch ein derber war, so hoffen wir den darin vorgekommenen inhaltlichen Positionen, insbesondere denen von Männerseite, etwas hinzufügen zu können. Es ist uns persönlich und politisch wichtig, in den Konflikt dadurch einzugreifen, indem wir Partei ergreifen.

– Ein konkreter Grund ist der, daß wir vor einiger Zeit auf einer Veranstaltung von HbW einen Job übernommen haben, im Gegenzug unterstützte HbW antifaschistische Arbeit mit Geld. Ihr Programm war im wesentlichem das gleiche wie in der Flora, im Unterschied dazu wurde diese Veranstaltung jedoch nicht abgebrochen; uns ist noch nicht einmal der Gedanke gekommen, auch wenn diejenigen von uns, die den Hbw-Auftritt mitbekommen haben, ihn hohl bis eklig fanden. Sowohl im Vergleich der beiden Veranstaltungen als auch in Bezug auf ihre zeitliche Abfolge ist uns einiges aufgefallen, doch das an anderer Stelle in diesem Text.

– Der Dritte Grund sind die Veröffentlichungen der Antifa Bonn-Rhein-Sieg/organisiert in der AABO (Übersteiger Nr. 7+8) und von Teilen der ehemaligen Schanzen-Antifa (Übersteiger Nr 8), mit denen wir hin und wieder etwas zu tun haben und die wir darüber hinaus für politisch bedeutungsvoll halten. Sie haben sich mit derart unerträglichen Stellungnahmen zu Wort gemeldet, daß wir dieses nicht als antifaschistische Position hinnehmen können

Wie eingangs schon erwähnt, haben wir, als wir Gelegenheit dazu hatten, nicht annähernd so klar gehandelt, wie wir uns jetzt äußern. Wir halten unser Verhalten durchaus für kritikwürdig, wollen im folgenden etwas zum größeren Zusammenhang sagen:

Die HERRschende Kultur der Szene oder auch der Autonomen war nie antipatriarchal geprägt. Wohl mag es eine Phase gegeben haben, in der patriarchalische Positionen, insbesondere in Form von sexistischen Darstellungen, eher und verschärfter sanktioniert und in deren Folge auch vermehrt zurückgedrängt wurden als heutzutage, doch damit hats' sich auch schon.
In der Tat ist „unsere" Kultur patriarchal geprägt, und das umfassend. Wohin wir auch schauen, entdecken wir mehr oder weniger verschärfte Widersprüche zu antipatriachalen Denkansätzen.
So sind Veranstaltungen, die wir besuchen, nicht zu beleuchten unter der Frage: sexistisch oder nicht? Sondern eher unter der Frage: Wann reichts mir/uns. Ohne es zu akzeptieren oder damit etwas zu entschuldigen, liegt diese Schmerzgrenze bei Frauen niedriger als bei Männern, findet ihre Entsprechung auch in der Wahl der Handlungsmöglichkeiten von über-sich-ergehenlassen über weggehen bis zu intervenieren.

Daß wir in der oben genannten Situation nicht aktiv geworden sind, ist Gegenstand unserer Selbstkritik und liefert Stoff für Diskussionen unter uns. Das hindert uns aber nicht, uns entschieden solidarisch zu erklären mit den Frauen und den wenigen Männern, die aus ihrem Verständnis heraus ihre Interessen umgesetzt haben, indem sie eine Darstellung unterbunden haben, von der sie sich sowohl konkret als auch aus dem Verständnis der Akteure heraus, zu Recht angegriffen gefühlt haben; was gewiß kein leichter Entschluß war, handelte es sich doch um die Szene Promis HbW nebst begeistertem großen Publikum.

Erstmal was allgemeines zu Kultur und Kultur- Schaffenden der Szene. Das Besondere der Satire ist der Umstand, daß eine Ansicht nicht klar und eindeutig benannt wird, sondern tendenziell eher zweideutig oder aber gegenteilig. Die Würze besteht u. a. darin, daß über die tatsächliche Bewußtseinslage der Satiriker beim Publikum kein Zweifel besteht, also alle wissen, daß die Äußernden im wirklichem Leben von ihren satirischen Äußerungen distanziert sind oder zumindest distanziert sein wollen.

Wenn Männer sich im öffentlichen Raum zu Sexualität äußern, braucht es unseren Erachtens eine Menge Überlegungen und Verantwortungsgefühl im Vorlauf. Wenn Männer sich im öffentlichen Raum spaßhaft zu Sexualität äußern, finden wir das mindestens zweischneidig, eher



unpassend und allzu oft bleibt uns das Lachen im Halse stecken. Wenn Männer sich im öffentlichen Raum spaßhaft und zweideutig zu Sexualität äußern, finden wir das subjektiv pure Scheiße und objektiv einer antipatriarchalen Absicht entgegenwirkend.
HbW selber leiten ihr finales Statement mit dem Satz ein: *„unsere Sketche und Lieder sind nicht eindeutig"*. Einer der wenigen wahren und richtigen Sätze ihrer Ausführungen.

In einer Zeit, in der erkämpft geglaubte antipatriarchal Positionen wieder in weite Ferne rücken, sind witzig gemeinte Zweideutigkeiten zu dem Thema um so verurteilenswerter, und wenn sie noch so oft als Satire etikettiert werden. Männer sind ganz und gar nicht an dem Punkt, zu dem sie auch nur tendenziell ein Bewußtsein erarbeitet haben, daß es ihnen erlaubt, glaubhafte Satire zum Thema Patriarchat zu machen.

Wir möchten an diesem Punkt auf die Ausführungen von Jok Quetschenpaua verweisen, der sich tiefergehender mit linker Kultur und Kulturschaffenden auch aus seiner eigenen Position und einer Beziehung zu HbW heraus beschäftigt hat.

Bleibt die Frage nach dem „Warum?" Optimistischerweise vermuten wir als Hintergrund von HbWs Auftreten keine böse Absicht, in dem Sinne, daß sie sich wissentlich für die Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen bewußt entschlossen haben. Wenn sie sagen: *„Sexismus wird von uns nicht unterstützt"*, so meinen sie das aus ihrem Verständnis heraus schon ernst.
Wie vorne jedoch beschrieben, hält diese Aussage keiner Analyse stand. Leichtfertig gemacht, berührt sie nicht die(ihre) Verantwortung als Kulturschaffender und auch nicht als Mann.(Männer)

Eine Leichtfertigkeit, gestützt auf übersteigertes Selbstbewußtsein, auf die Angst des Mannes vor der genauen Auseinandersetzung subjektiv mit dem Schwein in sich und objektiv mit seiner Funktion im Patriarchat und auf nachlassenden sozialen Druck hinzu solch einer Auseinandersetzung schafft die unverantwortbare Ungenauigkeit und Nachlässigkeit, mit der HbW mit dem Thema Patriarchat, mit sich selber, mit Frauen und mit anderen Männern umgehen.
Diese Umgangsweise findet ihren Ausdruck eben auch in solch einem Auftritt wie dem, gegen den in der Flore protestiert und der unterbunden wurde.
Solch eine entschiedene Protestaktion hätte bei HbW als Denkanstoß fungieren können. Einen wichtigen Grund daß dies nicht passiert ist, sehen wir darin, daß vor allem viele Männer sich nur zu schnell aus einem ähnlich unsensiblen Bewußtsein heraus hinter HbW gestellt haben, womit sie sich und ihnen in unseren Augen absolut keinen Gefallen getan haben.
Als Hintergrund der Buttersäure-Aktion gegen die Übersteiger-Leute sehen wir am wenigsten den Willen, diesen faktischen Schaden zuzufügen, eher schon die berechtigte Wut über so einen vehementen Ausdruck von Männergewalt und finden daran ganz wichtig die Aussage daß dieser eben nicht hingenommen und zur Tagesordnung übergegangen wird und ansonsten alles beim alten bleibt.
So finden wir die Buttersäure-Aktion richtig;
denn eins hat sich in der Geschichte autonomer Männer gezeigt: Ohne eine erschütternde Initialzündung ist in den Köpfen selten etwas in Gang gekommen. Und siehe, kaum ist die Buttersäure Aktion bekannt, da wird wüst diskutiert. Auch wenn viel Ignoranz, Weinerlichkeit und Übertreibung, z.B. durch die Verwendung von Vokabeln wie „Anschlag" oder gar „Attentat" darin vorkommt, vielleicht fangen wenigstens ein paar Leute an, nachzudenken.

Pauschal dagegen zu sein, sich ansonsten unter Berücksichtigung des groben Verhaltenscodes durchs Szene- Leben zu mogeln, sich jeder tiefergehenden, für Männer immer auch unangenehmen Auseinandersetzung zu entziehen, das reicht nicht als Umgang von Männern mit dem Patriarchat, die von sich behaupten eben jenes nicht zu unterstützen (was ohnehin jeder Mann tut). Dies aber begründet das Bewußtsein, auf dessen Grundlage HbW ihre patriarchalischen Auftritte für verantwortbar halten und auf dessen Grundlage eins ihrer Mitglieder eine Frau vergewaltigt hat.
Daß er das getan hat, ist eine Tatsache. Allein weil sie es gesagt hat.
Wir verzichten hier bewußt auf ausführliche Erklärungen, Argumentationen, Vergleiche, Beispiele usw.; aus zwei Gründen:
1. um noch einmal deutlich zu machen, daß ihre Aussage als Tatsache aufgefaßt ausreichen muß; auch wenn er als Täter das beharrlich anders sieht (was sonst?); auch wenn sich sofort Hinterbänkler finden, die sich nicht schämen nicht nur diese, sondern alle betroffenen Frauen als Denunziantinnen zu diffamieren.
2. um eine Diskussion über den Hergang, die für die Betroffene schmerzlich und herabwürdigend sein muß, schon im Ansatz zu blocken.
Eine Diskussion, der auch der Vergewaltiger durch seinen Brief, willentlich oder unwillentlich, Vorschub leistet.

Anders als Frauen sind wir nicht in der Lage, den Ausschluß des Vergewaltigers zu fordern und uns ansonsten zu distanzieren. Als Männer haben wir die Verantwor-

tung, uns näher zu befassen mit Männern, die als Männer zu Tätern geworden sind; aus vielen Gründen: Das Bewußtsein eines Mannes, der vergewaltigt hat, muß sich ändern. Wer, wenn nicht Männer sollen diese Veränderung mit ihm in Angriff nehmen?
Also ist auf der einen Seite eine Distanzierung zum Vergewaltiger richtig, auf der anderen Seite nicht ehrlich
Weil es eben nicht Welten sind, die, ihn und uns im Kopf soweit trennen; als daß einer von uns mit Sicherheit ausschließen kann, sich in einer Situation ähnlich zu verhalten.
Weil es zu viele Situationen in unseren persönlichen Geschichten gab, in denen wir uns rückblickend zu nahe an der Rolle eines Täters sehen
Weil es sich nicht anders als mit Zufall beschreiben lässt, daß wir irgendwann angefangen haben genauer zu schauen und uns in einer entscheidenden Situation etwas anders verhalten haben.

Aus diesen Gründen ist für uns Männer allein eine konsequente Distanzierung unehrlich. Stattdessen finden wir es unerläßlich
- daß der Vergewaltiger sich seiner Rolle bewußt wird und dazu bereit ist, sich damit auseinanderzusetzen und sein Bewußtsein zu verändern.
- daß Menschen aus seinem Umfeld/ seiner Nähe und/oder Menschen, die sich für kompetent halten diesen Prozeß mit ihm vollziehen.
- daß alle zusammen die Forderungen von Frauen, insbesondere der Betroffenen und ihres Umkreises akzeptieren.

Noch ein paar Worte zu uns:

Zu solchen Vorfällen wie den Flora- Auftritt, seinem Abbruch und in der Folge der Buttersäure-Aktion, ebenso wie zu Katastrophen wie einer Vergewaltigung, kann es dann um so leichter kommen, wenn die handelnden Männer in der Vorgeschichte nicht konfrontiert wurden; unsere eigene Ungenauigkeit, der Umstand daß wir nicht früher Position bezogen, HbW in Frage gestellt und damit evtl. einen Denkanstoß gegeben haben, hat es ihnen ermöglicht, nie selbstkritisch sein zu müssen. Hätte HbW schon früher Antworten auf drängende Fragen finden müssen, wäre evtl. eine Menge erspart geblieben.

Dort liegt unsere Verantwortung: nicht schon dort eingegriffen zu haben, wo wir es besser hätten wissen müssen und Gelegenheit hatten, dazu beizutragen, eine bessere Entwicklung einzuleiten.
Wir haben nicht fertige Antworten, noch großartige Perspektiven. Wir glauben jedoch auch, daß die Entwicklung weg vom Patriarchat nichts großartiges an sich hat, sondern eher unbemerkt im Kleinen im Alltag stattfindet. So mag auch für andere wichtig sein, was für uns gilt:
genauer zu werden, z. B. in der Auseinandersetzung mit uns selbst aber auch mit Menschen, mit denen wir solidarisch umgehen oder zusammenarbeiten und in Bezug auf (falsche) Selbstsicherheiten und ihren jeweiligen Ausdruck.
Zurückhaltender werden wenn wir als Männer merken, daß wir uns auf dünnes Eis begeben, lieber langsam machen, versuchen Klarheit zu gewinnen und es ansonsten lieber bleiben zu lassen.
Offener zu werden in Bezug auf unsere eigene Bereitschaft zur (permanenten) Auseinandersetzung und in Bezug auf die Annahme von Denkanstößen.

Noch ein letztes zum Punkt der solidarischen Zusammenarbeit: die Aussage „Die Bekämpfung des Faschismus muß u.a. auch die Bekämpfung des Patriarchats beinhalten", mag zur Floskel verkommen sein; ihrem Wahrheitsgehalt indes tut das keinen Abbruch.
So haben uns die Stellungnahmen der Antifa-Bonn Rhein Sieg und die von Teilen der ehemaligen Schanzen-Antifa,(s.o.) mit denen auch wir hier und da zu tun hatten, ganz besonders geärgert;
Wir haben grade als Antifaschisten die Aufgabe, über die notwendige Bekämpfung faschistischer und rassistischer Banden hinaus, uns in unserer Praxis in unseren Rollen und unseren politischen Positionen als Männer permanent zu hinterfragen.
Das heißt für unsere politischen Diskussionen und unsere politische Realität, das Patriarchat als eigene Herrschaftsform in Verbindung mit Imperialismus/Kapitalismus zu begreifen, daß es ohne die Auflösung des Patriarchats keine revolutionäre Utopie gibt.
Das heißt für unsere antifaschistische Analyse, daß rassistische und faschistische Ideologien patriarchale Herrschaftverhältnisse zuspitzen und ihre menschenverachtenste und brutalste Ausprägung haben.
Das heißt für unsere antifaschistische Praxis, unser eigenes Verhalten selbstkritisch zu hinterfragen, ohne die Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung grundsätzlich in Frage zu stellen.
Das heißt in der Praxis aber auch einzugreifen, wo der antifaschistische Kampf nicht mehr auch ein Kampf gegen sexistische Verhaltensweisen/Äußerungen ist.

Das heißt nicht zuletzt, innerhalb der antifaschistischen Bewegung zu arbeiten an einer Auseinandersetzung grade mit dem Thema Sexismus, ohne jedoch zu vergessen, Position beziehen zu müssen.

Autonome Männerantifa HH, September '94

zu erreichen über:
c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

UEBERARBEITEN



Widersetzen wir uns diesem Europa!

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich in Essen die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Dagegen wird es in Essen vielfältige Straßenaktionen, einen Gegengipfel, sowie am Samstag eine Großdemonstration geben.

Aus diesem Anlaß laden wir in Berlin zu einem Seminar am 5./6. November ein. Wir, das sind Menschen aus einigen Gruppen, vom Antifa- bis Internationalismus-Spektrum. Mit der Herausbildung der EU werden sich die Herrschaftsverhältnisse global wie auch innergesellschaftlich neu formieren. Von der Linken wird dieser Prozeß nur oberflächlich reflektiert, geschweige, daß es dagegen einen nennenswerten Widerstand gäbe. Es ist sogar die Illusion weit verbreitet, daß sich mit der EU nationalistische Strömungen überwinden ließen oder daß eine "demokratische" Umgestaltung der EU möglich sei. Demgegenüber denken wir, daß mit der EU eine neue Epoche neokolonialistischer Politik eingeleitet ist, die das globale Machtgefüge zugunsten einer BRD-dominierten EU verschiebt, basierend auf scheindemokratischen und diktatorischen Strukturen.

Am 1.Tag des Seminars wollen wir eine inhaltliche Bestandsaufnahme in thematisch umrissenen AGs versuchen: Diese umfassen die sozialen Auswirkungen, die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge, die Europakonzepte der Rechten sowie das Wirken der EU in Osteuropa und die ausgebeuteten Länder des Südens.

Der 2.Tag beginnt mit Berichten aus den AGs. Anschließend wollen wir ebenfalls in AGs die Frage von Ansätzen und Perspektiven eines gemeinsamen Widerstands gegen das EU-Imperium diskutieren. Dabei erhoffen wir uns eine spektrenübergreifende Diskussion, um eventuell zu einem arbeitsfähigen Zusammenhang gegen die EU zu gelangen.

Arbeitsgruppe 1

Festung Europa

Repression, Asyl- und AusländerInnenpolitik

»Der Schwerpunkt der AG liegt auf der seit Mitte der 80er Jahre verstärkt vorangetriebenen Abschottung Europas gegen Flüchtlinge. Die Repressionspolitik beschränkt sich nicht auf Flüchtlinge, sondern wird auf alle ausgeweitet, die als Gefahr für die reibungslose Umsetzung des "Projekts Europa" angesehen werden. Wir werden diskutieren, mit welchen Instrumenten die Herrschenden ihre Philosophie "der Mensch wird zum Sicherheitsrisiko, die staatliche Sicherheit zum Supergrundrecht" umsetzen und inwieweit sich dadurch die Widerstandsmöglichkeiten verändern.«

Referent: Beat Leuthardt, Autor des Buches: *»Festung Europa: Asyl, Drogen, 'Organisierte Kriminalität': Die 'Innere Sicherheit' der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder«*

Arbeitsgruppe 2

EU und Osteuropa

»1. Welche Konzepte der EU gibt es im Hinblick auf Osteuropa und inwieweit werden diese realisiert? Welche Funktionen werden welchen Ländern zugeordnet?

2. Welche Auswirkungen hat die EU - Politik in betroffenen Ländern und welche Einschätzung dieser Politik gibt es dort ?

3. Inwieweit gibt es Gemeinsamkeiten bei der Einschätzung der EU ? Gibt es Ansatzpunkte für die Entwicklung einer gemeinsamen Gegenstrategie?«

ReferentInnen aus Polen bzw. Tschechien sind angefragt

Arbeitsgruppe 3

Wirtschaft und Soziales

Ökonomische und soziale Konsequenzen des EU-Integrationsprozesses

»Die Errichtung des "Europäischen Binnenmarktes" und die Maastrichter Beschlüsse, insbesondere zur Währungsunion, haben klar gemacht, daß wir uns mit den Auswirkungen der EU-Integration beschäftigen müssen, wenn wir die soziale und ökonomische Entwicklung weiter verstehen wollen. Die EU ist ein Ausdruck der Internationalisierung des Kapitals und koordiniert und steuert zunehmend nationale Wirtschaftspolitik: ein Ersatz, der nicht einmal mehr eine formale demokratische Kontrolle zuläßt. Somit werden soziale Kämpfe im nationalen Rahmen zunehmend untergraben und zum Scheitern verurteilt. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Soziales wird deshalb die Auswirkungen der EU-Integration untersuchen.«

Referent: Kurt Hübner, FU Berlin

Arbeitsgruppe 4

Kontinuität des Kolonialismus?

Die EU und die Länder »des Südens«

»Angeblich hat Afrika seine Misere selbst verschuldet. Es gibt kein Anerkenntnis, z.B. in Form einer bedingungslosen und vollständigen Schuldenstreichung, daß der europäische Kolonialismus mitverantwortlich ist für die gegenwärtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise Afrikas.«
Werena Rosenke

ReferentInnen: Anti-EG-Gruppe Köln (angefragt)

VORMERKEN

Arbeitsgruppe 5

Quo vadis Europa?

Das gemeinsame Haus - ob links oder rechts?

»Wer sind die Wortgeber bei der Entwicklung des Europäischen Formierungsprozesses? Auf der einen Seite wollen wir die "neu"-rechten Europakonzepte vorstellen und diese reflektieren anhand aktueller Entwicklungen, wie beispielsweise das Kernstaaten-Modell der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wo und wie ist eine Abgrenzung zu rechten Europakonzepten zu suchen? Denn ob REP, CDU/CSU, SPD/Grüne und PDS: alle wollen Europa!

Wie steht es mit der inneren Verfassung dieser EU? Wer entscheidet was? Das europäische Parlament auf jeden Fall nichts! Werden mit TREVI, Schengen, Interpol etc. die ersten Schritte auf den Weg in eine präventive Diktatur getan?

Anhand dieser Fragen wollen wir zu einer Einschätzung gelangen über das Verhältnis von nationalistischer Mobilisierung gegen die EU auf der einen Seite und dem kompromißlosen Durchmarsch des EU-Projektes von Seiten der staatstragenden Parteien auf der anderen Seite. Sind dies unüberwindbare Gegensätze oder besteht eine sich ergänzende Arbeitsteilung? Läßt sich über die EU der deutsche Nationalismus bändigen? Wir wollen exemplarisch einige Positionen aus anderen Ländern zur Einschätzung der EU einbringen und dabei auch, wenn möglich, die Standpunkte und Aktionen der europäischen Linken zu bzw. gegen dieses Europa thematisieren.«

Mitwirkende: ReferentIn zur Neuen Rechten; verschiedene Leute werden ihre Positionen vertreten

Programm

Samstag, 5.11.94

10.00 Uhr Begrüßung, Vorstellung der AGs
10.30 Uhr Arbeitsgruppen
13.00 Uhr Mittagessen
14.00 Uhr Fortsetzung der AGs
19.00 Uhr Abendessen

Sonntag, 6.11.94

10.30 Uhr Kurzberichte aus den AGs
11.30 Uhr Diskussion in Kleingruppen: Ansatzpunkte für eine linke Widerstandsbewegung gegen die EU?

Veranstaltungsort:

Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
Aufgang III: SFE (2. Hof)
10961 Berlin
U-Bahn Linien 6,7 Mehringdamm

Anmeldung: (bitte schriftlich)

EU-Seminar-Vorbereitungsgruppe
c/o BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V.
Winsstr. 53
10405 Berlin
Tel. & Fax (030) 442 61 74

[redacted]

bei Anmeldung bitte angeben, ob Schlafplatz nötig ist und/oder Kinderbetreuung erwünscht wird

Fahrtkosten können höchstwahrscheinlich zum Großteil erstattet werden

VORMERKEN

Seminar

Greifen wir nach den Sternen:

Widersetzen wir uns diesem Europa!



Zeit:
Samstag, 5.11.94 - Sonntag, 6.11.94

Ort:
Berlin, Mehringhof
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Veranstalter:
EU-Seminar-Vorbereitungsgruppe
c/o BAOBAB - Infoladen Eine Welt
Winsstraße 53, 10405 Berlin

aus geschlossenen Orten

Sondernummer 9.10.94

Kontaktadresse: Infoladen "le sabot", Murbacherstr.51, CH-4056 Basel

INHALT

Flaschenpost

Déjà vu: am 22. September konnte man in den Morgennachrichten des Tessiner Radios vernehmen, dass Giorgio Bellini unter Verdacht der Teilnahme am Anschlag gegen den TGV Paris-Toulouse, bei dem 1982 fünf Menschen ums Leben kamen, verhaftet wurde. Ich habe beschlossen alle diejenigen die diese falsche Nachricht verbreitet haben, von der im noch so abenteuerlichen Haftbefehl gegen mich keine Rede ist, einzuklagen. Ich stehe für die volle Pressfreiheit ein, der Verleumdungsfreiheit gegen meine politische Identität sind jedoch klare Schranken zu setzten.

In Bezug zum Verfahren, habe ich einzig die Anklagen zurückgewiesen. Ich habe die Untersuchungsbehörden gebeten, mir die Gründe für diesen Haftbefehl zu erläutern, nachdem man mir bereits vor über einem Monat ein Gespräch vorgeschlagen hatte um, so wie ich wohl annehmen darf, die Angelegenheit anderweitig zu regeln. Meinem berechtigten Verlangen wurde jedoch nicht stattgegeben. Stattdessen hat man sich damit begnügt, mir Fotokopien von Stasi-Fichen mit meinem Namen zu zeigen. Auf Grund dieser Dokumente kann ich eine Manipulation nicht ausschliessen. Dabei möchte ich festhalten, dass ich dafür nicht die Bundesanwaltschaft verantwortlich machen möchte, die ich aber verdächtige, leichtfertig oder aus Vorurteil gehandelt zu haben. Da ich meine Haftnahme als ungerechtfertigt erachte, werde ich mich von einer Teilnahme an der Untersuchung enthalten. Ich weiss um die Umstände die meinen Namen in die Stasi-Archive gebracht haben und weiss auch dass dies nicht auf Grund von strafbaren Handlungen meinerseits erfolgt ist. Ich verpflichte mich, dafür im Laufe eines allfälligen Prozesses oder bei meiner Freilassung eine öffentliche Erklärung abzugeben.

P.S.
Déjà vu: in seinen perfiden Andeutungen suggeriert die Verlautbarung der Bundesanwaltschaft vom 26 September eine mögliche Mittäterschaft in Straftaten die mir bisher gar nicht vorgehalten wurden. Ich erachte mich deshalb berechtigt, diese als böswillig und tendenziös zu bezeichnen.

Giorgio Bellini, Genfergasse 22, 3011 Bern.

(HOFFENTLICH) SCHON ERLEDIGT

Communiqué

Seit dem 16. September sind zwei unserer Freundinnen in Genf inhaftiert. Zwei andere Personen, langjährige Aktivistinnen der Tessiner Bewegung, sitzen im Berner Untersuchungsgefängnis. Die Verhaftungen erfolgten auf Anordnung der Bundesanwaltschaft. Während zehn Tagen kursierte in den Schweizer Medien und in der internationalen Presse das Gerücht, unsere Freundinnen seien angeklagt, sich 1982 an einem Anschlag auf den Atomreaktor in Creys-Malville beteiligt zu haben. Am 26. September "enthüllte" die Bundesanwaltschaft allerdings, dass für den Anschlag die strafrechtliche Verjährung eingetreten sei. Dafür wurde eine andere, viel schwerwiegendere Anklage lanciert: Mord und wiederholter Mordversuch. Aufgrund von alten Stasi-Akten werden die vier Verhafteten verdächtigt, der Gruppe um "Carlos" angehört zu haben.
Doch was taugen diese Akten? Wer beweist uns, dass sie nicht gelöscht oder manipuliert wurden? Wer will an die Vertrauenswürdigkeit von "Informationen" aus solchen Akten glauben, wo doch der schweizerische Fichenskandal aufgezeigt hat, dass sogar in einem sogenannten Rechtsstaat über unbescholtene BürgerInnen Informationen zusammengetragen werden, die völlig aus der Luft gegriffen sind.

Wer sind nun die beiden Genferinnen, die von der Bundespolizei gekidnappt worden sind? Wir haben uns entschieden, ihre Namen nicht öffentlich zu nennen, um den Problemen, die sie durch ihre Verhaftung bekommen haben, nicht noch weitere hinzuzufügen.

Sie, die Frau, hat sich seit Jahren beruflich und persönlich auf vielfältige Weise im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit engagiert. Sie hat sich mit zahlreichen Aktivitäten und Initiativen für die Verbesserung der Situation der Frauen eingesetzt. Alle Ausdrucksformen ihres Handelns sind von einer humanistischen Haltung geprägt.

Er, engagierter Atomgegner, hat an allen Kampagnen für den Schutz der Umwelt teilgenommen. Er hat all seine Energie dafür verwendet, Pazifismus und Antirassismus zu fördern. Er hat sich an jedem neuen Freiraum beteiligt, der in Genf geschaffen wurde.

Weder sie noch er haben es nötig, sich im Dunkeln zu bewegen (- und sei es das Dunkel des Knastes -), um ihre Ideen zu leben und zu verteidigen.

Nach allem, was wir von unseren Freundinnen wissen, die sich immer offen für ihre Ideale eingesetzt haben, sind wir überzeugt, dass sie nichts mit den Attentaten zu tun haben, die ihnen angelastet werden. Wir fordern ihre sofortige Freilassung. Sie werden sich selber gegen die Ungeheuerlichkeit der Anklage verteidigen können. Jetzt sind sie den inquisitorischen Regeln der Bundes-Strafverfahren ausgesetzt: eine zeitlich unbeschränkte Phase der Strafuntersuchung, ohne dass ein Anwalt oder eine Anwältin bei den Verhören zugegen sein kann. Diese Situation, die nun schon seit über zwei Wochen andauert, ist umso unhaltbarer, als es keinen einzigen konkreten Hinweis gibt, der die beiden belasten würde - die Bundesanwaltschaft hat dies bestätigt. Unter diesen Umständen kann ihre Festnahme und die weitere Inhaftierung nur als Druckmittel und Einschüchterungsversuch gesehen werden.

Wir fordern alle ihre Freundinnen und alle sympathisierenden Organisationen auf, sich an unserer Kampagne für die sofortige Freilassung unserer beiden Freundinnen und der beiden Tessiner Aktivistinnen zu beteiligen.

FÜR DEN FALL, DASS SIE BIS DANN NOCH NICHT FREI SIND, RUFEN WIR ZU EINER DEMONSTRATION AUF, AM 8. OKTOBER, 14UHR, FUSSGÄNGERZONE MONT BLANC IN GENF.

Assemblée du 29 septembre 1994, Genève

Im 'Assemblée du 29 septembre' haben sich mehrere Dutzend Personen versammelt, die aus folgenden Gruppen und Zusammenhängen kommen: Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, BesetzerInnenbewegung, Ökobewegung, Friedensbewegung, Bewegung für internationale, anti-imperialistische Solidarität, Gewerkschaften, Menschenrechtsbewegung, Antirassismusbewegung, ArbeitskollegInnen, nahe Freundinnen und Kinder der Inhaftierten.

Am 8.Oktober demonstrierten in Genf 500 Frauen und Männer für die sofortige Freilassung von Berthe, Olivier, Giorgio und Marina.

(HOFFENTLICH) SCHON ERLEDIGT

Zu den Verhaftungen von Berthe und Olivier de Marcellus, Giorgio Bellini und Marina Berta

Del Pontes mysteriöser Coup

r nunmehr gut zehn Tagen liess Bundesanwältin rla del Ponte auf Geheiss Frankreichs in Genf d Locarno vier Personen aus der linken Szene rhaften, denen Kontakte zum seit August in ris einsitzenden «Superterroristen» Carlos vorworfen werden. Die Hintergründe der gezielten stnahmen sind mysteriös.

n Sabine Haupt und Fred Lauener

ıfang Juni kehrte der Pariser Untersuchungshter Jean-Louis Bruguière mit einem Bündel :okopierter Akten aus den ausgeweideten ·chiven der früheren Sicherheitsdienste in Ostropa nach Frankreich zurück. Das Material ıss brisant gewesen sein. Denn schon am siebı desselben Monats erliess Bruguière einen ıftbefehl gegen den Venezolaner Ramirez :h Sànchez alias Carlos. Mitte August bereits ·nnte sein Vorgesetzter, Innenminister Charles squa, verkünden: «Wir haben ihn!» Im Sudan ıg Carlos, «der Schakal», den Häschern ins :tz. Was Geheimdienste der halben Welt in ıfzehn Jahren nicht schafften, gelang den anzosen nun in nur zwei Monaten und scheinr mühelos.

Diese Vorgänge hätten Berthe und Olivier de arcellus aus Genf sowie Giorgio Bellini und arina Berta aus dem Tessin eigentlich warnen ıssen – so sie tatsächlich mit Carlos in Verbin-.ng gestanden hatten, wie Bundesanwältin ırla del Ponte «dringend vermutet». Die Verftung der vier vor gut zehn Tagen verlief aber ıe Komplikationen, die Betroffenen hatten fensichtlich nicht damit gerechnet. Dabei zirlierten ihre Namen schon seit geraumer Zeit fentlich im Zusammenhang mit Anschlägen. : von den Antiterrorbehörden der Gruppe um ırlos zugeordnet werden. Die Anschuldigunn sind seit Mai 1992 sogar im Buchhandel erltlich. «Carlos à l'abri du rideau de fer» heisst s Buch des ungarischen Journalisten Laszlo Liszkai, in welchem ungarische Geheimdienstprotokolle über Carlos' Aufenthalt im Ungarn der späten siebziger und frühen achtziger Jahre publikumsgerecht aufbereitet sind. Das Buch enthält unter anderem eine Liste von rund zwanzig Pseudonymen und Beschreibungen von Personen aus dem angeblichen Umfeld von Carlos. Darunter jene von Thérèse, Philippe, Sally und Roberto. Diese Decknamen werden den vier nun in der Schweiz verhafteten Linken zugeordnet. Zweifel an der Seriosität der zitierten Akten äusserte im August allerdings die Budapester Polizei. In einem Gespräch mit dem deutschen Magazin «Der Spiegel» bezeichnete ein offizieller Sprecher die Dokumente als schlicht «nicht gerichtsverwertbar».

Del Ponte sieht das anders. In einem Communiqué wird den Festgenommenen die Beteiligung an vier Aktionen vorgeworfen: am Sprengstoffanschlag im Zug Paris–Toulouse vom 29. März 1982; am Mord am französischen Botschafter Cavallo und dessen Ehefrau vom 15. April 1982 in Beirut; am Bombenanschlag gegen die französische Botschaft und auf das Air-France-Büro in Wien vom 19. April 1982 und am Sprengstoffanschlag gegen Mitglieder der saudiarabischen Botschaft vom 13. April 1983 in Athen.

Schlag gegen die Malville-Opposition

Die Hintergründe bleiben, zumindest vorläufig, diffus und mysteriös. Einen Zweck haben sie allerdings bereits erfüllt. Mit der Festnahme von Olivier de Marcellus in Genf hat Carla del Ponte Frankreich zu einem wichtigen Punkt in den Auseinandersetzungen um den schnellen Brüter von Creys-Malville verholfen. De Marcellus gilt in ganz Europa als einer der kompetentesten Exponenten des Widerstandes gegen den «Superphénix». Seine Verhaftung kam zu einem Zeitpunkt, als der Kampf gegen den soeben wieder in Betrieb genommenen Reaktor vor den Toren Genfs in eine für Frankreich ungemütliche Phase trat: Die AtomgegnerInnen hatten erreicht, dass die Städte Genf, Lausanne, La Chaux-de-Fonds sowie etwa fünf weitere welsche Gemeinden offiziell beim obersten französischen Gerichtshof auf sofortige Stillegung des Meilers klagten. «Die Verhaftung von Olivier ist ein Schlag gegen die ganze Bewegung», tönt es entsprechend aus Genf. Wieweit die Festnahme de Marcellus' die Glaubwürdigkeit der AtomgegnerInnen zu untergraben vermochte, weiss bei Contratom derzeit noch niemand abzuschätzen. Vorderhand will ein «Freundeskreis» für Solidarität mit den Gefangenen und gegen die Verunglimpfungen der Bewegung eintreten.

Konsternation im Tessin

Im Gegensatz zu Genf ist im Tessin, wo Marina Berta und Giorgio Bellini festgenommen wurden, eine linke Struktur ausserhalb der SP kaum vorhanden. So meldete sich hier einzig das anarchistische schwarze Kreuz, die «Croce nera anarchistica», zu Wort. Croce nera ist ein loser Zusammenhang von autonomen Linken, die seit dem Prozess gegen Petra Krause 1976 als Solidaritätsgruppe für politische Gefangene auftritt. Einer der Exponenten ist Peter Schrembs. «Wir sind alle konsterniert», sagte er gegenüber der WoZ. Doch allzu erstaunt ist er nicht. Er kann sich gut vorstellen, dass die Verhaftungsaktion auch eine gezielte Machtdemonstration ist: «In einer Zeit der Krisen besteht für den Staat immer die Gefahr, dass militante Bewegungen entstehen können.» Mit wirksamer Solidarität aus dem Tessin für Marina Berta und Giorgio Bellini rechnet Schrembs nicht. «Einen funktionierenden linken Zusammenhang gibt es hier längst nicht mehr, und es ist auch keiner in Sicht.»

WoZ 30-9-94

Was steckt hinter der Verhaftung von linken AktivistInnen?

Carlos' Schatten auf den Beamtenpulten

e Bundesanwaltschaft gibt sich zu :n Hintergründen der Verhaftung ın vier linken Schweizer Aktivistnen weiterhin bedeckt. Doch es gibt dizien, dass es sich bei dieser ᴄtion um eine peinliche Staats:hutzpanne handelt.

ın Fred Lauener

usser dem bisher einzigen Communiqué der Bundesanwaltschaft ın letzter Woche zu den Verhaftun-·n von Olivier und Berthe de Marllus in Genf sowie Marina Berta ıd Giorgio Bellini in Locarno herrscht an der Berner Taubenstrasse Funkstille. Weder sind bislang Einzelheiten zu den schweren Vorwürfen an die Adresse der Verhafteten zu erhalten, noch wurde bisher den Anwälten der vier vollständige Akteneinsicht gewährt. Geklärt ist allerdings, dass die beiden de Marcellus' entgegen anderslautenden Berichten nicht in Bern, sondern in Genf festgehalten werden. Den Gefangenen sind Kontakte zu den Angehörigen gestattet; sie seien soweit wohlauf, heisst es. Insbesondere Giorgio Bellini soll sich «zuversichtlich» geäussert haben, was seine baldige Freilassung angeht.

Ominöse Liste

Die Affäre zieht mittlerweile immer weitere Kreise. In Genf wurde nach den Verhaftungen die rechtskonservative Erziehungsdirektorin Martine Brunschwig-Graf aktiv und liess per sofort die Lohnzahlungen für Olivier de Marcellus sperren, was einer Vorverurteilung gleichkommt. Der Psychologe de Marcellus arbeitete bis zu seiner Verhaftung für die Republik Genf. Der VPOD will sich nun gegen diese Massnahme wehren, und der Präsident der Antiatomgruppe Contratom, Pierre Vanek, will in seiner Eigenschaft als Grossrat der Grünen in gleicher Sache intervenieren.

Die Festnahmen sollen angeblich aufgrund belastender Geheimdienstunterlagen aus den ehemaligen sozialistischen Staaten in Osteuropa erfolgt sein. Immer wieder ist in diesem Zusammenhang von einer ungarischen Liste die Rede, auf der neben den vier Verhafteten von einer Reihe weiterer SchweizerInnen die Rede sein soll. Sie alle sollen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre Kontakte zum in Paris einsitzenden «Superterroristen» Carlos unterhalten haben. Einer dieser Verdächtigen, ebenfalls Tessiner, verglich diese Angelegenheit im Gespräch mit der WoZ mit der Fichenaffäre: «Hans kennt Max und Max kennt Heidi. Heidi wiederum kennt Franz und der den Heinz. Also muss Heinz mit Hans unter einer Decke stecken. – Das scheint die fatale Logik zu sein.» Er habe eigentlich keine Angst, demnächst ebenfalls festgenommen zu werden, verunsichert sei er aber schon, sagte er weiter.

Staatsschutzpanne?

Weggefährtinnen und -gefährten der beiden de Marcellus', von Berta und Bellini tun sich schwer mit einer zuverlässigen Beurteilung der Vorgänge. Dass die Aktionen in Genf und Locarno Teil einer zeitlich günstig inszenierten Revanche des rechten Establishments an der zurzeit defensiven linken Bewegung seien, bleibt eine Spekulation, ebenso die Einschätzung, wonach es sich bei der Affäre um eine Staatsschutzpanne handeln könnte. Dennoch scheint die zweite Variante nicht ganz unrealistisch. Rekonstruieren liessen sich die Ereignisse in diesem Fall etwa so:

Im Laufe der Pariser Ermittlungen gegen Carlos stossen die FahnderInnen in den Akten auf die zitierten SchweizerInnen. Es werden Kopien angefertigt und an die Schweizer Behörden übersandt, internationale Staatschutzroutine, mehr nicht. Die Bundespolizei zieht indes unter dem Eindruck der Bedeutung des Falles Carlos ihre Schlüsse und handelt umgehend; so wie sie es sich von damals gewohnt war, als die Linke noch als Staatsbedrohung Nummer eins galt, schnell oder eben vorschnell. Dass Bern nun mit den Fakten wie nur möglich hinter dem Berg hält, kann ein Indiz dafür sein, dass Bundesanwältin Carla del Ponte die Sache nicht besonders angenehm ist. Nur, zurück kann sie, ohne einen Gesichtsverlust zu riskieren, auch schlecht.

Dass sich die Affäre auf Polizeiebene bewegt und zumindest zu Beginn der Hatz auf die vier Schweizer Linken wenig mit politischem Kalkül zu tun hatte, kann sich auch der Genfer Anwalt Jean-Pierre Garbade vorstellen, der selber jedoch keine der verhafteten Personen vertritt. Und Ferruccio D'Ambrogio, ein Freund von Giorgio Bellini seit Kindeszeiten, weist auf die praktische Null-Berichterstattung in der deutschen Schweiz über die Verhaftungen hin: «Wenn Carla del Ponte die Leute jetzt einfach so freilassen würde, müsste sie in der Presse wohl mehr Fragen beantworten, als sie dies nach den Festnahmen tun musste.»

WoZ 7-10-94

Verhaftungen im Tessin und in Genf

Schuld konstruieren

Zwei Organisationen verfassten Erklärungen zur Verhaftung ihrer GenossInnen: Die Tessiner Croce Nera Anarchica zu Giorgio Bellini und Marina Berta und das Genfer Anti-AKW-Komitee Contratom zu Olivier de Marcellus.

Die Croce Nera Anarchica, eine Organisation, die sich seit 1976 (Fall Petra Krause) für die Opfer der Staatsrepression im Tessin einsetzt, verurteilt die systematische Verfolgung Giorgio Bellinis und Marina Bertas durch die Staatsanwaltschaft. Bellini wurde bereits 1975 in Zürich verhaftet, ohne dass die Untersuchung etwas gegen ihn ergeben hätte. 1978 war er im Zusammenhang mit der Untersuchung Mantovani von der ägyptischen Regierung ohne jede Grundlage zur Verhaftung ausgeschrieben. 1981 sass er neun Monate illegal in Deutschland im Gefängnis, weil er in Italien aus politischen Gründen gesucht war, dann wurde er mit vielen Entschuldigungen freigelassen und jetzt erneut verhaftet. Dokumente der politischen Polizei der Ex-DDR sollen ihn angeblich belasten. Ausgerechnet Dokumente, die während Jahrzehnten vom westlichen Bürgertum als infamer Spiegel der Ostdiktaturen galten und heute plötzlich zur sicheren Beweisquelle werden, um Leute ins Gefängnis zu bringen.

Wir fragen uns, ob diese Verfolgungsmanie gegen Bellini nicht damit zu tun hat, was der Zürcher «Tages-Anzeiger» schon seinerzeit feststellte: «Bellinis juristische Unbill haben nur einen sicheren Grund: Es handelt sich bei ihm um einen unbequemen Staatsbürger.» Dermassen unbequem, dass sein politisches Engagement als Anarchist, seine Imperialismuskritik, seine kulturelle Tätigkeit als Journalist und Herausgeber manchen weiterhin auf die Nerven gaben. Wir befürchten, dass sich jetzt das Drehbuch von Konstruktionen und Spekulationen wiederholt, das mehr als eine Untersuchung gegen mutmassliche politische Verbrechen charakterisierte. Wir befürchten, dass man manipulierte Quellen benützt, um ein Theorem der Schuld zu konstruieren, das keine Handhabe zum Gegenbeweis bietet und so die Gefangenen in einer absurden Rollenumkehr dazu zwingt, die eigene Unschuld zu beweisen. Und dass das Fichengespenst zurückkehrt mit willkürlich konstruierten Zusammenhängen, mit «Gesinnungstätern» und phantastischen Vermutungen. Wir fordern die Aufhebung der Haftbefehle und dass die Rechte des Individuums wieder so gewahrt werden, wie es eigentlich das Gesetz vorschreibt.

Croce Nera Anarchica Ticino, Minusio

Staatsterrorismus

Aus der Presse haben wir erfahren, dass unser Freund verhaftet wurde, auf der Basis von «Dokumenten», die von Geheimdiensten aus dem ehemaligen Ostblock stammen. Wir finden es erstaunlich, dass man sich auf derartig zweifelhafte Quellen stützt. Die Fichenaffäre in der Schweiz hat allen gezeigt, wie wenig Vertrauen derartigen Quellen entgegenzubringen ist. Im übrigen kann eine Manipulation von Diensten nicht ausgeschlossen werden, die ein Interesse haben, den Kampf gegen Creys-Malville zu diskreditieren.

Wenn es im Zusammenhang von Creys-Malville und der französischen Nuklearwirtschaft darum geht, eine Beziehung zum «Terrorismus» herzustellen, so müssen gewisse Tatsachen in Erinnnerung gerufen werden, die unzweifelhaft feststehen.

– Es hat sicher ein Opfer des Terrorismus in Creys-Malville gegeben: es heisst Vital Michelon und ist das Opfer der CRS bei ihrem brutalen Vorgehen anlässlich einer Demonstration gegen den Superphénix 1977.

– Es wurde sicher eine Bombe in Creys-Malville gelegt. Es handelt sich um eine Atombombe namens Superphénix. Sie bedroht eine ganze Region und eine unzählbare Menge von Menschenleben. Diese Bombe wurde gebaut, in Dienst gestellt und betrieben durch das französische Nuklear-Establishment.

– Der französische Geheimdienst seinerseits hat keine Skrupel bei der Verwendung von terroristischen Methoden gehabt. In der Affäre um die «Rainbow Warrior» liess er einen Toten zurück. Der Verantwortliche dieses Verbrechens wurde inzwischen nach Frankreich zurückgeholt und vom französischen Staat mit einem Orden ausgezeichnet.

Unsere Organisation wird alles unternehmen, damit unser Freund so schnell wie möglich wieder in unsere Reihen zurückkehren und mit seiner Wärme, seiner Intelligenz und seiner Kreativität wieder an unserer Arbeit im Interesse einer ganzen Region teilnehmen kann.

Contratom, Genf

(HOFFENTLICH) SCHON ERLEDIGT

«Carlos»-Affäre gerät zur Affäre Bundesanwaltschaft

Haft mangels Beweisen

WoZ 21.10.94

Die Affäre um die vier vor einem Monat in Genf und Locarno verhafteten angeblichen «Carlos»-Komplizen entwickelt sich zusehends zu einer Affäre um die Bundesanwaltschaft. Trotz massiver öffentlich geäusserter Vorwürfe legte Bundesanwältin Carla Del Ponte bisher keinen einzigen konkreten Beweis vor, der die Verhaftungen rechtfertigen würde. Nun entscheidet das Bundesgericht über die provisorische Freilassung der Gefangenen. Und in der ganzen Schweiz mehren sich die Solidaritätskundgebungen für die Inhaftierten.

Von Fred Lauener

Wegen mehrfachen vollendeten und versuchten Mordes werde gegen sie ermittelt, steht im bisher einzigen offiziellen Communiqué der Bundesanwaltschaft. Es würden ihnen selber keine strafbaren Handlungen vorgeworfen, heisst es hingegen in den Akten, die die AnwältInnen von Berthe und Olivier de Marcellus, Marina Berta und Giorgio Bellini bisher zu Gesicht bekamen. Diese Akten bestehen lediglich aus Rechtshilfegesuchen aus Deutschland: Bittstellungen an die Schweiz, die vier Personen, gegen die keinerlei Ermittlungen anhängig seien, als ZeugInnen einzuvernehmen. Dennoch werden die vier weiter in Haft gehalten, und obgleich allem Anschein nach auch die «Zeugeneinvernahmen» mehr oder weniger abgeschlossen sind. Giorgio Bellini beispielsweise wurde (Stand bei Redaktionsschluss) am Dienstag vor zehn Tagen letztmals verhört. Bellini selbst äusserte sich gegenüber Angehörigen weitgehend zuversichtlich: er glaubt nicht, dass es überhaupt zu einem Prozess kommt. Mit seiner Freilassung rechnet er «bis spätestens Weihnachten».

Vielleicht öffnen sich die Zellentüren auch schon früher. Die Rekurse gegen die von Carla Del Ponte abschlägig entschiedenen Haftentlassungsgesuche für Berthe und Olivier de Marcellus liegen derzeit bei der Anklagekammer des Bundesgerichtes. «Der Entscheid wird täglich erwartet», heisst es von seiten der Verteidigung. Für Giorgio Bellini und Marina Berta liegen ebenfalls Haftentlassungsgesuche vor. Sollten diese von Carla Del Ponte ebenfalls abgelehnt werden, müsste das Bundesgericht ein zweites Mal bemüht werden. Die Anwältin und der Anwalt der beiden im Tessin verhafteten Linken rechnen in den nächsten zwei bis drei Wochen mit einem Entscheid.

Bei der Bundesanwaltschaft hält man sich weiter bedeckt. Pressesprecher Peter Lehmann will «von diesem Dossier keine Kenntnis» haben und bittet um Verständnis, dass in heiklen Verfahren nicht über jeden Schritt informiert werden kann. Doch auch auf grundsätzliche Fragen sind keine Antworten zu erhalten. So wundert doch, dass es – so die offiziellen Verlautbarung – im Rahmen der grossangelegten Ermittlungen gegen die Carlos-Gruppe nur in der Schweiz zu Festnahmen kam. Es wundert auch, dass der offenbar allgewaltige Carlos – wie ebenfalls offiziell verlautbart – für Attentate in Beirut und Athen ausgerechnet auf «Komplizen» im fernen Tessin zurückgreifen musste. Es stellt sich in der Tat die Frage, ob Carla Del Ponte einer Räubergeschichte aufgesessen respektive unter dem Eindruck der unberechenbaren Stasi-Akten in eine eigentliche Fichenfalle getappt ist und nun schwer wieder herausfindet. Oder wieweit es sich bei den undurchsichtigen Vorgängen um einen Teil der machtpolitisch motivierten «Aufräumarbeiten» nach dem Niedergang des sozialistischen Ostens handelt. Um eine Revanche an den linken Bewegungen der letzten zwei Jahrzehnte.

Die anfängliche Verwunderung und Verwirrung im persönlichen und politischen Umfeld von Marina Berta, Giorgio Bellini, Berthe und Olivier de Marcellus weicht zunehmend Empörung in immer breiteren Kreisen: Vor den Mauern des Lausanner Gefängnisses Bois-Mermet, wo Olivier de Marcellus seit seiner Verlegung aus Champs-Dollon bei Genf einsitzt, forderten am Dienstag vierzig Personen die sofortige Freilassung der Gefangenen. In Zürich werden zur Zeit verschiedenste Solidaritätsaktionen vorbereitet, darunter eine öffentliche Informationsveranstaltung sowie eine Grusskarten-Aktion zugunsten der Festgenommenen. In Bern soll die Affäre anlässlich der nationalen Kundgebung gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht kommenden Samstag thematisiert werden. Und in Lugano ist auf den 29. Oktober ein grosses Solidaritätsfest angekündigt. Das Hauptaugenmerk in den nächsten Tagen dürfte sich jedoch auf Basel richten. Dort ist für kommenden Montag ein Auftritt von Carla Del Ponte angesagt. An der Veranstaltung «Frauen gegen die Mafia» in der Kulturwerkstatt Kaserne gehört sie zu den Podiumsdiskussionsteilnehmerinnen. Die Veranstalterinnen rechnen damit, dass die Bundesanwältin mit unbequemen Fragen zum «aktuellen Fall» konfrontiert wird.



Aktion in den 80ern während der Tagesschau im Fernsehen zur Freilassung von Giorgio Bellini aus BRD-Haft

FREEDOM and SUNSHINE for Berthe, Olivier, Giorgio and Marina

ERLEDIGT?

Verhindert das Naziteffen in Innsbruck
Demo 22.Oktober in Innsbruck

Mein Bericht entstand am Nächsten Tag in den fruhen Morgenstunden auf dem Weg in die Heimat Ich möchte die Demo und das Danach aus meiner Sicht schildern und kann zumindest von den Orten wo ich war berichten

Die Demo war recht gut besucht, es waren laut Polizei 3-4000 DemonstrantInnen, wie wir wissen untertreibt die Polizei gerne und die Demoleitung schätzte auf mindestens 5000 Menschen. Das ist ziemlich viel, denn in Österreich haben wir regelmäßig Demos mit 3-500 Leuten, und da sind solche Demos schon mal wieder ermutigend. Die Demo war von vielen Bullen bewacht. Neben dem Schwarzen Block gingen zwei reihen Bullen, „normale" Bullen und WEGAs (WienerEinsatzGruppeAlarmabteilung) Da das österreichische Innenministerium große Krawalle befürchtete wurden in den Tagen vor der Demo aus ganz Österreich Gendarmen, spezielle Terrorbekämpfungs Bullen angekarrt Am Samstag waren es dann über 1000 Schweine in der kleinen 130.000 Einwohner Stadt, für diese eine so große Anzahl von Bullen schon den Ausnahmezustand(!!) bedeutet.

Die Demo verlief dennoch friedlich Sie war zwar nicht sehr lautstark, aber die Medien hatten im Vorfeld schon so viel über die Demo berichtet, daß jedeR InnsbruckerIN darüber wußte. Die Redebeitäge konnte man leider nicht gut verstehen weil die Demo so lang und die Megas so schwach waren. Die zwei Demobusse(einer am Anfang, einer in der Mitte) konnten dennoch mit Hilfe von Musik ein bißchen Stimmung verbreiten.

Nach der Demo gab es dann Redebeiträge, Tanzvorführungen und Bands am Landhausplatz. Es wurden schon deutlich weniger Leute und auch schon ein par weniger Bullen. Für 19.00 Uhr war dann noch eine Kundgebung vor dem Kongreßzentrum geplant, wo die Burschenschafter ihren Kommers abhielten. Vor dem Kongreßhaus wurde ein Käfig aus Tretgittern aufgestellt in den die DemonstrantInnen hinein sollten, wenn sie die Kundgebung abhalten wollten. Außerdem war der ganze Platz vor dem Kongreßhaus von der Innsbrucker Feuerwehr taghell ausgeleuchtet. Daraufhin beschloß die Demoleitung dort nicht hinzugehen, sondern anschließend im Jugendzentrum den Erfolg zu feiern.

Dies nahmen die DemonstrantInnen vorläufig hin und man bewegte sich zwischen Landhaus Platz und Juzi. In der zeit, in der die DemonstrantInnen vom Landl zum Juzi gingen war auch die Zeit in der die Burschenschafter zum Kongreßhaus gingen. Wir trafen hier und dar vereinzelte Burschenschafter, es gab höchstens Beschimpfungen und Drohungen von unserer Seite.

Im Juzi kam dann wie befürchtet das Riesen saufen. Gut bewacht, von zwei Bussen mit Bullen und ein par Gendarmen die, die Straße vorm Juzi absperrten, waren wir nun hier und wußten nicht was tun. Übers Fernsehen kam dann die Meldung, daß DemonstrantInnen vor dem Kongreßhaus sind. Daraufhin sprangen hunderte Leute auf und stürzten vors Juzi, um etwas zu Unternehmen. Es war nur nicht klar was, ein par Leute wollten zum Kongreßhaus, andere wieder wollten vor dem Bahnhof eine spontan Demo machen. Es wurde so lange gestritten was tun, bis die Straße von WEGAs mit Schildern, Helm Knüppel in der Hand Abgeriegelt wurde. Dann gab es lange Streitereien was tun weiter und irgendwie entschloß sich der Großteil aufs Saufen gegen 23.00 lagen schon vorm und im Juzi einige Alkleichen.

Wir spazierten dann noch durch die Stadt, und kamen locker vor das Kongreßhaus. Das einzige was beim Kongreßhaus war waren Schaulustige und Bullen. wir waren schwer verärgert, daß man mit den vielen Leuten, die in Österreich nur selten auf der Straße sind nichts gemacht wurde. Ich fuhr dann gegen ein Uhr früh mit dem Bus Richtung Heimat. Ich war enttäuscht, ich fuhr für eine „normale" Demo über 600 Kilometer. Es waren zwar mehr Leute als bei einigen Demos in Wien aber das liegt an uns selbst, weil wir nichts besseres auf die Füße stellen.

Ich hoffe ich habe ein bißchen die Stimmung und die Situation von der Demo und dem Danach übermittelt. Ich hab jetzt absolut keine Lust mehr dazu noch irgendwas zu sagen und verabschiede mich.

ein autonomer aus Wien

DEMONSTRATION

Seit 1991 werden fortlaufend Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen aus Plauen und Umgebung eingeleitet, Anklageschriften formuliert, Prozesse angestrengt und Urteile gesprochen.

Mitte November steht ein Prozeß gegen 15 AntifaschistInnen an. Grund hierfür war eine antifaschistische Aktion 1992, die sich gegen Faschisten aus Plauen gerichtet hat. In der strafrechtlichen Härte, wie gegen AntifaschistInnen vorgegangen wird, spiegelt sich der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck in der BRD wider.

Dieser und noch anstehende Prozesse in Plauen sind Ausdruck der allgemeinen Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes: Plauen ist nur ein Beispiel für die Strategie des Staates, die bundesweit durchgesetzt werden soll.

Das Urteil gegen Gunther aus Wiesbaden (zwei Jahre ohne Bewährung), die Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen nach § 129/129a (Werbung für, Unterstützung von, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) oder der laufende Prozeß gegen die 6 kurdischen, türkischen und deutschen AntifaschistInnen in Berlin (Kaindl-Prozeß) stehen ebenfalls beispielhaft für eine Justiz, die Antifas mit hohen Strafen belegt, Faschisten vergleichsweise milde aburteilt.

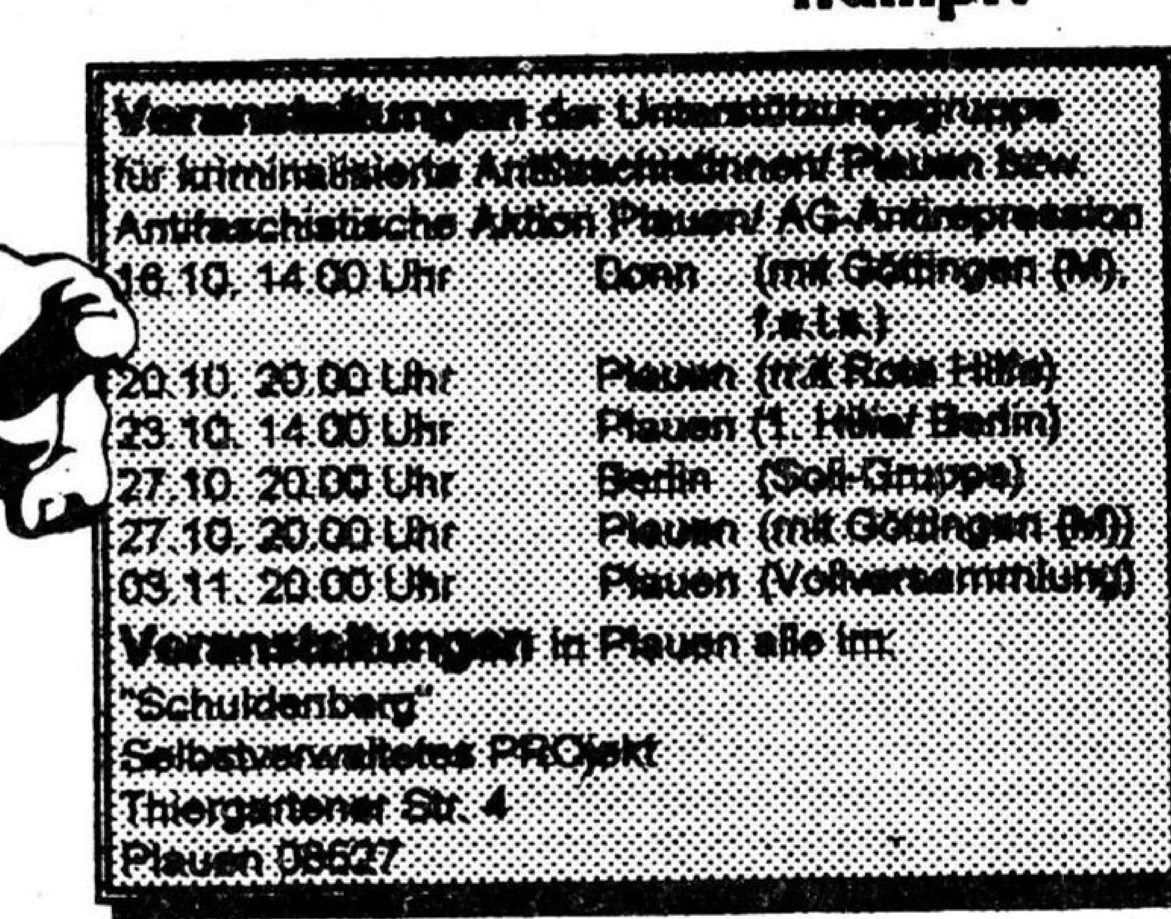
In immer kürzeren Abständen werden neue Gesetzesverschärfungen (Straf- oder Polizeigesetze) von den Regierenden verabschiedet. Als Vorwand dienten in vielen Fällen faschistische Übergriffe gegen z.B. AusländerInnen. Obwohl bestehende Gesetze gegen Faschisten nicht oder nur bedingt angewandt wurden, mußte dies zur Argumention herhalten.

Mit dieser Demonstration wollen wir deutlich machen, daß sich antifaschistischer Widerstand nicht nur gegen den Nazi-Terror sondern auch gegen den gesamtgesellschaftlichen "roll-back" richtet!

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes!

Antifa heißt Angriff - Schlagt zurück! Ergreift Partei- Wählt den Antifaschistischen Kampf!

Weder in Plauen, noch anderswo!



Veranstaltungen der Unterstützungsgruppe für kriminalisierte AntifaschistInnen/ Plauen bzw. Antifaschistische Aktion Plauen/ AG-Antirepression

16.10. 14.00 Uhr	Bonn	(mit Göttingen (M), f.e.l.s.)
20.10. 20.00 Uhr	Plauen	(mit Rote Hilfe)
23.10. 14.00 Uhr	Plauen	(1. Hilfe/ Berlin)
27.10. 20.00 Uhr	Berlin	(Soli-Gruppe)
27.10. 20.00 Uhr	Plauen	(mit Göttingen (M))
03.11. 20.00 Uhr	Plauen	(Vollversammlung)

Veranstaltungen in Plauen alle im:
"Schuldenberg"
Selbstverwaltetes PROjekt
Thiergartener Str. 4
Plauen 08527

BUNDESWEITE DEMONSTRATION

"KEINE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDES!"

Samstag, 5. November, 11.00 Uhr

Plauen, Rathaus-Neubau

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Kommt alle zahlreich zu den Verhandlungen !

Prozeßtermine:
17./18./22./23./24.11.1994
jeweils 9.00 Uhr im Amtsgericht Plauen

Veranstaltungen im Rahmen der Unterstützungskampagne für 15 verfolgte AntifaschistInnen in Plauen:

„Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes und Ausbau des Repressionsapparates - Das neue sächsische Polizeigesetz"

16.10.94 Bonn
gemeinsame Veranstaltung mit der Autonomen Antifa (M) Göttingen und der Gruppe f.e.l.s. aus Berlin

27.10.94 Berlin

28.10.94 Plauen
20.00 Uhr „Schuldenberg" mit GenossInnen der Autonomen Antifa (M) Göttingen

20.10.94 Plauen, 20.00 Uhr „Schuldenberg"
Gründungsversammlung der Roten Hilfe Plauen
Referat zum Thema: „Aussageverweigerung ist Solidarität - gesetzlicher Rahmen und ideologische Hintergründe", anschließend Film: „Untertanen - was hätten wir denn tun können ?" (ca. 50 Minuten)

Hallo wir brauchen (hoffentlich keine) Demo-Sanis !

Leute, die in den letzten Jahren auf Demos Verletzten Erste Hilfe geleistet haben, oder auch Leute die sich das zutraun, könntet ihr bitte mit Verbandszeug auf die 9.Novemberdemo in Moabit kommen? Im letzten Jahr gab es viele Verletzte, weil die Bullen die Demo extrem brutal angegriffen haben. Da waren leider keine/kaum Leute da, die angemessene Hilfe leisten konnten. Wir denken zwar, daß die Demo dieses Jahr nicht so leicht angreifbar ist (mehr und breitere Öffentlichkeit / einzige Demo in Berlin), aber es wäre schon gut, wenn ihr kämet.

Die von der AIM

Termine

Donnerstag 3.11.: 19.00 Uhr Veranstaltung der RAI mit GenossInnen aus Plauen im Kulturhaus. Herrfurthstr.3 12049 Berlin U-Bhf "Boddinstr."
19.30 Uhr Der Kampf der indigenen Völker in Guatemala im Gemeindesaal der Heilig-Kreuz-Gemeinde. Nostitzstr. 6/7 U-Bhf "Gneisenaustr."
Freitag 4.11.: 16.00 - 20.00 Uhr Seminar über den Kampf der Indigenen Völker in Guatemala mit den Referentinnen vom Vortag im LAI . Rüdesheimer str. 54 - 56. U-Bhf "Rüdesheimer Platz"
20.00 Uhr im KOB. Potsdamer Str. 157 Dok-Video über "Linke Opposition in Moskau - zwischen Stalinismus und Subkultur"; danach Konzert mit "Pogo" HC-Punk aus Moskau und "Scum" Punk aus Berlin
21.00 Soliparty in der Rigaerstr. 94 SF





3. Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin

Seminare und Einzelveranstaltungen
Oktober /November 94

Kurt Wafner - Alltagsgeschichten aus 50 Jahre anarchistischem Leben

Kurt Wafner als Jugendlicher in den 20er Jahren in der anarchistischen Gruppe Weißensee. Die große Zeit des Anarchismus in den 20er Jahren. Wo lagen da die Schwierigkeiten mit dem "deutschen"?
Später seine Zeit unter dem "deutschen" Faschismus. Was war hier Alltag. Die kleinen (Widerstands)Geschichten, die nirgends aufgezeichnet sind. Danach die Zeit in der DDR -Alltagsgeschichten mit dem "deutschen".

2.Seminarabend/Einzelveranstaltung

Referent: Kurt Wafner
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Donnerstag, den 3.11.94
Uhrzeit: 20.30 Uhr

Soziale Bewegungen in Osteuropa und ihre libertären Ausprägungen

Ein aktueller Reisebericht über die sozialen Bewegungen und den syndikalistischen gewerkschaftlichen Ansatz (mit Dias)

Referenten:
Thomas Beckmann / Will Firth
Ort: Umweltbibliothek
Freitag, den 04.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Mühsam medial

Vorstellung diverser Video- und Audiomedien, die über Mühsam berichten, informieren aus der Zeit von 1930 bis heute.

Seminar- und Einzelveranstaltung

Referent: Lorenz Hettich
Ort: Umweltbibliothek
Donnerstag, den 03.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Buchläden und Infoläden

In den letzten Jahren gab es ein größeres Sterben von linken Buchläden in Berlin. Neben den Hauptstadt-Bedingungen, wie teuere Mieten und Verdrängungen, liegen auch Ursachen im Bereich der linken-alternativen Szene. Es stellen sich verschiedene Buchläden und Infoläden vor, berichten über die Schwierigkeiten zu überleben.
Angefragt: Schwarze Risse, O21, AnrorA Bandito Rosso, Omega, A-Laden, Barbara.

Ort: EL Locco - Vortragsraum
Mittwochs, den 9.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Das Bier, die Liebe und die Anarchie

Jaroslav Hasek-
Der Erfinder des "braven Soldaten Schwejk"

Ebensowenig brav wie seine Romanfigur Schwejk ist dessen Autor. Hasek war in seinen jungen Jahre Anarchist, gab eine anarchistische Zeitschrift heraus und agitierte in den tschechischen Bergbaugebieten. Seine Versuche, eine bürgerliche Ehe zu führen und einen bürgerlichen Beruf als Redakteur einer Zeitschrift für Kleintierhalter auszuüben, scheiterten kläglich. Dem Eheleben zog er das Leben in den Prager Kneipen vor. Als Redakteur war er einfach zu kreativ. Er "erfand" einige Tiere und ernsthafte Leser verübelten ihm das. Dann gründete er eine Partei, die vehement die "Verstaatlichung der Hausmeister" forderte.
Während des 1. Weltkrieges desertierte er und wurde schließlich Polit-Kommisar in der Roten Armee. Die zweifelhaften Erfolge der Revolution trieben ihn nach Prag zurück. Hier schrieb er den "Schwejk" und soff sich zu Tode.

Einzelveranstaltung

Referent: Rolf Cantzen
Ort: El Locco SeminarRaum
Mittwoch, den 09.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

In diesem Seminar geht es darum, einige Mißverständnisse der letzten Diskussionen auszuräumen, besser über einige Grundideen von Ökonomie und Anarchismus zu informieren, kritische Betrachtungen anzustellen und neue Diskussionen darüber anzuregen.

1.Seminarabend

Konzeption des Anarchova-Individualismus
Kollektivismus bei Bakunin
Geldfreiheitstheorie
wirtschaftliche Folgen der Aufhebung von AnnahmeZwang und Zwangskurs des Geldes

Referent: Uwe Timm, Wolfgang Eckhard; Uwe Brodrecht
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Freitag, den 4.11.94
Uhrzeit: 20.30 Uhr

BAKUNIN REVISTED

Schmähschriften - Artikel- Broschuren - Kritiken ...
Orientierungshilfe im Dickicht der Bakunin-Literatur

»Der Name "Bakunin" ist ein nicht erlöschender, vielleicht auch ein noch gar nicht richtig entflammter Scheiterhaufen. Leidenschaftliche Streitigkeiten sind rund um dieses Feuer - mögen sie ebenso flammend und groß sein!« (Alexander Blok).
Michael Bakunin (1814-1876) - russischer Revolutionär, anarchistischer Theoretiker, Mitbegründer und Organisator des libertären Sozialismus - hat zu ebensoviel positiven wie negativen Darstellungen Anlaß gegeben. Eine neuerschienene Bakunin-Bibliographie (Literaturverzeichnis) versucht, alle bekannt-gewordenen Arbeiten aufzuführen und fördert dabei interessante Veröffentlichungen zutage.

Einzelveranstaltung

Referent: Wolfgang Eckhardt
Ort: Umweltbibliothek
Montag, den 07.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Kinder Bildung Freiheit

Ideen - Erfahrungen aus dem Bereich emanzipatorischer Pädagogik. Mit Kindern gleichberechtigt umgehen ist bis heute nicht gelöst. Alle Versuche dieser Richtung werden diffamiert (AnarchistInnen haben es besonders schwer). Grundsätzliche Überlegungen vom Umgehen Erwachsener mit Kindern. Aktuelle praktische Entwicklungen.

2 Abende

Referent: Eberhard Mutscheller
Ort: Umweltbibliothek
Donnerstag, den 10.11.94
Donnerstag, den 17.11.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Die Ignoranz der Deutschen

In den 70er Jahren kamen verschieden Frauen und Männer in die BRD. Meistens wichen sie der Gewalt in ihren Heimatländern aus. Punks, Autonome, AnarchistInnen, FeministInnen - alle haben sie irgendwo die gleiche Ursache als Vertreibung. Aus Chile und Argentinien wegen der alltäglichen Gewalt, aus Frankreich wegen dem Militärzwang, aus Polen wegen dem totalitären System.
Und hier in Deutschland -welche alltäglichen Geschichten des "deutschen" gibt es?
Verschiedene Menschen aus Chile, Argentinien, Polen, Tschechien, Frankreich berichten über die Schwierigkeiten mit dem deutschen

3.Seminarabend/Einzelveranstaltung

Referent: verschiedene
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Donnerstag, den 10.11.94
Uhrzeit: 20.30 Uhr

Der kurze Sommer der Anarchie

Durruti und der militante Kampf um ein Stück freies Leben für eine anarchistische Gesellschaft.

1.Videoabend/Einzelveranstaltung

Referent: Videoarchiv Colpe
Ort: EL Locco -VortragsRaum
Dienstag, den 8.11.94
Uhrzeit: 20. Uhr

Ausstellungsbesuch

Besuch der Ausstellung über das KZ-Oranienburg

Auf den Spuren Erich Mühsams:
Fahrt nach Oranienburg. Besuch des KZ Oranienburg, des Heimatmuseums und der Ausstellung über das KZ Oranienburg in Sachsenhausen.

Seminar- und Einzelveranstaltung

Treffpunkt: EL Locco
Sonntag, den 06.11.94
Uhrzeit: 11.00 Uhr

Strassenkinder organisieren sich

In den letzten Jahren nahm die Gewalt gegen Straßenkinder in Brasilien extreme Formen an, bis zu den weltweit bekannt gewordenen Morden an den Straßenkindern vor der Kathedrale in Rio de Janeiro. Da von Seiten des Staats und der Justiz keinerlei Unterstützung zu erwarten ist, haben sich überall in Brasilien betroffene Kinder und SozialarbeiterInnen zusammengeschlossen.
Die "Nationale Bewegung der Straßenkinder in Brasilien" hat sich zur Aufgabe gemacht, den Straßenkindern zu ihren Rechten zu verhelfen und Möglichkeiten zu geben, sich zu organisieren und in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.
An beiden Abenden werden auch Videos gezeigt über die Lebensstrategie und Organisierung der Straßenkinder

2 Abende

Straßenkinderkomitee im FDCL
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Dienstag, den 8.11.94
Dienstag, den 15.11.94

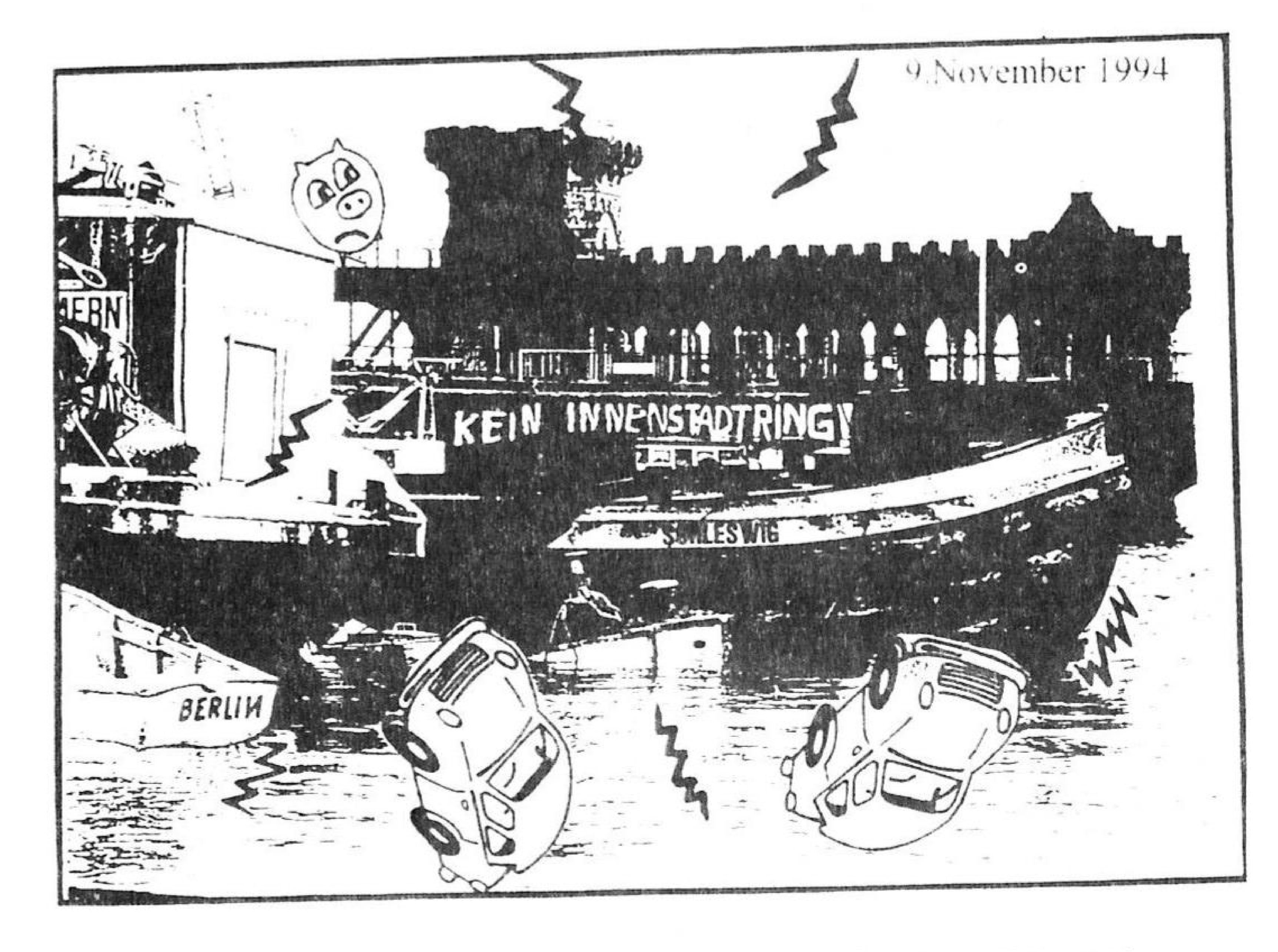
ZU ERLEDIGEN

Samstag 5.11.: 11.00 Uhr Bundesweite Demo in Plauen ab Rathaus-Neubau
12.00 Uhr Demo in Kiel für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller ab Asmus-Bremer- Platz
14.00 ist Treffpunkt am S-Bhf Babelsberg vor der Post zum ersten autonomen Drachenfest im Park Babelsberg; veranstaltet wird das ganze vom Infoladen potsdam und danach gibt's noch Kaffee und Kuchen in einer Drachenhöhle
15.00 Uhr Vortrag und Videofilm über den Widerstand gegen die Armee im Baskenland im Babylonia Cuvrystr. 20/23
21.00 Uhr Kiezdisko in der Rigaerstr. 83 in F'hain für die gefangenen und verfolgten Antifas
22.00 Uhr Soliparty im Babylonia Cuvrystr. 20/23 wegen der Oberbaumbrücke
Sonntag 6.11.: 14.00 Uhr Fahrraddemo ab Rotes Rathaus
14.00 Uhr Geburtstagsparty mit Fatma vor'm Knast Plötzensee mit Livemusik und Grußhotline - bitte Überraschungen mitbringen
15.00 Uhr Fußballspiel St.Pauli gegen Hertha BSC im Olympiastadion, davor gibt's um 13.00 Uhr eine3n Treffpunkt im Franziskaner, Dresdenerstr.
21.00 hr Videofilm "Wir können auch anders" von Detlef Buck im Clash, Uferstr. 13
Montag 7.11. 19.00 Uhr Veranstaltung des "Revolutionären Funken " zu Otto Rühle im Abendrot, Paul-Linke-Ufer Ecke Mariannenstr.
Dienstag 8.11. 19.30 Diskussion um Möglichkeiten der Hilfe für die menschen in Guatemala in der Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, U-Bhf "Herrmannplatz"
Mittwoch 9.11. ca. 10.30 wollen sie die Oberbaumbrücke eröffnen und wir dies verhindern
16.30 Uhr demo vom Kotti zur Oberbaumbrücke
17.00 Uhr 5. Antifa-Demo-Moabit ab U-Bhf "Turmstr." (Hertie)
19.30 Uhr Konzert des guatemaltekischen Liedermachers Cesar Davila im Gemeindesaal der Heilig-Kreuz-Gemeinde, Nostitzstr. 6/7 , U-Bhf "Gneisenaustr."
21.00 Musikvideo im Clash "Cyberpunk"
Donnerstag 10.11. Frauen-Lesben-Abend im Clash mit Video um 21.00 Uhr "Die Stille um Christine M."

Wir feiern trotzdem!

Party

gegen die Eröffnung der Oberbaumbrücke



Sonnabend, 5. November 94 ab 21.00 Uhr
(ab 22.00 Uhr Eintritt)

Babylonia, Cuvrystr. 23 (HH 1. Stock), 10997 Berlin

Oberbaumbrücke

bleibt Stadtringlücke, wahrscheinlich nur noch bis 9. November

Der Berliner Senat plant an diesem Tag die feierliche Öffnung der Brücke für den motorisierten Individualverkehr (MIV - besser Mief). Seit Jahren tobt auf den unterschiedlichsten Ebenen z.T. sehr heftiger Widerstand gegen den Ausbau für den Autoverkehr. Der Berliner Senat scherte sich einen Dreck um die Interessen von AnwohnerInnen und BürgerInnen. Die Versuche auf demokratischen Wegen (mit Unterschriftensammlungen, Bürgerbegehren, Anträgen in Bezirksverordnetenversammlungen, unzähligen Demonstrationen) eine BürgerInnenbeteiligung an den Planungen zu erreichen scheiterten. Klagen wurden abgewiesen. Ein Hüttendorf auf der Brücke wurde von der Polizei geräumt.

Angesichts der lokalen und vor allem globalen Probleme werden wir uns dem ungebremsten Autoverkehr weiterhin entgegenstellen. Wir lassen uns unsere Gesundheit, unsere Umwelt und die Zukunft unserer Kinder nicht weiter kaputt machen.

Am 9.November `94 gibt es keinen Grund zu feiern.
Zeigen wir es den Haases, Diepgens, Hassemers und Nagels;

am Mittwoch, den 9. November 1994,
ca. 10.30 Uhr an der Oberbaumbrücke

16.30 Uhr Demo vom Kottbusser Tor zur Oberbaumbrücke
18.00 Uhr Abschlußkundgebung auf der Brücke
(Bitte die Tagespresse und aktuellen Flugblätter beachten, denn der Termin kann sich ja immer noch verschieben, z.B. durch Probleme auf der Baustelle.)

Außerdem zum gleichen Thema:
am Sonntag, den 6. November, 14.00 Uhr
Fahrraddemo ab Rotes Rathaus

Wir feiern solange auf der Brücke bis sie wieder autofrei ist und die erste Straßenbahn von Friedrichshain nach Kreuzberg rollt!

9. November 1994

Oberbaumbrücke

10.30 "feierliche Eröffnung" für den Autoverkehr.

Zeigen wir Nagel, Haase, Hassemer und den anderen Pfeifen, was wir von ihnen halten.

16.30 Demonstration

Treffpunkt: Kottbusser Tor

(Adalbertstraße - Oranienstraße - Görlitzer Bahnhof - Skalitzer Straße - Schlesisches Tor - Oberbaumstraße - Oberbaumbrücke)

ca. 18 Uhr Abschlußkundgebung



V.i.S.d.PrG.: S. Egal, Berlin